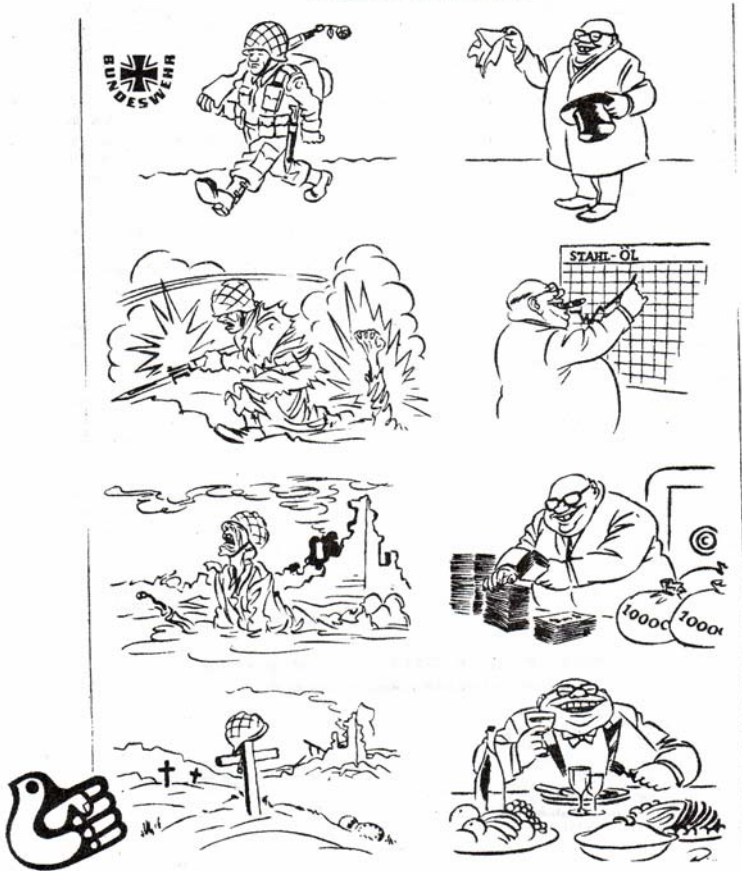


# Das Geheimnis, in dem der Krieg geboren wird

*Wollt ihr wieder fallen, damit die Aktien steigen ?!*

Draußen und daheim



2. erweiterte Ausgabe – Magdeburg 2007

KPD/ML



**"Wir geben den Massen keinerlei wirklich lebendige Vorstellung davon, wie der Krieg hereinbrechen kann und hereinbrechen wird ...Man muß den Leuten die reale Situation erläutern: wie groß das Geheimnis ist, in dem der Krieg geboren wird."**

**Diese Mahnung gab Lenin der sowjetischen Delegation zur internationalen Friedenskonferenz, die im Dezember 1922 in Haag stattfand, mit auf den Weg.**

## **Vorwort zu Antimilitarismus aktuell**

"Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen. Es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten", so der Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Regierungserklärung vom 30.1.1990 (zitiert nach "Welt am Sonntag", 6.12.92)

"Endlich sind wir frei", mit diesen Worten gab Außenminister Kinkel seine Erleichterung Ausdruck, daß die deutsche Bundeswehr die letzten Hürden genommen hat für weltweite Kriegseinsätze, die "für die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" (Verteidigungspolitische Richtlinie Nr.8, vom 26.11.92) erfolgen sollen.

Und "zwei Aufgaben gilt es parallel zu meistern: Im Inneren müssen wir wieder zu einem Volk werden, nach außen gilt es etwas zu vollbringen, woran wir zweimal gescheitert sind", so Bundesaußenminister Kinkel (FAZ, 19.3.93) in seinen Überlegungen es ein drittes Mal zu versuchen ein "Platz an der Sonne" zu ergattern.



In den über 125 Jahren ihres Bestehens - seit 1870/71 - hat die deutsche Armee niemals Deutschland verteidigt. Wohl hat die deutsche Armee zwei Weltkriege geführt und jedes unserer Nachbarländer ein- oder zweimal überfallen (außer der Schweiz).

Unzählige Dokumente belegen, daß die deutschen Soldaten in den Kampf und Tod geschickt wurden, um Länder, Städte, Fabriken, Bodenschätze usw. zu erobern, die dann den Banken und Industriekonzernen als Kriegsbeute übergeben wurden.

Unter Berufung auf die "Tapferkeit des deutschen Soldaten" wurde davon abgelenkt, wozu und wofür der Soldat in den Krieg geschickt wurde. Eine ununterbrochene chauvinistische Propaganda und die Kriegsgerichte zeigen, wie diese Tapferkeit erzwungen wurde (30.000 Todesurteile und 100.000 Verfahren im letzten Weltkrieg).

Der Auftrag für die "neue Wehrmacht", die seit Mitte der Fünfziger Jahre den Namen "Bundeswehr" trägt, war von Anfang an ein kriegerischer. Generalinspekteur de Maiziére formulierte ihn so: "Nicht Landesverteidigung darf der Programmpunkt unserer Sicherheitspolitik heißen. Der einzige militärische Auftrag, den sie zu erfüllen vermag (sei), Zünder zu sein für die große Explosion" (FAZ, 24. Oktober 1964).

Hitlers Generäle waren Begründer der Truppe Adenauers. 1950 waren Heusinger und Röttiger zusammen mit anderen Wehrmachtsgenerälen im Eifelkloster Himmerod an der Ausarbeitung einer "Denkschrift über die Aufstellung eines deutschen Kontingents im Rahmen einer übernationalen Streitmacht zur Verteidigung Westeuropas" beteiligt. Die "Himmeroder Denkschrift" war die eigentliche Geburtsurkunde der Bundeswehr. Die Autoren machten deutlich, daß sie an der von den USA gewünschten Schaffung der Bundeswehr nur teilnehmen würden, wenn die Forderung erfüllt würde: "Freilassung der als `Kriegsverbrecher` verurteilten Deutschen" und die "Einstellung jeder Diffamierung des deutschen Soldaten (einschließlich der im Rahmen der Wehrmacht seinerzeit eingesetzten Waffen-SS) und Maßnahmen zur Umstellung der öffentlichen Meinung im In- und Ausland."

Ferner wurde gefordert: "Ehrenerklärung für den deutschen Soldaten von Seiten der Bundesregierung. Gerechte Regelung der Versorgung der früheren und zukünftigen Soldaten und ihrer Hinterbliebenen."

Die Bundeswehr beruft sich ausdrücklich auf die Kriegserprobten Wehrmacht-Vorgänger: "Ich glaube sagen zu können, daß sich die Bundeswehr mit ihrer Leistung hinter früheren deutschen Armeen nicht zu verstecken braucht". So der Generalleutnant Werner von Scheven, Vizechef der in der ehemaligen DDR eingezogenen Bundeswehrtruppen, am 3. Oktober 1990 in Strausberg. Scheven über die Bundeswehr: Sie wolle "nicht hinter den Leistungen der Wehrmacht zurückstehen" (loyal 12/90)

Denn es "kämpften die Soldaten der Wehrmacht nicht für eine Ideologie, sonder für ihr Volk, für ihre Kameraden, für ihre Familien, für ihre Heimat". (Gebirgstruppe, Juni 1992) Daher wird gefordert: "Schluss jetzt mit der Umerziehung, die unser Volk verblödet hat, mit der Ideologie gegen die eigene Existenz, mit Trauerarbeitsrhetorik, böllerndem Moralismus und Zeitgeistprostitution!" (Prof. Steinbuch in "Soldat im Volk" und "Gebirgstruppe" Juni 1992)

"Ein gesünderes Verhältnis zur Tradition, zu dem, was war, wird zur Überlebensfrage. Wer nicht weiß, woher er kommt, wird die Zukunft nicht gewinnen können". ("Gebirgstruppe" 8/95)

Generalinspekteur Klaus Naumann ergänzte 1992 beim Treffen der Nazi-Gebirgsjäger mit der Bundeswehrgebirgstruppe, das alljährlich zu Pfingsten alte und junge Militaristen zusammenführt: Die Wehrmacht sei allenfalls "missbraucht" worden. Wehrmacht sei gleichzusetzen "mit jener vorzüglichen Truppe, die Unvorstellbares im Kriege zu leisten und zu erleiden hatte". Wehrmacht stehe für "Bewährung in äußerster Not, für Erinnerung an und Verehrung von vorbildlichen Vorgesetzten, für Kameraden und Opfertod". ("Gebirgstruppe" 4/92)

Stolz wird heute verkündet, daß die Bundeswehr "vierzig Jahre nach ihrer Gründung zu ihrem größten Einsatz aufbricht" und das "unser Land etwas hat, das es sich über Jahrzehnte hinweg energisch selbst abgesprochen hat: eine militärische und militärpolitische Rolle" ("Gebirgstruppe" 8/95)

Wir wollen in dieser ersten Antimilitarismusarbeit über die Bundeswehr berichten, Analysen tätigen und Arbeitsfelder des antimilitaristischen Kampfes beleuchten.

## **Der Krieg ist kein Gesetz der Natur**

Der Krieg als solcher ist keine natürliche und ewige Erscheinung im Leben der Völker und Staaten. Und es ist eine Lüge der Kapitalisten, der Imperialisten, wenn sie behaupten: Kriege hat es immer gegeben, Kriege wird es immer geben. Sie dient allein dem Zweck, die Völker kriegsreif zu machen, indem man ihnen den Krieg als unabwendbares, so quasi von Gott gewolltes Schicksal hinstellt.

Nein, der Krieg ist eine gesellschaftlich historische Erscheinung, die auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft entstand und mit dem Erreichen einer höheren Stufe dieser Entwicklung beseitigt wird.

Mit dem Entstehen der Sklavenhaltergesellschaft, die sich nach dem Zerfall der Urgemeinschaft mehr oder minder in allen Ländern und bei allen Völkern entwickelte, nahm der Krieg erstmals größere organisierte Formen an. So ging es bei den Eroberungskriegen dieser Zeit, z.B. der Sklavenhalterstaaten des alten Griechenland und Rom, nicht nur um die Ausdehnung des eigenen Machtbereichs, sondern auch um die Erbeutung neuer Sklaven, denn die Ausbeutung der Sklaven bildete die Grundlage der Produktion dieser Gesellschaft.

Die Zeit der Sklavenhaltergesellschaft war infolge der maßlosen Ausbeutung der Sklaven eine Geschichte fortwährender Raubkriege. Gleichzeitig war es aber auch die Geschichte von Klassenkämpfen, der Aufstände der Sklaven gegen die herrschende Klasse der Sklavenhalter. Diese Aufstände und Kämpfe der Sklaven waren zutiefst gerecht. Gerecht waren aber auch die Kämpfe und Kriege, wie sie z.B. Armin der Cheruskerfürst führte, der an der Spitze der germanischen Befreiungsbewegung gegen die römische Fremdherrschaft zwischen Elbe und Rhein stand und im Jahre 9 u.Z. die Römer im Teutoburger Wald vernichtend schlug.

Aus dem Zerfall der Sklavenhalter- entstand die Feudalgesellschaft. Und auch die Eroberungskriege setzten sich fort. Man denke nur an die Kreuzzüge, die unter der Losung des Kampfes gegen die "Ungläubigen" (Mohammedaner) stattfanden, deren wirkliches Ziel aber die Stärkung der politischen Macht des Papsttums war. Große Feudalreiche wie das der Spanier entstanden, indem deren Herrscher in ihrer Gier nach Rohstoffen, nach Gold ganze Völker ausrotteten.

Auch in dieser Periode kam es zu Erhebungen der Bauern und Handwerker, die sich in zahlreichen Bauernaufständen und -kriegen ausdrückten.

Der Feudalismus wurde durch den Kapitalismus abgelöst und eine Periode der gewaltsamen Unterwerfung und Aneignung riesiger Gebiete in Afrika, Asien durch die kapitalistischen Länder begann. In ihrer Gier nach Rohstoffen, Absatzmärkten, "Lebensraum" und Einflusssphären rottete der Kapitalismus ganze Völker aus.

Die ganze Periode des Kapitalismus ist gekennzeichnet von zahlreichen Aufständen der Kolonialsklaven und unterdrückten Völker.

## **Der imperialistische Krieg**

Um die Jahrhundertwende, war die Erde unter den kapitalistischen Großmächten aufgeteilt. Diese Aufteilung sowie die ungleichmäßige Entwicklung der kapitalistischen Länder führten zu einer Verschärfung aller kapitalistischen Widersprüche und zum Kampf um die Neuaufteilung der Welt.

Der größte Gegensatz entstand zwischen dem bis dahin industriell an erster Stelle stehenden England und Deutschland, das durch seine stürmische wirtschaftliche und militärische Entwicklung nach 1900 die Vorherrschaft Englands bedrohte. Um beide bildeten sich Mächtegruppen.

Beim ersten Weltkrieg handelte es sich um einen typisch imperialistischen Krieg. Zwei Unterdrückernationen, zwei imperialistische Großmächte bzw. Blöcke standen sich gegenüber. Es ging um die Neuaufteilung der Welt.

Solche Art Kriege sind von beiden Seiten durch Raubinteressen bestimmt und unsere Haltung als Marxisten-Leninisten dazu ist: Zwei Diebe schlagen sich, mögen sie beide umkommen. Das gemeinsame Interesse aller Proletarier in solch einem Krieg ist es, dem imperialistischen Krieg den Krieg zu erklären, die kapitalistischen Kriegsbrandstifter davonzujagen.

Die II. Internationale stimmte noch 1910 gegen Kriegskredite in den Parlamenten. 1914, als der imperialistische Krieg ausbrach, als es darum ging, die Beschlüsse in die Tat umzusetzen, erwiesen sich die Führer der II. Internationale als Verräter an der Sache des Proletariats, als Lakaien ihrer Bourgeoisie, stimmten sie, wie die deutsche Sozialdemokratie, den Kriegskrediten zu. Die II. Internationale zerfiel, löste sich auf in einzelne sozialchauvinistische Parteien, die gegeneinander Krieg führten.

Sie halfen den imperialistischen Regierungen, die Arbeiter irre zu führen, sie mit dem Gift des Nationalismus zu verseuchen und unter der Flagge der "Vaterlandsverteidigung" gegeneinander zu hetzen.

Nur die russische Partei der Bolschewiki erhob sofort und ohne Schwanken das Banner des entschlossenen Kampfes gegen den imperialistischen Krieg. Die Bolschewiki waren für einen aktiven revolutionären Kampf um den Frieden bis zum Sturz der Macht der

kriegslüsternden imperialistischen Bourgeoisie. Sie stellten der verräterischen Losung von der Einhaltung des "Burgfriedens" während des Krieges die Losung der "Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg", der Politik der Verteidigung des bürgerlichen Vaterlandes die Politik der "Niederlage der eigenen Regierung im imperialistischen Krieg" entgegen.

## **Der zweite Weltkrieg: Gegen den Sozialismus und für eine Neuaufteilung der Welt**

Infolge der Weltwirtschaftskrise von 1929 - 33 hatten sich in Deutschland die Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse und dem Kapital soweit verschärft, daß im Jahre 1932 eine revolutionäre Krise in Deutschland heranreifte. Die herrschende Klasse rettete sich vor dem drohenden Untergang, indem sie der Hitler-Partei zur Macht verhalf. Der Hitler-Faschismus sicherte das Finanzkapital für die nächsten Jahre Riesenprofite durch gewaltige Aufrüstung und Militarisierung.

Ein typisches Beispiel für die Flucht aus der Krise in den Krieg. Immer neigte - wie die Geschichte beweist - das von der Rezession betroffene Finanzkapital dazu, aus der Krise in den Krieg zu flüchten. Ohne diesen Krieg hätte das Hitler-Regime, das den vorübergehenden wirtschaftlichen Aufschwung, die weitgehende Beseitigung der Arbeitslosigkeit usw. hauptsächlich der verstärkten Aufrüstung und Militarisierung verdankte, schon nach wenigen Jahren Bankrott anmelden müssen. Und dieser Bankrott zeichnete sich bereits im Jahre 1938/39 ab.

Am 22.8.1939 erklärte Hitler vor dem Oberkommando der Wehrmacht wörtlich: "Unsere wirtschaftliche Lage ist infolge unserer Einschränkungen so, daß wir nur noch wenige Jahre durchhalten können. Göring hat das bestätigt. Uns bleibt nichts anderes übrig, wir müssen handeln." Und es wurde gehandelt. Am 1. September 1939 fünf Uhr früh wurde "zurückgeschossen".

Der zweite Weltkrieg begann als ein imperialistischer Krieg. Doch anders als im ersten Weltkrieg war das Kriegsziel Hitler-Deutschlands auf die faschistische Unterwerfung und Versklavung anderer Völker und Nationen gerichtet. Deshalb erhoben sich die Völker der überfallenen Länder, während ihre Regierungen schnellstens kapitulierten oder sich mit den Nazis arrangierten, zum Kampf gegen die faschistische Aggression und Sklaverei. Ihr Kampf war ein gerechter antifaschistischer Kampf.

Der Überfall auf die Sowjetunion leitete eine neue Etappe im zweiten Weltkrieg ein. Das Sowjetvolk erhob sich wie ein Mann im Großen Vaterländischen Krieg um ihr sozialistisches Vaterland zu verteidigen. Dieser gerechte Krieg verstärkte den antifaschistischen Kampf und legte das Fundament für die Einheitsfront aller antifaschistischen Kräfte der Welt.

Angesichts eines so gefährlichen Feindes schlossen die Regierungen der beiden größten kapitalistischen Mächte, Englands und der USA, eine Allianz mit der Sowjetunion. Dadurch scheiterte der Plan Hitlers, die SU zu isolieren. Sie wurde die Hauptstütze der antifaschistischen Koalition, ohne die es einen Sieg über Hitler-Deutschland nicht geben konnte.

Der zweite Weltkrieg endete - wie schon der erste - mit einer diesmal wesentlich schwereren Niederlage des deutschen Imperialismus.

## **Die schwerste Niederlage des deutschen Imperialismus**

Im Jahre 1944/45 bis Kriegsende verbreitete sich unter Hunderttausenden deutscher Soldaten mehr und mehr die Erkenntnis, Werkzeuge des verbrecherischen Hitler-Regimes geworden zu sein. Die Zahl der Überläufer, speziell an der Ostfront, nahm trotz schwerer Bedingungen rapide zu. Es stiegen die Fälle von Sabotage und allgemeiner Zersetzung der Wehrmacht. Der deutsche Imperialismus zeigte, wessen er fähig war, wenn er abtreten sollte. Zehntausende friedliebender deutscher Männer wurden erschossen, gehängt, erschlagen. Ihre Familien mit Sippenhaft bedroht.

Die Zerschlagung des Hitler-Faschismus wurde vom Großteil der deutschen Werktätigen als Befreiung begrüßt, aber anders als gegen Ende des ersten Weltkrieges erhob es sich nicht zum revolutionären Aufstand.

Die Siegermächte Sowjetunion, USA, Großbritannien verabschiedeten im Juli/August 1945 das Potsdamer Abkommen. Bei konsequenter Durchführung hätte es keinen neuen imperialistischen Staatsapparat gegeben, sondern nur einen äußerst schwachen bürgerlichen Staatsapparat; die wirtschaftlichen Bestimmungen sahen die Entflechtung der Monopole, die völlige Demontage der Kriegsindustrie und den Aufbau einer Friedenswirtschaft vor. Hinzu kamen die Beschlüsse zur Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus. Außerdem enthielt das Potsdamer Abkommen die feierliche Verpflichtung, die Einheit Deutschlands unangetastet zu lassen und diente gleichzeitig als Grundlage für einen mit Deutschland abzuschließenden Friedensvertrag.

Von Anfang an wurde dieses Abkommen von den Westalliierten, besonders von den USA sabotiert. Sie verschleierten bald nicht mehr im Geringsten ihre Pläne, Deutschland zu spalten, den deutschen Imperialismus wieder zur Macht zu verhelfen und Westdeutschland zum Aufmarschgebiet gegen die sozialistischen Länder Osteuropas zu machen. Die deutschen Imperialisten, die sich nicht mehr imstande sahen, ganz Deutschland ihrer kapitalistischen Herrschaft zu unterwerfen, ergriffen den Rettungsanker, den die USA ihnen zuwarfen, um als deren Vasall wenigstens in Westdeutschland ihre militärische Herrschaft wiedererrichten zu können. Schon bald nach Kriegsende trieben sie die Remilitarisierung voran.

## **Gründung des NATO-Paktes**

Seit dem 6. Juli 1948 führten Vertreter der Westunion sowie der USA und Kanadas in Washington Geheimverhandlungen über die Errichtung eines nordatlantischen Militärpaktes. Nach zwei Monaten hatte man das Credo des künftigen Militärblocks gemeinschaftlich in der These formuliert, daß "friedliche Koexistenz" mit der Sowjetunion auf Dauer "unmöglich" sei. Zugleich entstanden in den USA - besonders seit 1947/48 - detaillierte Kriegspläne, die den Einsatz von Kernwaffen beinhalteten.

Am 4. April 1949 bildeten zwölf Staaten Nordamerikas und Westeuropas den NATO-Pakt.

## Deutschland wird gespalten

Nach der Spaltung Deutschlands durch die Durchführung einer separaten Währungsreform in den Westzonen am 20.6.1948 und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) durch die Verkündung des Grundgesetzes am 23.5.1949 trat eine neue Lage ein. Die deutschen Imperialisten betrachteten den Aufbau einer schlagkräftigen Armee als unerlässliche Voraussetzung für die Verwirklichung ihrer revanchistischen Pläne, die Einverleibung der DDR und die Rückeroberung der Grenzen von 1937.

Bereits im November 1949 schlug Adenauer in einem Interview mit der US-Zeitung "The Plain Dealer", die Bildung einer "autorisierten deutschen Streitmacht" vor. Und wozu diese Streitmacht benötigt wird, darüber machte die Adenauer-Regierung kaum einen Hehl: "Das Wort Wiedervereinigung sollte endlich verschwinden. Es hat schon zuviel Unheil angerichtet ... Es gibt nur ein Deutschland, ein verstümmeltes, das Deutsche Bundesrepublik heißt, und was östlich von Elbe und Werra liegt, sind seine unerlösten Provinzen. Entschlüsse man sich zu dieser natürlichen Sprechweise, so würde sogleich jedem verständlich, daß die Aufgabe nicht Wiedervereinigung heißt, sondern Befreiung des Verlorenen. Dann würde auch jedem Deutschen klar, daß die Befreiung nur von der Bundesrepublik ausgehen kann ... und daß man die unerlösten Provinzen nur mit Hilfe der Westmächte zurückgewinnen kann ... Befreiung der unerlösten Reichsteile - das sei die Parole." (Rheinischer Merkur, 20.6.52)

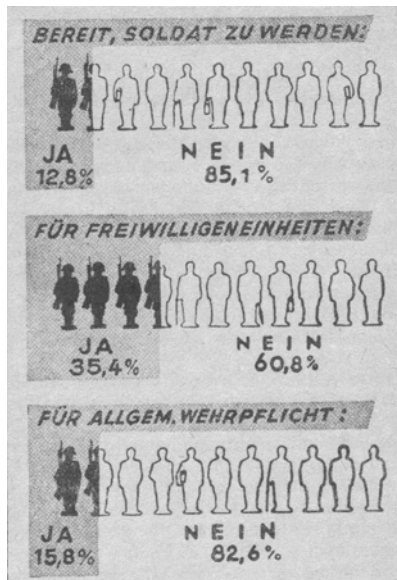
Und Minister Seeböhm: "Das deutsche Problem ist nicht mit der Rückkehr Mitteldeutschlands gelöst. Der deutsche Osten schließt nicht nur die Elbe und die Oder ein, sondern auch (...) alle Gebiete, in denen Deutsche einst siedelten." (Fränkische Tageszeitung, 11.8.53)

Das war Revanchismus. Und dazu benötigten die Herrschaften eine "Befreiungs" Armee zur Restauration des Kapitalismus in der DDR.

Für das liberale Lager hat Rudolf Augstein (SPIEGEL) in einer Bilanz der Bundesrepublik diese eigentümliche Verbindung zwischen militärischer Ausrichtung dieses Staates und dessen Revanchismus und Antikommunismus später scharf kritisiert: "Die neue Armee wurde nicht gegründet, um den Bonner Staat zu schützen, sondern der neue Staat wurde gegründet, um eine Armee gegen die Sowjets ins Feld zu stellen." (Augstein, Waffen statt Politik, 1961)



## Ohne mich-Bewegung



*Die Zeitung die „TAT“ (Frankfurt a. M.): 6.01. 1951:  
Umfrageergebnis*

Doch der Weg war noch nicht frei für den Aufbau einer neuen Wehrmacht. Millionen deutscher Soldaten waren von den Schlachtfeldern des zweiten Weltkrieges, aus der Gefangenschaft heimgekehrt mit der Überzeugung: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Im deutschen Volk herrschte ein tiefer Widerwillen gegen alles, was mit Militarismus und Krieg zu tun hatte. So entstand, als sich die ersten Gerüchte über eine geplante Wiederbewaffnung verbreiteten, eine "Ohne-mich-Protestbewegung.

Carlo Schmidt meinte damals: "Man darf getrost den Satz wagen, der Antimilitarismus ist die eigentliche Weltanschauung der deutschen Jugend nach dem Kriege geworden."

In dieser Zeit, in der es politisch noch opportun schien, als Pazifist zu gelten, hatte F.J. Strauß (ab 1956 Kriegsminister) seine seltsame Vorliebe für das militärische Gehabe zu unterdrücken vermocht. Im Wahlkampf für den ersten Bundestag drohte er: "Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen." (Spiegel, 2.1.57)

Die Bundesregierung konnte dieser Stimmung nur begegnen, indem sie in der Öffentlichkeit jeden Gedanken an eine Wiederbewaffnung scharf dementierte.

Noch Anfang Dezember 1950 erklärte Adenauer offen gegenüber einem dpa-Korrespondenten: "In der Öffentlichkeit muss ein für allemal klargestellt werden, daß ich

prinzipiell gegen eine Wiederaufrüstung der BRD und damit auch gegen die Errichtung einer neuen deutschen Wehrmacht bin."

ЧУДЕСА ВОССТАНОВЛЕНИЯ



Rund zwei Jahre später erklärte der gleiche Adenauer bei einem Empfang der ausländischen Presse am 24.1.1952, er habe bereits im Dezember 1948 "General Speidel um Rat für die Aufstellung einer neuen deutschen Armee gebeten."

Neben der direkten Lüge diente die Tarnung der Adenauer-Regierung als Mittel für ihre Remilitarisierungspläne. So sollte der Aufbau einer BRD-Armee nur im Rahmen einer so genannten "Europa-Armee" erfolgen.

Im Zuge ihrer "roll-back"-Politik entfesselten die USA im Verein mit der faschistischen südkoreanischen Li-Sing-Man-Clique Mitte 1950 einen Krieg gegen Nordkorea. Ihr Ziel war die Vernichtung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik. Es bestand die akute Gefahr, daß sich dieser Krieg zu einem allgemeinen Weltkrieg ausweiten würde, der sich gegen die Sowjetunion und das sozialistische Lager richten würde.

Es kam weltweit zu einer Kampagne gegen den Aggressionskrieg, für die Erhaltung des Friedens. In der Bundesrepublik wurde der Kampf gegen die Wiederbewaffnung und für einen Friedensvertrag geführt.

Am 1.10.1950, dem Tag der 100 000 jungen Friedenskämpfer, fanden in 29 Städten 48 Kundgebungen und 35 Demonstrationen statt. Unter dem Motto "Rettet den Frieden" tagte am 28. Januar 1951 in Essen ein Kongress gegen die Wiederbewaffnung. 1700 Vertreter aller Volksschichten - Sozialdemokraten, Kommunisten, bürgerliche und kirchliche Kreise - beschlossen, eine Volksbefragung gegen die Remilitarisierung, für den Abschluss eines Friedensvertrages in Deutschland im Jahre 1951 durchzuführen.

Bereits am 24.4.1951 ließ die Bundesregierung die Volksbefragung als "Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung" verbieten.

(Ein Kennzeichen der BRD von Anfang an: Die Volksmeinung wurde immer ignoriert. Die entscheidenden und wichtigsten Beschlüsse wurden gegen das Volk durchgesetzt. Angefangen mit der Gründung der BRD 1949, dem Grundgesetz, die Wiederherstellung einer Armee. Die Mehrheit des Volkes war dagegen. Im Bundestag wurden die Beschlüsse durch medienwirksame Shows (CDU-SPD) trotzdem durchgesetzt. Und heute: Großer Lauschangriff, Eurofighter, der Euro usw. - die Mehrheit der Bevölkerung lehnt dies ab)

Die Volksbefragung wurde ein großer Erfolg: mehr als 9 Millionen Menschen wurden trotz Polizei- und Justizterror befragt. Ganze Städte und Stadtteile oder ganze Betriebsbelegschaften wie die 30 000 köpfige Belegschaft der BASF in Ludwigshafen, gaben ihre Stimme ab. Die erdrückende Mehrheit aller Befragten sprach sich gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag mit Deutschland aus. Dieser Kampf des Volkes verzögerte die Remilitarisierung um einige Jahre und veranlasste die Bundesregierung am 26.6.1951 die FDJ zu verbieten und am 22.11.1951 beim Bundesverfassungsgericht den Antrag auf ein Verbot der KPD zu stellen. Die Regierung ging mit massivem Polizei- und Justizterror gegen die Friedensbewegung, besonders ihrem aktivsten Teil, die Kommunisten vor. Am 11.6.1951 war das erste politische Sonderstrafgesetz (Blitzgesetz) beschlossen und, analog den Nazi-Sondergerichten, politische Sonderstrafkammern errichtet worden.

Auf der Grundlage dieses Gesetzes wurden von 1951 bis 1961 rund 200 000 politische Ermittlungsverfahren (!) eingeleitet, die rund 50 000 Bundesbürger betraf. Es kam zur Verhaftung und Verurteilung zahlreicher FDJ-, KPD-Funktionäre und oppositioneller Sozialdemokraten. Sie wurden wegen ihrer Unterstützung der Volksbefragung bis zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Doch es blieb nicht bei Verurteilungen, es folgte der Mord. Als am 11.5.1952 in einer Friedenskarawane gegen den EVG- und Generalvertrag in Essen rund 40 000 westdeutsche Jugendliche demonstrierten, eröffnete die Polizei das Feuer. Auf der Strecke blieb neben zahlreichen Verwundeten der FDJler Philipp Müller aus München.

Die Herren in Bonn suchten unentwegt Wege, um die Wiederbewaffnung durchzusetzen. Sie sahen sie im Beitritt zur NATO. Am 23.10.54 wurden entsprechende Verhandlungen geführt und bereits am 23.10.54 die so genannten Pariser Verträge unterzeichnet. Sie enthielten u.a. die endgültige Vereinbarung über den Aufbau der Bundeswehr und den Ausbau der BRD zur Hauptbasis der NATO in Europa.

Auf Initiative des Bundesvorstandes des DGB, einiger führender Sozialdemokraten und bürgerlicher Kräfte kam es am 29. Januar 1955 an der Frankfurter Paulskirche zu einer großen Protestkundgebung. Die Kundgebungsteilnehmer beschlossen das "Deutsche Manifest der Paulskirche", in dem festgestellt wurde, daß die Pariser Verträge die Kriegsgefahr in Europa erhöhen und die Spaltung Deutschlands weiter vertiefen. Bundesregierung und Bundestag wurden für die Entscheidung über diese Verträge als nicht zuständig erklärt und das Volk aufgefordert, über seine Lebensfrage - Remilitarisierung oder Wiedervereinigung - selbst zu entscheiden.

Auf der Grundlage dieses Manifestes kam es an vielen Orten zu Volksbefragungen. Doch wurde die rasch anwachsende Volksbewegung schnell von maßgebenden SPD-Führern gebremst und in parlamentarische Bahnen gelenkt, so daß sie schließlich auf das Verschicken von Protesttelegrammen beschränkte. Die entscheidende Ursache für die Niederlage der Massenbewegung gegen die Wiederbewaffnung liegt im Nichtzustandekommen einer wirklichen Aktionseinheit der Arbeiter, weil die SPD-Führung jegliche Zusammenarbeit mit der KPD ablehnte, sich im maßlosen Antikommunismus erging und eine Pro-Amerikanische Politik betrieb.

### **Gegen den Willen des Volkes**

Am 25.2.1955 ratifizierte der Bundestag die Pariser Verträge, am 6. Juli 1956 wurde das Wehrpflichtgesetz vom Bundestag gegen die Stimmen der SPD verabschiedet. Und am 12.11.1955 wurden von Bundespräsident Theodor Heuss offiziell die ersten Ernennungsurkunden (Generalleutnanten, Oberstleutnanten, Majore usw.) überreicht. Dieser Tag gilt seither als Jahrestag der Bundeswehr.

Das Volk stimmte auch mit den Füßen ab: Zigtausende flüchteten aus der Bundesrepublik in die DDR und wurden dort mit offenen Armen empfangen. Dort bestand keine Wehrpflicht. (erst Anfang der 60iger Jahre wurde sie eingeführt) Die Wehrdienstflüchtlinge aus der BRD waren seinerzeit die größte Gruppe der politischen BRD-Flüchtlinge die in die DDR gingen. Vor der Verabschiedung des Wehrpflichtgesetzes schnellte die Fluchtwelle in die Höhe: So flüchteten allein im ersten Quartal 1955 rund 15 000 Jugendliche aus Westdeutschland in die DDR. Dass die westdeutsche Jugend den Militärdienst in ihrer erdrückenden Mehrheit ablehnte, beunruhigte die Behörden in Bonn. Dennoch gingen sie den Weg der Remilitarisierung gegen den Willen des Volkes weiter.

Diese Tatsachen werden aber bis heute verschwiegen, wie so vieles. Zu peinlich sind diese Fakten und passen nicht ins offizielle Geschichtsbild der Herrschenden.

Die Geschichte verfälschend heißt es dann im Nachschlagewerk "Wie funktioniert das? Die Bundeswehr", Meyers Lexikonverlag, Mannheim/Wien/Zürich, 1987" so: "Die politischen Verhandlungen über die militärische Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der westlichen Verteidigung wurden von Anfang an von heftigen

innenpolitischen Auseinandersetzungen über das `Ob` und das `Wie` eines deutschen Beitrages begleitet. Die öffentliche Meinung reichte vom kompromisslosen Nein einflussreicher Minderheiten, die ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus und die Wiederherstellung einer deutschen Nationalarmee befürchteten, bis zum bedingten Ja einer Mehrheit, auf deren Existenz mindestens indirekt aus dem Anstieg der Partei Adenauers, der CDU/CSU, von 31% auf 45% bei der zweiten Bundestagswahl 1953 geschlossen werden konnte."

## **Des Teufels Generale prägten die Bundeswehr**

Den militärischen Geist der Bundeswehr prägten in erster Linie jene ehemaligen Generale und Offiziere der faschistischen Wehrmacht, die an ihrer Spitze und in der Truppe auf allen Ebenen wirkten. So stammten von den ersten abgegebenen Freiwilligenmeldungen 40 613 von früheren Offizieren, 87 089 von ehemaligen Unteroffizieren und nur 24 464 von Ungedienten.

Dass ein Teil der Bewerber, der die faschistische Diktatur noch in lebhafter Erinnerung hatte und aus tiefster Überzeugung ablehnte, tatsächlich glaubte, in einer neuen Armee zu dienen, ändert nichts am wahren Charakter der Streitkräfte der BRD. Sie waren nicht typisch. Bereits im September 1956 verließen 600 Freiwillige die Bundeswehr.

Am Aufbau der Bundeswehr beteiligten sich viele schuldige Hitler-Generale. Der ranghöchste General der Anfangszeit war **A. Heusinger** ( 1957 - 1961 Generalinspekteur der Buweh).

Heusinger sprach mit General Speidel bereits 1949 beim Hohen Kommissar der USA, McCloy, vor wegen Begnadigung und Entlassung der als Kriegsverbrecher verurteilten und inhaftierten Hitler-Generale, "weil sonst die deutsche Wiederaufrüstung blockiert" würde.

1923 äußerte sich Reichswehr-Hauptmann Heusinger über Adolf Hitler: "Er ist der von Gott gesendete Mann, der die Deutschen herausführen wird aus ihrer schrecklichen Konstitution" (Vgl. Ch.R. Allen, Heusinger of The Fourth Reich, New York 1963)

Als Ia der Operationsabteilung im OKH und ab 1940 als Hitlers Operationschef konzipierte er fast alle Aggressionspläne im militärischen Detail. Er gehörte zum engsten militärischen Beraterkreis Hitlers. Mit SS-General Bach-Zelewski war er zuständig für die Partisanenbekämpfung. Diese nützte man für die auf Befehl Hitlers eingeleitete "Technik der Entvölkerung". Ca. 30 Millionen "Juden und Slawen" wollten Nazi-Führung und zuständige Heerführer ausrotten, um "deutschen Lebensraum zu schaffen". Die "Richtlinien für die Bandenbekämpfung" der "Jagdkommandos" verfasste Heusinger. Hunderttausende wurden Opfer dieser "Richtlinien". Was Heusinger zu verantworten hat, ist mehr als Massenmord; es ist ein Fall von Genozid. Eben "Technik der Entvölkerung".

Heusinger am 27. September 1958 vor dem Offizierskorps: "Wir müssen uns an die Vergangenheit erinnern ...Lasst uns festhalten an den alten Prinzipien, die wir noch gebrauchen werden". (vgl. Ch.R.Allen)

General **H. Speidel** ließ als Stabschef im besetzten Frankreich 500 Geiseln erschießen. Auch für die Deportation von 3000 "Kommunisten und Juden" in Vernichtungslager ist er verantwortlich. Aber nicht nur in Frankreich war er als Geiselmörder bekannt. Präsident

de Gaulle verwies ihn 1963 als Oberbefehlshaber von NATO-Mitte/Landstreitkräften mit 48-Stundenfrist des Landes, als Einzelheiten seiner Verbrechen bekannt wurden.

Ein anderer "Techniker der Entvölkerung" an der Spitze der Bundeswehr ab 1961 war General **Foertsch**, ein verurteilter Kriegsverbrecher. Er führte den "Führer-Befehl aus (soweit es möglich war): Leningrad "dem Erdboden gleichzumachen". Mehr als 800 000 Leningrader gehörten zu den Opfern.

Nachfolger von Heusinger und Foertsch wurde in den 60iger Jahre der Ex-Offizier der Legion Condor, H. Trettner. 1940 verantwortete er die Bombardierung Rotterdams während eines vereinbarten Waffenstillstandes. Auf Kreta, im Raum Smolensk und später in Italien war er maßgeblich an der "Bandenbekämpfung" beteiligt.

Generalleutnant **Josef Kamhuber**: 1923 gehörte er zu jenen Offizieren, die sich weigerten, den Umsturzversuch Hitlers im Keim zu ersticken; 1933 gehörte er zu den dreißig Offizieren, die von Göring für den Aufbau der Luftwaffe übernommen wurden; 1938 legte er als Generalstähler einen Plan vor, der Wien, Budapest und Warschau als deutsche Stützpunkte vorsah; 1939 Beförderung zum Oberst; 1940 Beförderung zum Generalmajor; 10. Mai 1940 Sein Geschwader bombardierte Freiburg; diese Provokation wurde den Franzosen in die Schuhe geschoben; der Vorwand für den Frankreichfeldzug war da; 1941 Beförderung zum Generalleutnant; 1948 Entlassung aus amerikanischer Gefangenschaft; er galt als entnazifiziert; 1956 Eintritt in die Bundeswehr als Generalleutnant; 1957 Ernennung zum Inspekteur der Luftwaffe durch Strauß.

## **Der "alte Geist" der Generale wirkte weiter**

Dass der Aufbau der Bundeswehr in der Tradition der nazifaschistischen Wehrmacht und des deutschen Militarismus erfolgte, war kein "Ausrutscher". Im Rahmen der Wiederherstellung der alten gesellschaftlichen Verhältnisse, war er nur folgerichtig. Die Bundesrepublik führte nicht nur die Geschäfte der Deutschen Bank, Siemens, Flicks, Abs, Krupps und Thyssens usw. fort, sondern sorgte für eine personelle Kontinuität in allen wichtigen Bereichen der Politik, Justiz, Bürokratie, Schule sowie auch bei Militär und Polizei. Viele der prominenten Politiker der Bundesrepublik waren Mitglieder der Nazi-Partei oder Offiziere der Nazi-Wehrmacht wie

\*der berühmte Alt-Nazi Globke, der Mitverfasser und Kommentator der Nürnberger "Rassegesetze" von 1935 und spätere Staatssekretär bei Adenauer ab 1949,

\* der Präsident der BRD, H. Lübke, der einst Gestapo-Spitzel, dann Kommandeur beim Sklaveneinsatz von KZ-Häftlinge und KZ-Baumeister war,

\* Bundeskanzler Kiesinger, war von 1940 an Propagandachef im Auswärtigen Amt der Nazis,

\* Und im ersten Bundestag bestand die Mehrheit der Abgeordneten aus Mitgliedern der Nazi-Partei,

\*der Geheimdienst, der BND, genauso wie Polizei und Grenzschutz, wurden von Nazi-Kadern aufgebaut,

\* Bekannt ist auch, daß 1968 noch 520 Nazi-Diplomaten im Auswärtigen Dienst beschäftigt waren. In der Justiz befanden sich zur gleichen Zeit noch über 800 Nazi-Juristen u.s.w.

Dass solche nur beispielhaft angeführten Figuren zum Teil an der Spitze des Staatsapparates standen, zeigt deutlich die personelle Kontinuität des deutschen Faschismus damals zum deutschen Imperialismus.

"Diese (Nazi) Generale haben die heutige mittlere Offiziersgeneration ausgebildet und ihren Geist geprägt", schrieb der SPD-Militärexperte Horn/MdB 1974. Und zu ihren Geist gehört auch die militaristische Tradition.

Zu dieser Tradition gehören außer Soldatenschinderei, Rassismus und Untertanenmentalität bekanntlich auch die Vernichtungskriege und schwerste Kriegsverbrechen.

## **Zur Rolle der Sozialdemokratie**

Die Nachkriegszeit und die Entwicklung der BRD wurden nachhaltig von der Sozialdemokratie geprägt.

In ihrer Fixierung auf das parlamentarisch-demokratische System bürgerlich-kapitalistischen Zuschnitts formulierten einzelne führende SPD-Politiker sogar ganz offen den integrativen Charakter der politischen Taktik der Sozialdemokratie. So berichtet Carlo Schmidt rückblickend, die SPD sei nach der ersten Bundestagswahl "bewusst in die Opposition gegangen", weil die Parteiführung der Ansicht gewesen sei, "daß die parlamentarische Demokratie bei uns in Deutschland nur dadurch funktionsfest gemacht werden könne, daß eine starke Partei in Opposition geht, die den Staat bejaht, auch wenn sie die gegenwärtige Regierung schlecht findet. Nur so könne verhindert werden, meinten wir, daß die Unzufriedenen, die es ja immer geben wird, sich radikalen Parteien anschließen müssen, die den Staat verneinen. Diese Unzufriedenen haben so die Möglichkeit, sich einer Partei anzuschließen, die sich zwar gegen die jetzige Regierung stellt, die aber bereit ist, den Staat und seine Grundordnung zu erhalten und zu verteidigen".

(Schmidt, Carlo, in "Der Wähler", Bonn, Heft 11/1955)

Die gleiche zwiespältige Haltung war auch für die Politik der SPD-Führung in der Frage der Remilitarisierung bezeichnend.

Die SPD und ihre Führung hat zu keiner Zeit nach dem Kriege eine Politik betrieben, die den Erwartungen ihrer Parteibasis und Wählerschaft gerecht geworden wäre.

So verabschiedete der SPD-Parteitag am 23. Mai 1950 den "Beschluss gegen die Remilitarisierung". Die Bereitschaft in der Bevölkerung und auch der Parteibasis zum Kampf gegen die Remilitarisierung wurde von der SPD-Führung nicht nur nicht ausgenutzt, sondern systematisch gedämpft und geschwächt, insbesondere indem man den antimilitaristischen Kampf in die kommunistische Ecke zu schieben versuchte. Die Führung verwarf lediglich eine Remilitarisierung zum damaligen Zeitpunkt unter den von Adenauer ausgehandelten Bedingungen. Schumacher machte deutlich, daß die SPD ihre Ansichten zur Wiederbewaffnung ändern könnten, wenn für die Wiederaufzubauende Armee innerhalb der antikommunistischen Allianz der westlichen Staaten Gleichberechtigung hergestellt werde. Eine Forderung, die selbst die Adenauer-Administration mit Rücksicht auf die frischen Erinnerungen an die Untaten des deutschen Faschismus im Ausland nicht zur Bedingung zu machen wagte.

Während die SPD-Führung klar zu erkennen gab, daß sie nicht gewillt war, die Remilitarisierung Westdeutschlands zu verhindern und die Volksbewegung gegen die Wiederaufrüstung politisch und organisatorisch zu unterstützen, beteiligten sich Tausende von Sozialdemokraten gemeinsam mit Kommunisten, kirchlich gebundenen und parteilosen Bürgern am Kampf.

In dieser Situation musste die Führung Farbe bekennen - und sie tat es: Die SPD-Bundestagsfraktion sprach sich ebenfalls für ein Verbot der Volksbefragung aus, und Herbert Wehner, forderte die Bundesregierung sogar noch zum härteren Durchgreifen gegen die demokratische Massenbewegung auf, die als "ungesetzlich unterbunden werden" müsse.

## **SPD und Militärs**

Schon Anfang der fünfziger Jahre hatten sich ehemalige Reichswehrgenerale im Amt Blank zusammengefunden, die damit beschäftigt waren, vorbereitende Planungen für den Wiederaufbau des deutschen Militärs anzustellen.

In dieser Gruppe der Militärs gab es von Anfang an zwei Richtungen: Die eine war ganz auf die alte Reichswehrtradition verpflichtet und strebte die Wiederherstellung der alten, elitären gesellschaftlichen und politischen Stellung des Militärs an. Damit verbunden war auch eine Vorstellung von militärischer und formaler Machtvollkommenheit der militärischen Vorgesetzten für die "Innere Führung" der zukünftigen Armee, die voll an die zynische Zucht- und Unterwerfungsideologie von Reichswehr und faschistischer Wehrmacht anknüpfte.

Eine andere Gruppierung versuchte beim Wiederaufbau des deutschen Militarismus elastischer vorzugehen, insbesondere auch jene gesellschaftlichen Gruppen in ihr Kalkül einzubeziehen, denen die Militärs bisher nur in elitärer Arroganz gegenüberstanden. Diese Gruppe erkannte klar die Chance, die in der opportunistischen Politik der SPD-Führung für sie lag, und versuchte frühzeitig zu den führenden SPD-Politikern Beziehungen aufzunehmen. General Heusinger, später erster Generalinspekteur der Bundeswehr, warnte immer wieder: "Ohne die SPD geht es überhaupt nicht." (Vgl. DER SPIEGEL, Nr.25/70)

Gleichzeitig aber nahmen auch führende Funktionäre der SPD Verbindungen zu den ehemaligen Militärs der Hitler-Wehrmacht auf und führten mit diesen Offizieren geheime Aussprachen über den zweckmäßigsten Weg zur Aufstellung westdeutscher Streitkräfte. Manche SPD-Führer unterstützten sogar die neugegründeten reaktionären Soldaten- und Traditionsverbände.

## **Der Kampf gegen die weitere Aufrüstung**

Die westdeutschen Imperialisten gaben sich nicht damit zufrieden, die Errichtung einer neuen imperialistischen deutschen Armee durchzusetzen; sie verlangten jetzt die atomare Bewaffnung.

Bereits am 25. Mai 1957 wurde, zusammen mit dem EWG-Vertrag, der Euratom-Vertrag abgeschlossen. Durch Euratom wurde Westdeutschland an der Kernforschung und der Produktion von Kernbrennstoffen beteiligt. Am 4. April 1957 verlangte Adenauer in der



Öffentlichkeit taktische Kernwaffen für die Bundeswehr. Am 8. April forderte Strauß im Regierungsbulletin eine der 7. US-Armee "gleichwertige Bewaffnung" für die Bundeswehr.

In der Folge entwickelte sich eine breite Volksbewegung gegen die atomare Gefahr, die sich aus verschiedenen Klassen und Schichten zusammensetzte. So protestierten im April 1957 die Delegierten der DGB-Kreiskonferenz in München im Namen von 154 000 Gewerkschaftern gegen die Lagerung von Atomwaffen in Westdeutschland. Im Namen von 740 000 jungen Gewerkschaftern wandten sich ebenfalls im April 1957 in Köln die Delegierten der Bundesjugendtagung des DGB gegen die geplante Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen.

Mittlerweile hatten die finsternen Absichten der Brandstifter eines atomaren Krieges konkrete Gestalt angenommen: Im Dezember 57 hatte die Konferenz der Regierungschefs der NATO-Staaten beschlossen, große Vorräte an Kernmunition in Europa einzulagern und die Herstellung und Entwicklung von Atomraketen sowie die damit verbundene Forderung zu koordinieren.

Offen vertrat die Adenauer-Regierung im März 1958 im Bundestag ihre Konzeption des Ausbaus der Bundeswehr zur einsatzbereiten Atomkriegsarmee. In der Debatte über die Atomwaffen, die die Generalität mit Unterstützung von CDU, CSU und FDP verlangte, erklärte der CDU-Abgeordnete Baron Manteuffel-Szöge im Bundestag, man müsse "das Böse dort drüben mit der Atombombe ausrotten!" Auf einen Zwischenruf: "Auch in Leipzig und Dresden?" erwiderte er: "Jawohl, auch in Leipzig und Dresden!"

Am 25. März beschloss der Bundestag, die Bundeswehr zunächst mit Trägermitteln für Kernwaffen auszurüsten. Im November wurde die erste von zunächst 18 taktischen Boden-Boden-Raketen des Typs Honest John von den USA an die Bundeswehr ausgeliefert. Im Juli 1961 schließlich schloss Kriegsminister Strauß in den USA den ersten Kaufvertrag über Pershing-1-Raketen ab; das waren taktische Boden-Boden-Raketen, die für die Luftstreitkräfte bestimmt und für Kernmunition ausgelegt waren. Westdeutschland wurde zu einer Abschussrampe für amerikanische Atomraketen, und auch die westdeutschen Militaristen konnten ihre Armee mit taktischen Atomwaffen ausrüsten. Die erforderliche Kernmunition blieb aber in Verwahrung der US-Imperialisten. Verhindert wurde allerdings die eigenständige atomare Bewaffnung der Bundeswehr.

Somit hatten die Friedenskräfte auch die zweite große Schlacht gegen den Militarismus nach dem zweiten Weltkrieg verloren.

### **Was waren die Ursachen der Niederlage?**

Am 26. Januar 1958 erklärte der SPD-Parteivorsitzende Erich Ollenhauer, die SPD werde eine Welle des Widerstandes gegen den Atomtod organisieren, um die Öffentlichkeit noch stärker mit den Gefahren und Folgen der atomaren Aufrüstung bekannt zu machen. Im März 1958 wurde der Arbeitsausschuss Kampf dem Atomtod gebildet, dem auch namhafte Vertreter der SPD- und DGB-Führung angehörten, wie z.B. Ollenhauer, Menzel und Richter. Die SPD erlangte bestimmenden Einfluss und tat alles, um die Aktivitäten des Ausschusses auf den Rahmen des parlamentarischen Kampfes zu beschränken.

"Mit der Taktik einer `ständigen Aufklärung über die Auswirkungen der Atomwaffen` und der Losung `Kampf dem Atomtod in der ganzen Welt - für eine allgemeine kontrollierte Abrüstung` wurden die Atomwaffengegner hingehalten und von größeren außerparlamentarischen Aktionen und von einer breit organisierten Volksbewegung gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr abgehalten. Diese Taktik führte zur Schwächung und Abwürgung der großen Volksbewegung gegen den Atomtod in Westdeutschland. Es gab viel Enttäuschung und Resignation bei den sozialdemokratischen und Gewerkschaftsmitgliedern."

(Karl Blöcher, Zur Wehrpolitik der rechten SPD-Führung, Berlin 1961)

Zwar forderten zahlreiche Arbeiter entschiedene Maßnahmen: So führten Ende März 1958 10 000 VW-Arbeiter in Wolfsburg/Braunschweig einen Warnstreik durch. Viele Gewerkschaftler verlangten von dem eilig nach Hamburg einberufenen Vorstand des DGB den Generalstreik. Jedoch ließ die Bewegung gegen den Atomtod in der zweiten Hälfte des Jahres 1958 stark nach.

Insgesamt waren die Bedingungen für die Friedensbewegung schlechter als in der Zeit nach Kriegsende: Zum einen ist die spontane Antikriegsstimmung unter den Massen direkt nach dem Krieg am stärksten. Zum anderen mußte die jahrelange Propaganda von der "Verteidigung" des "freien Westens" gegen den Kommunismus unvermeidlich gewisse Früchte tragen. Und schließlich gaben die immer deutlicher erkennbaren Erscheinungen revisionistischer Entartung in der Sowjetunion und in den meisten volksdemokratischen Ländern dieser Demagogie zusätzlichen Auftrieb.

### **Der Godesberger Parteitag 1959 - bedingungslose Bejahung der Bonner Bundeswehr**

Der außerordentliche Parteitag der SPD, der zwischen dem 13. und 15. November 1959 in Bad Godesberg tagte, war ein offenes Bekenntnis zum Kapitalismus, beseitigte die letzten verbalen Bekenntnisse zum Marxismus, zum Sozialismus. Wir beschränken uns hier nur auf die Fragen der Militärpolitik.

Vermerken wir zunächst, daß der Beschluss des SPD-Vorstandes (Fritz Erler) für die Bundeswehr einen nachhaltigen Protest in der SPD hervorrief. Ganze Ortsvereine, Kreise, Unterbezirke und Bezirke sprachen sich gegen den Beschluss aus. Die große Mehrheit der Falken, Jungsozialisten, der Naturfreunde und des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes sprachen sich auf ihren Konferenzen gegen den Beschluss aus. Dabei zeigte sich jedoch, daß die Ablehnung der Bundeswehr sehr oft von der Haltung des "Nichtsoldatspielens", des Pazifismus und nicht von der Erkenntnis des Wesens des Militarismus getragen war.

Auf dem Godesberger Parteitag gab es zwar auch eine Opposition in der Frage der Militärpolitik. Die Opposition konnte jedoch nicht verhindern, daß der Parteitag beschloss, daß die SPD "die Landesverteidigung" "bejaht" und zwar ohne Einschränkung.

### **Zur Ideologie der Inneren Führung**

Von Anfang an gab es enge Kooperation zwischen SPD-Politikern und "liberalen" Militärs bei der Konzeption der Ideologie der "Inneren Führung" für die aufzubauende Armee.

Die Innere Führung als Ideologie und auch in ihrer Konkretisierung in Gesetzestexten ist ein Ergebnis der damaligen politischen Kräfteverhältnisse in der BRD. Sie war ein Zugeständnis an eine opponierende, aufrüstungsfeindliche Öffentlichkeit. Schon während ihrer Entstehung hatte diese Ideologie eine manipulative Funktion zur Schwächung der Opposition gegen die Aufrüstung.

Ihre wichtigsten Bestandteile betreffen:

- die Eingliederung der Armee in eine als gegeben angenommene bürgerlich-liberale Demokratie sozialstaatlichen Zuschnitts,
- die Neukonzeption der überkommenen militärischen Erziehungs- und Unterwerfungsmittel,
- die neuen Inhalte und Methoden politischer Beeinflussung der Wehrpflichtigen im Sinne des politischen und militärischen Auftrags der Bundeswehr.

Diese Konzeption geht von der Existenz einer bürgerlich-demokratischen Demokratie aus, die das Postulat der Sozialstaatlichkeit erfülle und in der die Klassenauseinandersetzungen frühere Zeiten einer Klassenharmonie zum beiderseitigen Besten gewichen seien. Diese Gesellschaft, so verkündeten es ihre Apologeten, sei sogar auf dem besten Wege zur Aufhebung der Klassenteilung der Gesellschaft überhaupt. Wenn es innerhalb der Gesamtgesellschaft schon keine Herrscher und Unterdrückten mehr gab, so sollte auch im militärischen Bereich die Unterdrückung der Untergebenen auf ein notwendiges Mindestmaß reduziert werden und nicht wie in der Reichswehr und Wehrmacht als terroristisches Mittel zur Unterwerfung der Soldaten unter den Militärapparat benutzt werden. Im Gegenteil, die Ideologen der Inneren Führung glaubten sogar, daß die Bundeswehr sich den Wehrpflichtigen als ein Bereich vermitteln solle, in dem sie die "freiheitlich-demokratischen" Grundprinzipien tatsächlich erfahren könnten. Durch diese Erfahrung, und durch die direkte politische Beeinflussung der Soldaten, glauben die "liberalen" Offiziere und Politiker, könne bei den Wehrpflichtigen so etwas wie ein "Wehrmotiv" erzeugt werden, so daß sie schließlich von der Notwendigkeit der Bundeswehr und ihres eigenen Einsatzes darin überzeugt seien.

Die Widersprüche dieser Konzeption liegen auf der Hand, weil ihre Voraussetzungen nicht stimmen, weil sie auf einem unrealistischen Bild von der Gesellschaftsordnung beruhen. Militarismus muß nicht auf dem Machtanspruch elitärer Militärs gegenüber der durch Regierung und Parlament verkörperten Zivilgesellschaft beruhen, sondern entspringt aus der Klassenteilung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und findet in den jeweiligen historischen Epochen seine spezifische Ausprägung.

Die Unfähigkeit der SPD-Führung die grundsätzliche Klassenteilung der Gesellschaft zu akzeptieren und den Staat mitsamt seinen militärischen Machtmitteln als Instrument der Politik der herrschenden Klasse zu begreifen, führte zu der Einschätzung, durch die formale Verhinderung von Eigenständigkeitsbestrebungen der Militärs sei das Entstehen von Militarismus für immer unterbunden. Verhindert wurde nur eine elitäre Absonderung des Militärs vom Gesamtinteresse der herrschenden Klasse. Die weitere Entwicklung hat bewiesen, daß dies keineswegs die Entwicklung des westdeutschen Militarismus gehemmt hat.

Das alte Befehls- und Gehorsamsschema wird durch die Innere Führung nicht aufgehoben, sondern im Prinzip aufrechterhalten.

Es wurde neu interpretiert: Die Funktionsabläufe moderner Waffensysteme erfordern bei den Soldaten ein stärker kooperatives Verhalten sowohl innerhalb als auch zwischen den verschiedenen Dienstgraden. Der Vorgesetzte ist darauf angewiesen, daß seine Untergebenen zum Teil eigenständig handeln, mitdenken und Initiativen entwickeln. Der Teil der Konzeption der Inneren Führung, der sich mit der "Menschenführung" befaßt, versucht diesen sich aus dem inzwischen erreichten Stand der Entwicklung der Produktivkräfte entstandenen Erfordernissen Rechnung zu tragen. In der Theorie verzichtet die Innere Führung darauf, mit terroristischen Mitteln den Willen der Soldaten zu brechen. Es ist aber nicht das Ziel der Inneren Führung, das Vorgesetzten-Untergebenen-Verhältnis auch nur anzutasten, denn das Gewaltverhältnis bleibt vollauf bestehen. (Vgl. Mosen, Wido, Eine Militärsoziologie, Berlin 1967)

Der "mündige Staatsbürger" soll seine "Mündigkeit" bewahren. Dadurch könne für die Soldaten der Beweis erbracht werden, daß Staats- und Gesellschaftsordnung der BRD tatsächlich verteidigungswert seien. Zu diesem Zweck bauten die Schöpfer in ihre Konzeption bestimmte Beschwerde- und Schutzrechte für die Wehrpflichtigen ein, ermöglichten ihnen durch die Institution des Vertrauensmannes theoretisch eine Möglichkeit zur begrenzten Vertretung ihrer Interessen, banden die Befehlsgewalt der Vorgesetzten an die Gesetzmäßigkeit, beließen den Soldaten das Recht auf politische Betätigung, aber nur außerhalb der Kasernentore und nur innerhalb der so genannten "verfassungsmäßigen" Organisationen.

Eine reale Interessenvertretung der Wehrpflichtigen ist aber nach dem Konzept der Inneren Führung nicht möglich und wurde ausdrücklich durch Bestimmungen ausgeschlossen, wie z.B. das Verbot kollektiver Beschwerden. Die bestehenden Defensivrechte haben letztlich nur einen Ventilcharakter, der dazu dient, Unterwerfung weniger spürbar zu machen, die Illusion von Freiheit aufrechtzuerhalten.

Betrachten wir hierzu einmal die Pflichten des Soldaten der Bundeswehr, so wird das ganze Gerede vom "mündigen Staatsbürger" und das "Konzept der Inneren Führung" als Propaganda entlarvt.

"Bei diesen Pflichten handelt es sich insbesondere um die in den §7 bis 21 SG niedergelegten Dienstpflichten: zum einen um die GRUNDPFLICHT des Soldaten, der Bundesrepublik Deutschland **treu zu dienen** und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen (...)

Die **Tapferkeitspflicht** bedeutet, daß Furcht vor Gefahr den Soldaten nicht von der Erfüllung seiner Dienstpflichten abhalten darf (Vgl. auch §6 Wehrstrafgesetz). Die Tapferkeitspflicht besteht im Frieden (z.B. Wachdienst) wie im Krieg. Sie ist eine besondere Pflicht des Soldaten (...) Des Weiteren hat der Soldat die Pflicht, **die freiheitlich demokratische Grundordnung anzuerkennen** und durch sein gesamtes Verhalten für ihre Erhaltung einzutreten. Eine herausgehobene Funktion in der DKP oder der NPD gilt als Verstoß gegen diese Pflicht (...) Der Soldat hat ferner in dienstlichen Angelegenheiten die **Wahrheit** zu sagen und über die ihm bei seiner dienstlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten **Verschwiegenheit** zu bewahren. Im Dienst darf er sich nicht zugunsten oder zuungunsten einer bestimmten politischen Richtung betätigen. (...) Weiterhin hat der Soldat dem Ansehen der Bundeswehr sowie der Achtung und dem Vertrauen gerecht zu werden, die sein Dienst als Soldat erfordert. (...)

Neben diesen für alle Soldaten bestehenden Dienstpflichten kommen für die

**Untergebenen** hinzu die Pflicht, Disziplin zu wahren sowie die dienstliche Stellung des Vorgesetzten zu achten.(...) Der Untergebene hat seinen Vorgesetzten **zu gehorchen** und ihre Befehle nach besten Kräften vollständig, gewissenhaft und unverzüglich auszuführen (§11 Abs.1 Satz 1 und 2SG)."

("Wie funktioniert das? Die Bundeswehr", Mannheim/Wien/Zürich, 1987)

## **Der Bundesgrenzschutz**

Die Geschichte des Bundesgrenzschutzes (BGS) ist durch seine Zwitterstellung zwischen militärischem Truppenverband und Polizei-Institution gekennzeichnet. Ursprünglich war er als paramilitärische Truppe konzipiert, die gegen (kommunistisch gelenkte) Aufständische und Partisanen eingesetzt werden sollte. Die Aufstellung der Bundeswehr 1955 und die Notstandsgesetzgebung von 1968 machten dann den Weg frei, den BGS zu einer Art Bundespolizei zu entwickeln.

Wie ist der Bundesgrenzschutz entstanden?

1949: Am 14. April erhält Adenauer den so genannten Polizeibrief der westlichen Militärgouverneure, der die Vorgaben der Alliierten polizeilichen Regelungen im neuen Grundgesetz nennt: Restriktionen zu Aufstellung und Stärke von Polizeieinheiten; die generelle Zuständigkeit für die Polizei soll den Bundesländern zufallen usw.

1950: Die westlichen Außenminister bewilligen der BRD die Befehlsgewalt über 30 000 Mann zu. Die Bereitschaftspolizeien der Länder werden aufgestellt.

1951: Nach dem "Gesetz über den Bundesgrenzschutz und die Einrichtung von Bundesgrenzschutzbehörden" vom 16. März 1951 wurde dem BGS als offizielle Aufgabende Schutz der Grenzen der BRD vor verbotenen Übertritten,

- die Ausübung der Passkontrolle und

- die Sicherung der Grenzen gegen Störungen der öffentlichen Ordnung innerhalb einer 30 -km-Zone entlang den Grenzen zugeordnet. ( Bundesgesetzblatt I, 1951, S. 201)

In nachfolgenden Dienstanweisungen wurden aber weit darüber hinausgehende Regelungen getroffen, die den wahren Charakter des BGS als variabel einsetzbare Truppenformation eindeutig erkennen ließen. Z.B. schuf die damalige Bundesregierung mit der "Dienstanweisung über Aufgaben und Befugnisse des BGS" eine "sonderpolizeiliche Ermächtigung", die den Einsatz des BGS in allen als "Notstand" deklarierten Lagen auf Anweisung der Bundesregierung auch außerhalb der 30-km-Zone zuließ.

Bereits wenige Tage nach Verkündung des BGS-Gesetzes wurde mit dem praktischen Aufbau des Bundesgrenzschutzes begonnen. Bereits nach kurzer Zeit lagen 53 000 Bewerbungen vor. Die Besetzung aller Offiziers- und Zugführerplanstellen bei der Aufstellung 1951 erfolgte ausschließlich mit ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht oder der faschistischen Polizei.

Deutlich wurde der "Geist der Truppe" durch einer Rede des zuständigen Staatssekretär im Innenministerium v. Lex 1952: "Ihr Vorgesetzter .. hat neulich messerscharf und

richtig formuliert, wenn er sagte, daß wir Leute, die der (imperialistischen- d. Verf.) Demokratie nur mit einem Augenzwinkern gegenüberstehen, in den Reihen des BGS nicht dulden können. Wer das Brot des demokratischen Staates als sein Beamter essen will, aber die Demokratie verachtet oder verneint, der hat in unseren Reihen nichts zu suchen." (In: Die Parole, H. 2/53, S.2)

Parallel zum Aufbau des BGS wurden zur Sicherstellung der beschleunigten Wiederaufrüstung in der BRD noch andere Maßnahmen getroffen. Genannt werden soll hier der Aufbau des "Amtes Blank" als direkten Vorläufer des späteren Bundesministeriums für Verteidigung.

Nach der Errichtung der Bundeswehr griff man auf Personal des BGS zurück. Insgesamt traten 9572 BGS-Angehörige zur Bundeswehr über.

Mit der weitgehenden Nutzung des BGS für den Aufbau der Bundeswehr wurde der wahre Charakter des BGS in dieser ersten Phase seiner Existenz als erste zentrale Truppenformation der Nachkriegszeit sichtbar.

Nach der Errichtung der Bundeswehr wurde der BGS personell und materiell wieder ergänzt.

## **Bundesgrenzschutz und Notstandsgesetze**

Bereits 1952 wurde die Bewältigung des "inneren Notstandes" geübt. (19. bis 24. September) Als "Lage" wurde damals angenommen, daß sich 400 bis 500 "rote Aufständische" aus Frankfurt/M und Schweinfurt in das Manövergebiet im Nordspessart zurückgezogen haben und als "Banden" diese Gegend verunsichern. "Blau" sollte zunächst die Ortschaften und die Verkehrswege sichern und danach die "Banden" zerschlagen. Analysiert man diese Übungslage, so ist festzustellen, daß mit dem Vorgehen gegen "Aufständische" im großen Maßstab - eingesetzt waren 4000 BGS-Beamte - die Bewältigung bürgerkriegsähnlicher "Lagen" durchexerziert wurde.

In den 60iger Jahren wurde bei solchen Manöverlagen dem Zusammenwirken mit den Polizeikräften der BRD-Bundesländer besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Vom 8. bis 10. Oktober 1962 fanden in Bayern und Baden-Württemberg Manöver statt. BGS, Bereitschaftspolizei, Schutz- und Kriminalpolizei nahmen in einer Gesamtstärke von 5400 Mann teil. Die angenommene "Lage" ging davon aus, daß eine "radikale Partei" regen Zuspruch hatte und ihr Ziel, die innere Ordnung "gewaltsam" zu verändern, verwirklichen wollte.

Ganz klar wurde die Unterdrückungsfunktion des BGS auch bei der Übung "Hessen" im November 1965. Bei dieser Übung wurde ein Großbetrieb abgeriegelt. Damit sollte er vor "Sabotageakten" geschützt und gleichzeitig für ein "ungestörtes" Weiterlaufen seiner Produktion gesorgt werden.

Die BGS-Einheiten wurden auf den "subversiven Kampf" vorbereitet. Charakteristisch hierfür war auch eine gemeinsame Rangerübung des BGS mit Spezialeinheiten der USA-Streitkräfte 1964: "Bei der Übung wurden BGS-Beamte als Testobjekte für so genannte `kontrollierte Härtemaßnahmen` zur Verfügung gestellt, wie sie später in Vietnam zur Anwendung kamen. Dabei kam es auf vielfache Weise zu körperlichen Misshandlungen und Folterungen von BGS-Beamten. Nach Beendigung der Übung sind die BGS-Beamten aktenkundig über die Pflicht der Geheimhaltung belehrt worden." (J. Moneta/E. Horn/K.-

H.Hansen, Bundeswehr in der Demokratie - Macht ohne Kontrolle? Frankfurt/M-Köln, 1974) Kennzeichnend war die Tatsache, daß im Rahmen der Übungen 1965 vor BGS-Angehörigen ein südvietnamesischer General auftrat, der einen "Erfahrungsbericht" über den Kampf gegen "subversive Kräfte" gab.

Den "Kampf im Innern" trainiert der BGS aber nicht nur, sondern er wird unmittelbar zur "Bewältigung" solcher "Lagen" auch herangezogen. Die Palette reicht dabei von BGS-Einsätzen anlässlich der Demonstrationen der Friedenskräfte 1982 und 1983 bis hin zur Unterstützung der Polizei der Länder wie 1982 im Raum Gorleben, wo eine BGS-Formation "zur Räumung" des Demonstrationsplatzes antrat und unter "Einsatz gezielter Wasserstöße ... zügig voran" kam (BGS-Zeitschrift, H. 4/83)

Im Rahmen der Notstandsgesetzgebung wurden Gesetzesänderungen vorgenommen, die auch für den BGS bedeutsame Festlegungen mit sich brachten. So hat nach Verfassungsartikel 91 (Innerer Notstand) jedes Bundesland das Recht, zur Abwehr einer "Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes" neben Polizeikräften anderer Länder auch Truppen des BGS anzufordern. Vor allem aber kann die Bundesregierung den BGS in jedem BRD-Bundesland einsetzen - selbst gegen den Willen der Landesregierung. Damit wurden die Möglichkeiten zur Sicherung der uneingeschränkten Macht des Monopolkapitals im Innern der BRD wesentlich erweitert.

### **Ausbau des staatsmonopolistischen Unterdrückungsapparates**

Mit einer Reihe gesetzlicher Regelungen wurde neben der Beibehaltung des Kombattantenstatus des BGS die generelle Möglichkeit des BGS-Einsatzes im Innern als "Sonderpolizei des Bundes" gesetzlich festgeschrieben. Hierzu wurde der BGS mit einer ganzen Reihe polizeilicher Befugnisse (Durchsuchung von Personen und Sachen, Recht der Vorladung, Durchführung erkennungsdienstlicher Maßnahmen usw.) ausgestattet.

Zu den offiziellen Aufgaben des Bundesgrenzschutzes gehört zwecks "Entlastung" der Bundeswehr im "Ernstfall":

Die

"- Evakuierung und Umquartierung der Zivilbevölkerung

- Sperrung gefährdeter und verseuchter Gebiete

- Lenkung von Flüchtlingsbewegungen

- Freihaltung von Militärstraßen

- Internierung und Überwachung von Ausländern

- Unterstützung der Länderpolizeien bei der Verfolgung von Straftaten, die durch Kriegsgeschehnisse begünstigt werden ( Diebstähle, Plünderungen, Landesverrat)

- Bekämpfung nicht kombettanter Aufständischer."

(BGS-Zeitschrift, H. 3/81)

Eine besondere Stellung innerhalb des BGS nimmt die "Grenzschutzgruppe 9" ein. Als "Anti-Terrorgruppe" propagiert und 1973 aufgestellt, wurde und wird diese Gruppe ständig ausgebaut. "Die GSG-9-Angehörigen werden von Offizieren und Unterführern der eigenen Gruppe, von Beamten des BKA und des Verfassungsschutzes sowie von Physikern, Chemikern und Hochfrequenzfachleuten ausgebildet." (FFM, 2.9.76)

Der damalige Bundesinnenminister Genscher forderte von der Sondereinheit GSG-9, daß sie "Elitebewusstsein entwickeln" und "mit dem Willen zu kämpfen, den Gegner zu vernichten", "kampfunfähig schießen ist Quatsch". (Spiegel, 39/72)

## **Der Militärische Abschirmdienst - MAD**

Nach der üblichen Lesart, mit der in der Öffentlichkeit der Auftrag des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) erklärt wird, hat dieser Geheimdienst "die Bundeswehr vor Sabotage, Unterwanderung, Spionage und Zersetzung zu schützen". Die Mitarbeiter des MAD verstehen sich als "Untergrundarmee" Im Visier haben sie vor allem jene Personen aus dem militärischen Bereich und weit darüber hinaus, die der offiziellen Regierungspolitik ihre Zustimmung oder Duldung versagen. Wer der "Untergrundarmee" MAD durch unliebsames "politisches und sogar soziales Engagement bei der Bundeswehr auffällt, kann deshalb "in jeder nur denkbaren Sackgasse enden ... : in der Arrestzelle, in psychiatrischer Überwachung oder im Strudel geheimdienstlicher Wühlarbeit". (A. Charisius/J.Mader: Nicht länger geheim, Berlin 1980)

### **Der Tätigkeitskomplex des MAD umfasst:**

1. Die politische Überwachung derjenigen Kräfte in der BRD, die sich aktiv gegen die Politik der weiteren Militarisierung und Hochrüstung einsetzen  
Im MAD-Sprachgebrauch: "Zersetzungsabwehr". Bei der Observation dieser Antimilitaristischen Gruppen bedienen sich die Angehörigen des MAD in den seltensten Fällen ihrer wahren Identität. Sie werden mit besonderen Berufsausweisen versehen, die über die politische Polizei besorgt werden, so u.a. Behörden-Dienstausweise, z.B. Sozialbehörde, Jugendamt, Wohlfahrt, Verlagsausweise, Firmen- und Versicherungsausweise.

### **2. Überwachung des Personals der Bundeswehr aus "sicherheitsmäßiger Sicht"**

Im MAD-Sprachgebrauch: Sicherheitsüberprüfungen, die verhindern, daß Personen, bei denen ein Sicherheitsrisiko vorliegt, in die Bundeswehr eingestellt werden. Allein bis 1976 wurden 4 Millionen solcher Sicherheitsüberprüfungen durchgeführt.

Der MAD überprüft neben den Familienmitgliedern von Bundeswehrangehörigen besonders auch all jene Personen, die arbeitsmäßig Verbindungen zur Bundeswehr haben (Vertragsärzte, Dolmetscher, Bau- und Montagepersonal, Kantinenwirte, Schauspielergruppen, Personal von Wach- und Schließgesellschaften usw.)

### **3. Spionage- und Sabotageabwehr**

Die Furcht vor Spionage wird eifrig geschürt, um auf dieser Basis ein breites Denunziantentum zu erreichen.

### **4. Durchführung von Spionageoperationen**

In offiziellen Verlautbarungen verschämt verschwiegen, betreibt der MAD auch selbst Spionage. Oft mit der Notwendigkeit der "Durchführung von Gegenoperationen" begründet, gibt es nicht wenige Fälle, wo der MAD Spionage betreibt.



## **5. Einsatz im Rahmen der Feindbildprägung**

Im Sinne der ideologischen Beeinflussung (Antikommunismus) der Bundeswehrsoldaten wirkt der MAD. Mittel dieser "Aufklärung" sind Filme, Sicherheitshinweise, Plakate, Taschenkalender, Anzeigen, Vorträge, Beratungen und dergleichen.

## **6. Der MAD kontrolliert die Publikationsmittel und Massenmedien in der BRD sowie deren Mitarbeiter.**

Er maß sich Zensurfunktionen an. Auf seine Anweisungen werden Berichterstattungen von Presse, Rundfunk, Fernsehen über die Bundeswehr und die Rüstungsproduktion eingeeengt. In einer MAD-Direktive heißt es: "Es muß eine genaue Sprachregelung darüber stattfinden, was der Presse mitgeteilt werden soll".

## **7. Der MAD konzentriert sich mit allen Mitteln auf Informationen über Kriegsdienstverweigerer und Antimilitaristische Gruppen.**

Er arbeitet mit so genannten "Warnkarteien" - interne schwarze Listen über die der Bundeswehr verdächtig erscheinende Bürger, Personengruppen und Vereinigungen. Diese schwarzen Listen sollen als Unterlagen im "Ernstfall" dazu dienen für rigorose Massenverhaftungen von antiimperialistischen Kräften. Die Bundesregierung hatte schon 1966 im Zusammenhang mit der vorbereiteten Notverordnung über Sicherheitsmaßnahmen Vorkehrungen getroffen, die der Errichtung von Schutzhaftlagern (Internierungslagern) - eventuell auch auf dem Gebiet westeuropäischer Nachbarstaaten - dienen. "Die deutschen Botschafter in fünf westlichen Hauptstädten wurden durch einen vom 18. November 1966 datierten Erlass des Auswärtigen Amtes (Aktenzeichen: II A 7-85-30-1-4989-1966-US Vert.) angewiesen zu ermitteln, ob in ihren Gastländern für derartige Lager gesetzliche Grundlagen bestehen oder in kurzer Zeit erlassen werden können."

(Charisius/Mader, Nicht länger geheim, Berlin 1980)

Übrigens: Nach dem Zusammenbruch der DDR wurden Pläne des "Ministeriums für Staatssicherheit" bekannt im Falle eines DDR-Notstandes im ganzen Land Internierungslager zu errichten. Dort sollten Tausende von politisch Missliebigen interniert werden. Ihre Namen und Adressen standen bereits vorher fest und waren in schwarze Listen gespeichert.

Analog zur wachsenden Bedeutung der BRD-Friedensbewegung erschien im "Deutschen Ärzteblatt" (79. Jahrgang, Heft 25, S. 41-44 vom 25.06.1982) ein Artikel des Oberstabsarztes der Bundeswehr und Psychiaters Dr. Rudolf Brickenstein zur "Bewältigung panischer Reaktionen im Katastrophen- und Verteidigungsfall". Darin charakterisiert er "Panikpersonen". "Äußere Merkmale einer Panikbereitschaft sind unter anderem wilde Streiks, gemeinsame Unregelmäßigkeiten, Widersetzlichkeiten, Sachbeschädigungen (...)"

Er spricht u.a. davon, daß "Panikpersonen" frühzeitig erkannt, isoliert und einflusslos gemacht werden müssen.

Seit Jahren wird vermutet, daß für den Notstand- bzw. Kriegsfall, ähnlich wie die von einigen Länderpolizeien geführten "Störerkarteien", Listen über "Panikpersonen" existieren.

Weiter mit dem MAD: Noch deutlicher wird der Charakter des MAD vielleicht aus den folgenden Angaben, die "Die Welt" am 1. Juni 1983 veröffentlichte: Allein 1982 führte der MAD 207 014 Sicherheitsüberprüfungen durch. Dafür - und wohl darüber hinaus - wurden 357 200 Datei- bzw. Karteiabfragen getätigt (beim Verfassungsschutz, beim Bundesnachrichtendienst, bei den Geheimdiensten der NATO-Staaten) und 179 648 Auskünfte aus dem Bundeszentralregister eingeholt. Dem stehen 6498 "Mitteilungen aus der Truppe" gegenüber, für die Unregelmäßigkeiten bzw. Verdachtsgründe zum Handlungsanlass wurden. Und nur in 72 Fällen gab es "Abwehroperationen". Im Rahmen dieser umfassenden Überwachungspraxis sind allein in den Speichern des MAD (1983!) Daten über derzeit etwa fünf Millionen BRD-Bürger erfasst.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Tätigkeit des MAD darauf gerichtet ist, im Rahmen des gesamten imperialistischen Herrschaftsmechanismus der BRD zur militärischen Kriegsbereitschaft und Kriegsfähigkeit der Bundeswehr beizutragen.

### **Die psychologische "Verteidigung" der Bundesrepublik**

Auch in der BRD wird psychologische Kriegsvorbereitung betrieben. Man nennt sie dann "Psychologische Verteidigung". Bereits 1960 hatte die Bundeswehr eine "Lehrgruppe Psychologische Kampfführung" aufgestellt, die ein Vorläufer der fünf Jahre später errichteten "Schule der Bundeswehr für Psychologische Verteidigung" (PSV) war.

Unter der Ziffer 1304 der Führungsvorschrift der Bundeswehr, HDv 100/100 geht hervor, wonach die PSV-Truppe zur "psychologischen Konsolidierung" eingesetzt werden kann, vor allem dann, wenn die eigene Operationsfreiheit durch das Verhalten der Bevölkerung gefährdet ist". Soll heißen, die Bevölkerung lehnt sich gegen den Krieg auf.

Im PSV-Stab der Bundeswehrkorps sind dementsprechend auch Redakteure eingesetzt, welche bei Manövern Zeitungen und Flugblätter zur pro-militärischen Beeinflussung der Bevölkerung herausgeben. Unterstützung erhalten sie von zivilen Kollegen, die, mit Reserveoffiziersrang versehen, als Wehrübende die Gleichschaltung der Presse im Kriegsrecht vorüber. Auch das ist Bestandteil der psychologischen Kriegsführung!

In einer 1975 herausgegebenen Schrift der "Schule der Bundeswehr für PSV" wird über ihre Aufgabe vom Schulkommandeur versichert: "PSV bedeutet im Spannungs- und Verteidigungsfall auch das Einwirken auf den Gegner, um ihn zu einem Verhalten im Sinne der Humanität, der Menschenrechte und damit unserer politischen und militärischen Führung zu veranlassen. Das gilt für den Ernstfall im Kriege. Für uns aber ist auch bereits der Frieden der Ernstfall. Wir haben die Aufgabe, zu helfen, daß nicht bereits im Frieden die Verteidigungsbereitschaft demontiert wird, daß diese beste aller deutschen Staatsformen der Geschichte, diese Republik mit der besten aller bisherigen deutschen Verfassungen nicht unglaublich, unmenschlich und verlogen hingestellt wird. Hier wachsen dieser Schule, nach den Weisungen des Ministeriums, Forschungs- und Lehraufträge zu, die von Analysen der politischen Lage im Großen bis hin zur Verwendung der gewonnenen Erkenntnisse aus der vielfältigen bundeswehrfeindlichen und damit verfassungsinconformen Szenerie im eigenen Land in Forschung und Lehre und der Entwicklung von Abwehr- und Beeinflussungsmodellen reichen."

(Vgl. Willi Dickhut, Krieg und Frieden und die sozialistische Revolution, Verlag Neuer Weg 1983)

## **Der Zivilschutz**

Mit "Zivilschutz" ist der Schutz der Zivilbevölkerung vor den Auswirkungen eines Krieges gemeint. Das ganze Ansinnen mit all seinen Planungsvorhaben kommt gerne im Mantel der Fürsorge und Humanität daher. Zivilschutz, so schrieb der pensionierte Generalmajor Jürg von Kalkreuth im August 1984, "hat in zivil-militärischer Zusammenarbeit viele Aufgaben zu übernehmen, die nicht nur das Überleben der Bevölkerung sichern, sondern auch die Operationsbereitschaft der Streitkräfte, die unser Land zu verteidigen haben." (Europäische Wehrkunde, 8/84) Damit habe der Zivilschutz auch "eine nicht so bekannte strategische Bedeutung". Das Eintreten für die Notwendigkeit des Zivilschutzes hat also auch seine strategischen Sinn, denn Zivilschutz ist in die "Zivilverteidigung" und somit wieder in die "Gesamtverteidigung" eingebettet. Der Präsident der "Akademie für Zivilverteidigung", Dr. Werner Schmitt in einem Vortrag der "Gesellschaft für Wehrkunde": "Die nationale zivile Verteidigung wird schon seit dem Anfang der sechziger Jahre in vier Hauptgruppen unterteilt: - die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen, - den Zivilschutz, - die Versorgung der Bevölkerung und der Streitkräfte." (Information für die Truppe, 8/85)

Zivilschutz ist also ein unmittelbarer Bestandteil der politisch-militärischen Gesamtplanung, der umfassenden Vorbereitung auf das führen künftiger Kriege.

Das Zivilschutzgesetz gehört zu den Folgegesetzen der Notstandsverordnung. All diese Gesetze gelten nicht nur im "Verteidigungsfall", sondern auch schon im "Spannungsfall". Auch dann gilt also die Aufenthaltsregelung, nach der man seinen Wohnort nicht verlassen darf, es werden nahrungsmittel bevorratet, Läden geschlossen und Lebensmittelkarten ausgegeben, "Helfer im Zivilschutz" können zwangsverpflichtet werden, Ärzte und Krankenschwestern müssen Hilfskrankenhäuser in Betrieb setzen.

## **Die Verteidigungsmedizin**

Der bayerische Sozialminister, Pirkel, hat im Herbst 1981 vor Sanitätsoffizieren der Bundeswehr kurz und bündig ausgesprochen, was die Pflicht der Mediziner ist:

"Die Verteidigungsmediziner müssen in der Lage sein, bei Tausenden von Verletzten die Spreu vom Weizen zu trennen." (Süddeutsche Zeitung, 2.10.81)

Welcher Mensch ist aber Spreu (wertlos), wer ist Weizen (wertvoll)?

Im NATO-Handbuch heißt es: "Die dringliche Kriegschirurgie: Ihre Besonderheit liegt darin, daß sich im Gegensatz zur üblichen ärztlichen Handlungsweise die Sorge für den einzelnen zwangsläufig den militärischen Erfordernissen unterordnen muß, wenn die taktische Lage dies verlangt." (Die dringliche Kriegschirurgie, Zentrale Dienstvorschrift der Bundeswehr 49/50, S.13)

Nach "militärischen Erfordernissen" richtet sich die Militärchirurgie also. Die Militärärzte unterscheiden besondere Kategorien (T4) von Verletzten. Diese umfasst die so genannten "Hoffnungslosen", die einer "abwartenden Behandlung" zugeführt werden, d.h. nicht behandelt werden dürfen. Der Truppenarzt muß sich auf die Behandlung "möglichst vieler

Verwundeter mit guten Überlebenschancen und zu erwartender Dienstfähigkeit" konzentrieren. (ZDV 49/50)

Für den reibungslosen Fortgang der Kriegshandlungen werden Psychopharmaka eingesetzt, Medikamente, die das "Seelenleben" beeinflussen. Insgesamt sollen z.B. 1982 über 4 Millionen Ampullen Betäubungsmittel, 5 Millionen Tabletten und 500 000 Ampullen Psychopharmaka gelagert gewesen sein. (Pharmazeutische Zeitung, 128/83)

Mit der soziopsychologischen Seite der Vorbereitung auf den Krieg befasste sich auch der Bundesinnenminister: "Panikstifter müssen so schnell wie möglich isoliert und ruhiggestellt werden. Können auch laute Befehle und hartes Angreifen das Verhalten nicht beeinflussen, muß man den Erregten, ggfs. mit vereinten Kräften, festhalten, wenn möglich ihn außer Sicht bringen und ihm ein kräftiges, Angstreduzierendes Beruhigungsmittel spritzen." (Bundesministerium des Innern, Leitfaden für die ärztliche Versorgung im Katastrophenfall, 1981)

Unter solchen Gesichtspunkten ist die Massenbevorratung von Beruhigungsmitteln durchaus sinnvoll.

So stellte der Bundeswehrpsychiater Brickenstein schon 1967 fest, daß "das Entfachen einer Panik beim Gegner, sowie die Verhinderung und Bekämpfung bei den eigenen Streitkräften zu allen Zeiten zu den psychologischen Waffen gehörte, die kriegsentscheidend sein können." (Beiträge zur Wehrpsychiatrie, Heft 3/67)

## **Das Bombengeschäft: Waffen aus Deutschland**

Vor der gusseisernen Pforte der Strafanstalt Landsberg schwor Alfried Krupp von Bohlen und Halbach um Mitternacht: Er wolle, so verkündete er 1951 bei seiner Haftentlassung als Kriegsverbrecher, "nie wieder Waffen produzieren". Der Erbe des Krupp-Konzerns war verurteilt worden - stellvertretend für die gesamte deutsche Rüstungsindustrie, als deren Synonym der Name Krupp weltweit galt.

Das imperialistische deutsche Reich lag in Trümmern. In Schutt und Asche lagen Hitlers Rüstungsschmieden. Was noch unversehrt gewesen war, hatten die alliierten Siegermächte abmontiert. Jegliche Herstellung von Waffen war verboten.

Doch schon 1947 zeichnete sich ab, daß Deutsche bald wieder Waffen tragen würden.

Für das Jahr 1950 ist verbürgt, daß die amerikanischen, englischen und französischen Streitkräfte einen Teil ihres Bedarfs bei deutschen Firmen kauften, die dafür Ausnahmegenehmigungen vom Produktionsverbot erhielten. Der Berliner Wissenschaftler Professor Ulrich Albrecht: "Nachweisen lässt sich, allen legalen Bestimmungen zuwiderlaufend, deutsche Rüstungsproduktion seit 1951; der erste Rüstungsexport wird 1953 gemeldet."

Schon 1952 hatte Daimler-Benz einen Auftrag über die Entwicklung eines Panzermotors für die Schweiz entgegengenommen.

Das grundsätzliche Verbot der Rüstungsfabrikation wurde immer mehr gelockert und 1955 mit dem Ende des Besetzungsstatuts aufgehoben. Lediglich durch mehr oder minder freiwilliger Beschränkungen hat sich die BRD gegenüber der Westeuropäischen Union verpflichtet, nicht nur auf die Produktion atomarer, biologischer und chemischer Waffen zu verzichten, sondern sich auch bei anderen Waffen einige Beschränkungen auferlegt. Doch diese Beschränkungen sind inzwischen mehrfach reduziert worden - genau

genommen gibt es sie nur auf dem Papier. "Die Bundesrepublik kann ... in der Rüstungstechnik nicht Abstinenz üben und sich ausschließlich auf zivile Produktion beschränken" hatte die Bundesregierung 1973 in ihrem Verteidigungs-Weißbuch festgestellt. Und im Weißbuch von 1979 heißt es dann: "Das arbeitsmarktpolitisch wie betriebswirtschaftlich gebotene Interesse an einer möglichst gleichmäßigen Auslastung der auf Rüstungsaufträge spezialisierten Unternehmensbereiche stellt ... alle Beteiligten vor eine ständige Aufgabe. Dabei ist sich die Bundesregierung ihrer Verantwortung gegenüber der deutschen Rüstungswirtschaft bewusst, deren Leistungsvermögen und Leistungsbereitschaft sie hoch einschätzt."

"Jede Waffe von uns", sagte schon vor Jahren der Raketenbauer Ludwig Bölkow selbstbewusst, "ist besser als die der Amerikaner." Er hätte dies im Auftrag der gesamten deutschen Rüstungsindustrie sagen können.

Verteidigungsminister seit 1956 war F.J. Strauß, der im ersten Bundestagswahlkampf 1949 dem Krieg abgeschworen hatte. Er verkündet nun überall: "Das Schlagwort `Nie wieder Krieg` ist heute fehl am Platze. Man muß bereit sein, die Freiheit zu verteidigen". (M. Bergner, Auf den Spuren des Minister S., Berlin 1961, S. 36)

In Amerika verlangte er als frischgebackener Kriegsminister modernste Waffen zur Verteidigung dieser "Freiheit".

Strauß hat sich wie kaum ein anderer Politiker um das Widererstarben des Rüstungskapitals verdient gemacht. Durch großzügige Investitionshilfen der Münchener CSU-Regierung wurde Bayern zum Schlaraffenland der Rüstungsindustrie. Durch eine Vielzahl von Skandalen wurde Strauß zu einem Synonym (sinnverwandtes Wort) von Korruption, Lüge, Betrug und Raffgier.

Zu Beginn seiner Amtszeit als Bundesverteidigungsminister nahm Strauß Verhandlungen mit dem schweizerischen Waffenkonzern Hispano-Suiza auf. Innerhalb eines Jahres wurden über 10 000 Hispano-Suiza Schützenpanzerwagen bestellt. Zum Zeitpunkt der Bestellung jedoch gab es noch keinen Prototyp des bestellten Fahrzeuges HS 30, ja die Firma hatte überhaupt noch nie einen Panzer gebaut. Später kam heraus, daß es beim HS 30-Auftrag zu massiven Bestechungen gekommen sei.

Noch verheerender war die zweite große Beschaffungsgeschichte: der "Starfighter F 104 G" - im Volksmund "der Witwenmacher". Auch hier lagen weder Prototyp noch Erprobungsergebnisse vor, auch hier wurden - nachweisbar für das Ausland - Millionensummen an Bestechungsgeldern bezahlt. Den Auftrag erhielt der amerikanische Luftwaffenhersteller Lockheed. Insgesamt 917 dieser Maschinen wurden für die Bundesluftwaffe und die Marineflieger bestellt. Im Sommer 1982 gab es ein makabres Jubiläum: Der 250. deutsche "Starfighter" stürzte ab, mehr als hundert Piloten - die meisten noch nicht einmal 35 Jahre alt - starben bei den Abstürzen.

Der "Starfighter" wurde in Lizenz auch in der BRD gebaut. Für den Neuaufbau der deutschen Militär-Flugzeugindustrie war ein solcher Anfang mit dem "Starfighter" wichtig. Der "Starfighter" wurde zum Geburtshelfer einer bundesdeutschen Luftrüstungsindustrie.

Als dann mit Willy Brandts sozialliberaler Koalition auch auf der Hardthöhe Wachablösung war und mit Helmut Schmidt ein Sozialdemokrat den Oberbefehl übernahm, brachen für die Rüstungsindustrie goldene Jahre an. Es war, als stünde die Welt auf dem Kopf. SPD-Verteidigungsminister Georg Leber schwadronierte von der

Versöhnung zwischen Arbeiterschaft und Armee. Und aus dieser Geisteshaltung heraus erfüllten die Sozialdemokraten die Waffen-Wünsche der Militärs fast noch schneller, als die sie äußern konnten.

## **Rüstungsexporte und Menschenrechte**

Zweimal gingen von deutschem Boden Weltkriege aus. Zweimal wären diese Kriege nicht denkbar gewesen ohne die deutsche Rüstungsindustrie. Nach beiden Weltkriegen wurde entwaffnet. Und jedes Mal dauerte es nur wenige Jahre, bis - in aller Stille - wieder Kriegsgerät produziert wurde. Heute belegt die BRD auf der Weltrangliste der Waffenlieferanten einen der vordersten Plätze.

Die Wahrscheinlichkeit, daß aus der BRD stammende Waffen in kriegerischen Konflikten zu Einsatz kommen, ist hoch. Etwa 80 Prozent aller Rüstungsexporte flossen nach ACDA-Angaben zwischen 1974 und 1980 in Entwicklungsländer, Staaten mithin, die nicht dem NATO-Bündnis angehören. Die größten Anteile entfielen laut einer vom "Spiegel" veröffentlichten vertraulichen Liste des Bundeswirtschaftsministeriums "mit Abstand auf den Iran, gefolgt von Argentinien, Saudi-Arabien, Nigeria und Israel". (Spiegel, 14/79)

Zielgebiete der BRD-Rüstung dienen erstens der Stabilisierung und Stützung prowestlicher, zumeist reaktionärer Regime, deren "Kapazität" zur Unterdrückung innerer "Unruhen" und potentieller Aufstandsbewegungen vergrößert wird.

Zweitens vergrößert der Rüstungstransfer das innerhalb und zwischen den Entwicklungsländern vorhandene Konfliktpotential und wirkt insofern friedensgefährdend - eine Tatsache die im "Weißbuch 1978" in allgemeiner Form eingestanden wurde.

Trotz Exportverbotes in Spannungsgebieten sind militärische Transfers der BRD in 23 größtenteils kriegerischen Konflikten aufgetaucht.

Trotz des Ost-Timor-Krieges und trotz der argentinischen Mobilmachung gegen Chile im Beagle-Konflikt erteilte die Bundesregierung 1977 und 1978 Ausfuhrgenehmigungen für Kriegsschiffe an Indonesien und Argentinien. Auch in die hochexplosive Golfregion wurden Kriegsschiffe geliefert. Im Golfkrieg zwischen Iran und Irak waren z.B. auf irakischer Seite Hubschrauber, Flugabwehrraketen und - ebenso wie auf iranischer Seite - verschiedene Militär-LKW-Typen aus der BRD im Einsatz. Selbst die britischen Truppen sahen sich im Falklandkrieg mit bundesdeutscher Rüstungstechnologie in der Hand der argentinischen Militärjunta konfrontiert, die laut SIPRI ein Drittel ihrer Waffenexporte aus der BRD bezog.

Zu den Ländern, die mit Hilfe der BRD aufgerüstet werden, gehören die finstersten-terroristischen Regime der Welt.

### **Beispielsweise: Türkei**

Das Nato-Bruderland" erhält die umfassendste Unterstützung der BRD. Neben Waffenexport und -geschenke, erhält der Folterstaat-Türkei Ausrüstungshilfe in Millionenhöhe für ihre Polizeikräfte.

### **Beispielsweise: Guatemala**

Zehntausende von Guatemalteken sind unter wechselnden Regierungen seit 1966 getötet worden. Sie wurden aus politischen Gründen von den regulären Militär- und

Polizeieinheiten getötet, sie wurden getötet von staatlichen Sicherheitsbeamten und von "Todesschwadronen". Staatlicher Mord ist Teil des Regierungsprogramms in Guatemala. Am bekanntesten ist der Massenmord der am 29. Mai 1978 im Stadtzentrum von Panzos, Alta Verapaz, von regulären Armeekräften verübt wurde. Mehr als 100 Kekchi-Indianer, darunter fünf Kinder wurden erschossen. Soldaten hatten sich auf den Dächern und in den Häusern rings um den Platz postiert und eröffneten das Feuer, als sich die Indianer versammelten, um für Landrechte zu demonstrieren.

In einem Schreiben an amnesty International (November 1979) wurde bestätigt, daß die BRD Waffenexporte genehmigte: "lediglich leichte Handfeuerwaffen (z.B. Pistolen) und Munition" wurde geliefert. Hauptkriterium bei der Genehmigung sind außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Die Menschenrechtssituation wird nicht berücksichtigt. Von 1978 bis 1980 wurden in Guatemala 5000 Menschen ohne Haftbefehl festgenommen und getötet. Amnesty dokumentierte, daß in vielen Fällen die Opfer durch Kopfschuss getötet worden waren.

### **Beispiel Iran:**

Schon zu Beginn der siebziger Jahre wurde in Iran die Lizenzproduktion von Heckler & Koch-Maschinenpistolen und -Schnellfeuerwaffen aufgenommen. Angesichts Tausender von Hinrichtungen sowohl unter dem Schah als auch unter Khomeini ist es wahrscheinlich, daß das G3-Gewehr häufig bei solchen Hinrichtungen benutzt wird.

Exportiert werden auch Folterinstrumente: Am 21. 12. 1978 berichtete die Frankfurter Rundschau, daß die westdeutsche Firma Werner Industrieausrüstung Geisenheim, am 25.11. 1978 15 216 Handschellen und 300 Elektroschlagstöcke an Iran geliefert hatten. Zum Zeitpunkt der Lieferung gab es Massendemonstrationen gegen den Schah. Tausende wurden verhaftet und in den Gefängnissen gefoltert.

Beispielsweise El Salvador, Bolivien, Kolumbien, Peru ...

Neben der Armee ist auch die Guardi Civil, die die schwersten Menschenrechtsverletzungen verübt. Oft werden die Opfer der Repression auf den Straßen erschossen. Seit 1981 liegen Belege dafür vor, daß das G3-Gewehr für diese Zwecke benutzt werden. Ausgerüstet werden das Militär und die Polizei mit bundesdeutschen Militärfahrzeugen. Mit Panzerfahrzeugen wird gegen Streikende vorgegangen. Der UR 416 ist ein Transportpanzer, entwickelt auf dem Fahrgestell des Unimog mit einem Panzeraufbau der Firma Rheinstahl. Zu den Exportländern gehört auch El Salvador, obwohl bekannt ist, daß die Regierung für den Tod Tausender von Menschen verantwortlich war.

Ausrüstungshilfe wird seit Beginn der 60iger Jahre gewährt. Unter zahlreichen Empfängerländer sind Länder wie Indonesien, Thailand, Iran, Tunesien, Sudan, Tschad, Äthiopien, Somali, Zaire, Honduras usw.

Detaillierte Informationen zum Ausrüstungshilfsprogramm werden von den verantwortlichen Stellen in der Regel mit dem Hinweis auf Vertraulichkeit verweigert; von Politikern aller etablierter Parteien werden allerdings häufig befürwortende Aussagen über den Zweck der Ausrüstung gemacht.

1966 sagte der damalige "Verteidigungsminister" von Hassel: "Ohne gewisse Machtmittel können ... Regierungen die lebensnotwendige innenpolitische Stabilität in ihren Ländern nicht herstellen und aufrechterhalten. Die Ausrüstungshilfe ergänzt also die

wirtschaftliche und technische Entwicklungshilfe, die sich ohne innenpolitische Stabilität nicht auswirken könnte." (Waffenexporte in die Dritte Welt, Teil II, Dortmund 1974)

## **Ausbildungshilfe**

Neben der Ausrüstungshilfe wird ausländischen Polizeikräften auch Ausbildungshilfe gewährt. Beide sind oftmals kostenlose Leistungen durch die BRD. Die Ausbildung kann in der Bundesrepublik selbst oder durch bundesrepublikanische Sicherheitskräfte (wie z.B. die GSG 9) in den Empfängerländern durchgeführt werden. Unter den Empfängern waren Polizeikräfte, unter ihnen der Sudan, die Türkei, Marokko, Tunesien, Sambia, Indonesien. Ausbildungshilfen wurden auch für Militärkräfte gewährt. Empfänger militärischer Ausbildungshilfe waren u.a.: Argentinien, Brasilien, Iran, Indonesien, Pakistan, Paraguay, Philippinen, Türkei, Zaire, Süd-Korea.

Chile erhielt ebenfalls Militärausbildungshilfe. Zahlreiche Offiziere, die in der BRD ausgebildet wurden, waren am Staatsstreich gegen die Allende-Regierung dabei und erwiesen sich als besonders brutale Staatsterroristen

(Quelle: Rüstungsexporte und Menschenrechte, amnesty international, BRD 1986)

\*\*\*

## **Dokumente**

### **DER INNERE FEIND:**

Die Arbeiterklasse und andere potentiell revolutionäre Kräfte werden als "innerer Feind" nicht offen genannt. Die Polizei und der BGS ist jedoch zum Eingreifen mit polizeilicher Gewalt verpflichtet, wenn die "freiheitlich-demokratische Ordnung" in Gefahr sei. Jeder BGS- und Polizeiangehörige wird in die Pflicht genommen, alle ihm zur Kenntnis gekommenen Informationen aus den Kreisen der Werktätigen zu sammeln und weiterzuleiten:

"Alle Sparten der Polizei, die bei häufigen Anlässen - Verkehrsproblemen, Arbeitsunfällen - mit Betriebsangehörigen, Vertretern der Betriebsleitung, Betriebsräten und anderen Kontakt haben, sollten Hinweise und Erkenntnisse über ihre unmittelbaren Vorgesetzten an die Polizeiführung weitergeben. Das gleiche gilt für Beamte, die innerhalb oder außerhalb der Dienstzeit durch Kontakte mit Gewerkschaften, Parteien oder Verbänden Hinweise auf Entwicklungen zu arbeitsrechtlichen Spannungsfeldern erhalten."

(R.-D. Jakob, Besondere Problematik der polizeilichen Aufgabenbewältigung im Zusammenhang mit Arbeitskämpfen. In: Die Polizei, H. 10/80, S. 312)



Auszüge aus dem Grundgesetz

(Kommentar für die politische Bildung, 10. Auflage, 1996 by Luchterhand Verlag.  
Lizenzausgabe für die politische Bildung, Bonn)

S. 289: Art. 87a (Aufstellung und Einsatz der Streitkräfte)

(1) Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. Ihre zahlenmäßige Stärke und die Grundzüge ihrer Organisation müssen sich aus dem Haushaltsplan ergeben.

(2) Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.

(...)

S. 291: III. Einsatz der Streitkräfte

(...)

Im Spannungsfall (Art. 80a) und im Verteidigungsfall (Art. 115a Abs.1) können die Streitkräfte zivile Objekte schützen und die Aufgabe der Verkehrsregelung wahrnehmen, soweit dies zur Erfüllung ihres Verteidigungsauftrages erforderlich ist. Außerdem kann ihnen der Schutz ziviler Objekte auch zur Unterstützung polizeilicher Maßnahmen übertragen werden.

Nach Abs. 4 ist der Einsatz der Streitkräfte im Innern zulässig, wenn dies zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes nötig ist, die Polizeikräfte sowie der Bundesgrenzschutz nicht ausreichen und die Voraussetzungen des Art. 91 Abs. 2 vorliegen, d.h. das Land zur Beseitigung der Gefahr nicht selbst in der Lage ist. Die Streitkräfte können in diesen Fällen des inneren Notstandes zum Schutz ziviler Objekte und bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer tätig werden, wenn die Bundesregierung ihnen einen entsprechenden Auftrag erteilt. Die Bundeswehr wird also in diesen, allerdings begrenzten Fällen, zu einer Art "Notpolizei", zum entscheidenden Faktor eines etwaigen Bürgerkrieges oder bürgerkriegsähnlicher Zustände.

S. 347 - 350: III. Überblick über den Inhalt der Notstandsverfassung

Die Notstandsverfassung regelt insgesamt 5 Notstandsfälle:

a) Verteidigungsfall (Art. 115a - 115l)

b) Vorsorge für den Verteidigungsfall (Art. 115c)

c) Spannungsfall (Art. 80a, 12a Abs.5 und 6, 87a Abs.3)

d) Katastrophenfall (Art. 35 Abs. 2 und 3, 11 Abs.2) und

e) innerer Notstand, der als Zustand der "Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung" umschrieben wird (Art. 10 Abs. 2 Satz 2, 11 Abs. 2, 87a Abs. 4, 91).

(...)

Art. 115a legt fest, wann der Verteidigungsfall gegeben ist und wie er festgestellt wird. An seiner Feststellung sind erhebliche Rechtsfolgen geknüpft, vor allem:

- a) Nach Art. 12a Abs. 3 können Wehrpflichtige zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung in Arbeitsverhältnisse oder sogar in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse verpflichtet werden.
- b) Nach Art. 12a Abs.4 können Frauen zu bestimmten zivilen Dienstleistungen herangezogen werden.
- c) In das Grundrecht der Berufsausübung kann eingegriffen werden.
- d) Die Streitkräfte können zivile Objekte schützen und Aufgaben der Verkehrsregelung wahrnehmen (Art. 87a Abs.3)
- e) Die Strafgerichtsbarkeit über die Angehörigen der Streitkräfte geht von den allgemeinen Strafgerichten auf die Wehrstrafgerichte über (Art. 96 Abs. 2)
- f) Die Kommandogewalt geht auf den Bundeskanzler über (Art. 115b)
- h) Der Gemeinsame Ausschuss tritt in Aktion (Art. 115e)
- i) Der Bundesgrenzschutz kann im ganzen Bundesgebiet eingesetzt werden (Art. 115f)
- k) Die Wahlperiode verlängert sich (Art. 115h)

Art. 115b (Übergang der Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte auf den Bundeskanzler)

Der Übergang der Kommandogewalt auf den Bundeskanzler tritt automatisch mit der Verkündung des Verteidigungsfalles ein. (...) Es handelt sich um eine "Lex Churchill", durch die der "starke Mann" in der Lage kommen soll, die Verteidigung des Landes zu leiten.

Art. 115e (Befugnisse des Gemeinsamen Ausschusses)  
 (...)

#### I. Allgemeines

1 Kann der Bundestag im Verteidigungsfall nicht zusammentreten (z.B. wegen Ausfalls der Verkehrsmittel, Bombardierung usw.), so stellt sich die Frage, wer dann seine Funktion wahrnehmen soll. Art. 115e überträgt sie dem Gemeinsamen Ausschuss. Dieser erhält damit eine ungeheuerliche Machtfülle; er wird zu einem Notparlament.

Bemerkenswert ist was Maunz-Dürig-Herzog dazu ausführen: "Die verfassungspolitische Problematik dieser Institution besteht im wesentlichen darin, daß auf der einen Seite ein solches Notparlament nahezu unumgänglich ist, wenn man nicht in einer viel zu frühen Notstandsphase auf parlamentarische Einflüsse verzichten will, daß es auf der anderen Seite aber Befugnisse erhalten muß und ... erhalten hat, die es verhältnismäßig leicht in den Stand setzen, allein oder im Zusammenwirken mit der Bundesregierung staatsstreichähnliche Übergriffe vorzunehmen."

Die Herrschenden haben schon zu allen Zeiten den Krieg als ein Mittel der Politik benutzt. Sie haben zu allen Zeiten die Kriegsgerichtsbarkeit als militärisches Machtinstrument eingesetzt; Gerechtigkeit zählt dann wenig. Wer weiß schon, daß die Kriegsgerichte Hitlerdeutschlands mehr als 20 000 Todesurteile fällten, mehr als der berüchtigte Volksgerichtshof Freislers. Ohne diese Terrorurteile wäre Hitlers Wahnsinn früher beendet worden.

1956 wurde das Grundgesetz so geändert, daß eine Krieggerichtsbarkeit wieder möglich ist. Seit Jahren tüfteln Beamte des Bundesjustizministeriums an Plänen für die Kriegsgerichtsbarkeit des III. Weltkrieges. Die Entwürfe für eine neue Kriegsgerichtsbarkeit liegen fertig in verschlossenen Bonner Schubladen. Sie sollen am Tag X durch das Notparlament im Regierungsbunker abgesegnet werden. Die Öffentlichkeit wird ausgeschaltet. Seit 1962 proben allzu willige Richter und Staatsanwälte den Ernstfall, um auf den Wink des Notparlaments ihr grausiges Werk zu beginnen.

Die Kaderrichter haben heute bereits ihren Einberufungsbescheid nach Gesetzen, die es noch gar nicht gibt, in der Tasche. Die Übungen der Kader bestehen aus Informationstagungen, Seminaren, Truppenbesuchen usw.

## DOKUMENTAUSZUG:

### **Vorläufiger Referentenentwurf eines Gesetzes zum Schutz der Landesverteidigung - 15. 8. 1975**

§ 53 (1): Wer eigenmächtig seine Truppe oder Dienststelle verläßt oder ihr fernbleibt und vorsätzlich oder fahrlässig länger als einen vollen Kalendertag abwesend ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft.

§ 54 (1): Wer eigenmächtig seine Truppe oder Dienststelle verläßt oder fernbleibt, um sich der Verpflichtung zum Wehrdienst dauernd oder für die Zeit eines bewaffneten Einsatzes zu entziehen oder die Beendigung des Wehrdienstverhältnisses zu erreichen, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft.

(3) ...Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter ...2. es unternimmt, zum Feind überzulaufen, oder 3. die Tat wiederholt oder mit anderen gemeinsam begeht.

§ 55 (1) Wer eine Selbstverstümmelung (§17) begeht, um sich ...für die Zeit eines bewaffneten Einsatzes ganz zu entziehen ..., wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft...

§ 57 (1) Wer einen Befehl nicht befolgt ...wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft. (2) Der Versuch ist strafbar. (3) In besonders schweren Fällen ist die Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren.

§ 58 (1) Wenn Soldaten sich zusammenrotten und mit vereinten Kräften eine Gehorsamsverweigerung (§20), eine Bedrohung (§23), eine Nötigung (§24) oder einen tätlichen Angriff begehen, so wird jeder, der sich an der Zusammenrottung beteiligt, mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. (2) Der Versuch ist strafbar.

§ 59 (1) Wer in einer dienstlichen Meldung oder Erklärung unwahre Angaben über Tatsachen von dienstlicher Bedeutung macht ...wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft.

§ 61(1) Mit Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren wird bestraft, wer 1. die Übergabe ihm unterstellter Soldaten, mindestens einer ihm unterstellten Einheit, zu

ergeben, oder 3. bei einem ihm unterstellten Schiff der Bundesmarine die Flagge streicht oder die Übergabebereitschaft auf andere Weise anzeigt, und dadurch seine Pflicht verletzt, den Kampf fortzuführen oder die Übergabe auf andere Weise zu vermeiden. (2) Unternimmt der Täter es absichtlich oder wissentlich, durch die Tat dem Feind einen erheblichen Vorteil zu verschaffen oder der Bundesrepublik Deutschland oder einem verbündeten Staat einen erheblichen Nachteil zuzufügen, so ist die Strafe lebenslange Freiheitsstrafe.

§ 62 (1) Wer aus Furcht vor persönlicher Gefahr eine militärische Dienstpflicht verletzt, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. (3) In besonders schweren Fällen ...bis zu zehn Jahren.

## **Die militärische Logik drängt zur Todesstrafe**

Alle verantwortlichen Politiker werden diese Frage entsetzt verneinen - jedenfalls heute noch. Aber werden sie nicht morgen doch die Todesstrafe wiedereinführen?

Durch Artikel 102 des Grundgesetzes ist zwar die Todesstrafe abgeschafft. Das GG kann jederzeit geändert werden (Vgl. Lauschangriff)

Die militärische Logik drängt zur Todesstrafe. Die geplante Kriegsgerichtsbarkeit kann ohne Todesstrafe ihren Zweck, Soldaten zu zwingen, ihr Leben für fremde Interessen an der Front zu riskieren, nicht erfüllen. Wie wird sich ein Soldat, dem sein eigenes Leben wichtiger ist als die Interessen derer, die ihn in den Krieg schicken, entscheiden, wenn er vor der Wahl des wahrscheinlichen Todes an der Front und einer Freiheitsstrafe in der Etappe gestellt wird?

Die Entscheidung wird nur dann im gewünschten Sinne ausfallen, wenn nur die Wahl zwischen dem wahrscheinlichen Tod an der Front und dem fast sicheren Tod durch die Kriegsgerichte besteht.

Beunruhigen muß jedenfalls, daß das Bundesverfassungsgericht bereits 1964 (BVerfG E 18, S. 12 = NJW 64, S. 1783) die Auslieferung eines Straftäters in einen Staat, in dem ihm die Todesstrafe droht, für zulässig erklärt hat.

Wissenschaftler haben bereits "wertvolle" Arbeit geleistet und die Wiedereinführung der Todesstrafe für zulässig erklärt. Der damalige Verfassungsrechtler und heutige Bundespräsident Roman Herzog hat sich in dem von ihm gemeinsam mit dem Militärbischof (!) Hermann Kunst herausgegebenen Evangelischen Staatsrechtslexikon (Stichwort: Todesstrafe) für deren Wiedereinführung stark gemacht: "Ein Verbot, die Todesstrafe durch Verfassungsänderung wieder einzuführen, besteht nicht ... Der Versuch, die Unantastbarkeit des Art. 102 des Grundgesetzes damit zu begründen, daß jede Todesstrafe notwendig ein Verstoß gegen die Menschenwürde sei, schlägt fehl ..."

Auf der gleichen Linie argumentiert Prof. Karl Doehring von der Uni Heidelberg unter dem Titel: "Die Schutzwirkung des Strafrechts im Staatsnotstand":

" .. dann bedürfte die Einführung der Todesstrafe für den Kriegsfall und den Fall des Bürgerkriegs einmal der Aufhebung des Art. 102 des Grundgesetzes und zum anderen lediglich der Strafdrohung durch einfaches Gesetz."

Quelle: Ulrich Vultejus: Kampfanzug unter der Robe: Kriegsgerichtsbarkeit des Dritten Weltkriegs. Buntbuch-Verlag- 1984

## Und in der EU:

In der EU-Verfassung, die vom deutschen Bundestag angenommen, aber in Frankreich und anderen Ländern per Volksabstimmung abgelehnt wurde heißt es auf Seite 433, Titel I, Artikel 2 (2):

"Niemand darf zur Todesstrafe verurteilt oder hingerichtet werden."

In den Erläuterungen dieses Artikels auf Seite 434 stehen dann das "Kleingedruckte":

"3. Die Bestimmungen des Artikels 2 der Charta (2) entsprechen den Bestimmungen der genannten Artikel der EMRK und des Zusatzprotokolls. Sie haben nach Artikel 52 Absatz 3 der Charta (3) die gleiche Bedeutung und Tragweite. So müssen die in der EMRK (Europäische Menschenrechtskonvention) enthaltenen "Negativdefinitionen" auch als Teil der Charta betrachtet werden:

a) Artikel 2 Absatz 2 EMRK:

"Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um

a) jemanden gegen rechtswidrige Gewalt zu verteidigen;

b) jemanden rechtmäßig festzunehmen oder jemanden, dem die Freiheit rechtmäßig entzogen ist, an der Flucht zu hindern;

c) einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen."



Eine Vielzahl von Bewegungen, Initiativen und Organisationen haben nach 1945 den antimilitaristischen Kampf geführt. Davon wollen wir hier eine vorstellen, die am konsequentesten arbeitete.

Die KPD/ML und die ROTE GARDE hatten in den 70iger und Anfang der 80iger Jahre eine Reihe Revolutionäre antimilitaristische Gruppen/ Initiativen gegründet, die unter der Losung "Krieg dem Krieg" vor allem in der "Höhle des Löwen" in der Bundeswehr arbeiteten. Nachfolgend Auszüge aus einem Interview mit dem "ROTEN MARDER", eine Hamburger Soldatenzeitung der ROTEN GARDE:

### **Revolutionäre sind keine Pazifisten**

RM: Der "Rote Marder" erscheint ja jetzt schon einige Zeit. Für die Bundeswehr nicht gerade eine erfreuliche Tatsache ...

"Roter Marder": Das kann man wohl sagen. Die Bundeswehr-Führung versucht mit allen Mitteln gegen ihn vorzugehen. Die Bundeswehr reagiert auf den "Roten Marder" mit Leseverbot, Abgabepflicht, Spinddurchsuchungen, Verhören, dem Einsatz des MAD und ähnlichen Maßnahmen. Es ist ihr bis heute nicht gelungen, das illegale Verteilen des "Roten Marder" innerhalb der Kasernen zu verhindern. Umso wütender wird ihre Reaktion, wenn wir direkt eingreifen, z.B. bei der Enthüllung über die Hintergründe eines Panzerunfalls oder über die illegalen Waffenschiebereien einer Kompanie-Führung. Oft hören unsere Genossen von den Kameraden bei einer besonderen Schikane: Das muß in den "Roten Marder", die Bundeswehr wird es zu spüren bekommen. Die relativ hohe Popularität des "Roten Marder" unter vielen Soldaten in Hamburg und Umgebung wird dadurch unterstützt, daß die Bundeswehr im Unterricht immer wieder vor dieser Zeitung warnt und eine üble Hetze entfaltet...

RM: Warum habt Ihr Eure Zeitung übrigens "Roter Marder" genannt?

"Roter Marder": Wir sind ja nicht gegen die Bundeswehr, weil dort geschossen wird. Oder weil wir gegen Gewehre oder Panzer sind. Wir sind gegen die Bundeswehr, weil sie eine imperialistische Armee ist.

Es sind die Revisionisten der SDAJ mit ihrem ADS (Aktion Demokratischer Soldat) die sagen "Zerbrecht die Gewehre". Als ob die Gewehre daran schuld sind, daß die Gefahr eines dritten Weltkrieges wächst, als ob die Gewehre daran schuld sind, daß die Bundeswehr Übungen macht, in denen die Niederschlagung von Arbeiteraufständen geübt wird. Ein Gewehr, ein Panzer, ist ein totes Ding. Ob es dem Frieden dient oder dem imperialistischen Krieg, ob es den Kapitalisten dient oder der Arbeiterklasse, kommt darauf an, wer das Kommando führt. Wer so tut, als sei der Feind der Soldaten in der Bundeswehr das Gewehr, der nimmt in Wirklichkeit die westdeutschen Imperialisten und die NATO-Generale in Schutz, die diese Waffen für ihre imperialistischen Ziele einsetzen.

Und damit kommen wir zum nächsten Punkt. Wie soll man denn gegen die westdeutschen Imperialisten kämpfen, wenn sie eines Tages tatsächlich einmal die Bundeswehr gegen die Arbeiterrevolte, gegen einen revolutionären Aufstand der Arbeiter einsetzen? Mit unseren Fäusten? Sollen wir mit Stöcken gegen Panzer angehen? - Es ist doch klar: Die allgemeine Ächtung der Waffen zu fordern, wenn die Imperialisten ein riesiges Waffenarsenal haben und damit die Arbeiterklasse unterdrücken, die keine Waffen hat, heißt doch, der Arbeiterklasse das Grab schaufeln. Wir halten es da lieber mit Lenin, der gesagt hat: "Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, die Waffen handhaben zu lernen und Waffen zu besitzen, ist nur wert, als Sklave behandelt zu werden ... Unsere Losung muß lauten: Bewaffnung des Proletariats, um die Bourgeoisie zu besiegen, zu expropriieren und zu entwaffnen. Das ist die einzig mögliche Taktik der revolutionären Klasse."

(...)

RM: Die Kapitalisten haben die Bundeswehr, um sie im Rahmen der NATO gegen fremde Völker einzusetzen, um sie als Bürgerkriegsgruppe gegen die Werktätigen einzusetzen. Gleichzeitig sind es aber natürlich hauptsächlich Werktätige, die diese Armee bilden.

"Roter Marder": Diesen Widerspruch spürt man in der Bundeswehr jeden Tag. Am Drill und der Schikane, mit dem die Soldaten fertiggemacht und zu willenslosen Befehlsempfängern erzogen werden sollen und an der politischen Unterdrückung in der Bundeswehr, die sehr viel schärfer ist als in anderen Bereichen. Die ständige Erpressung der Soldaten mit der sogenannten "Freizeit", Befehle ohne jeden erkennbaren Sinn, nur um totale Unterwürfigkeit durchzusetzen. Spaltung durch materielle Begünstigungen einiger Teile der Mannschaften, die Methode der ständigen physischen und psychischen Belastung der Soldaten bis an den Rand ihrer Kräfte, um Widerstand von vorneherein zu verhindern, der umfangreiche Gebrauch von Disziplinarstrafen in Form von Geldbußen und Arreststrafen bis zu 21 Tagen, - ganz zu schweigen von den verschiedenen Erlassen und Gesetzen.

Dagegen gibt es natürlich Widerstand. So hat sich in vielen Kasernen eine Kampffront gegen Kantinenwucher gebildet. Wir organisierten mehrere Boykottaktionen und riefen zum Boykott der zum Betrug an den Soldaten eingerichteten Mitbestimmungsgremien auf.

Oder nehmen wir ein anderes Beispiel: der Kampf um revolutionäre Vertrauensmänner. Viele Genossen wurden von den Kameraden zu ihren Vertrauensmännern in Abgrenzung zum reaktionären Vertrauensmännerwahlgesetz, welches eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Vorgesetzten und Untergebenen vorschreibt, gewählt. Sie forderten unabhängige Mannschaftsversammlungen und organisierten diese auch illegal, wenn es notwendig war, und bildeten bei der Organisation des Kampfes um die gerechten Forderungen der Soldaten die Führung. Hier ist für unser Auftreten vor allem eins von Bedeutung: die werktätige Jugend hat beim Kampf in der Bundeswehr noch relativ wenig Erfahrungen, die Lage ist für die meisten Jugendlichen neu und der gemeinsame Widerstand kann nur unter illegalen Bedingungen organisiert werden.

(...)

So marschierte am Beginn einer Übung z.B. eine größere Gruppe von Soldaten mit ihren Waffen trotz ausdrücklichem Verbot in die mehrere Kilometer entfernte Unterkunft und riefen Parolen gegen die Schikane durch die Kompanie-Führung, welche die Soldaten trotz einer Nacht in eisiger Kälte grundlos festhielt.

(...)

Gerade die besonders offene und brutale Unterdrückung beim Bund und der Umstand, daß die Jugendlichen Tag und Nacht zusammen leben und aufeinander angewiesen sind, bieten günstige Bedingungen sie an die ROTE GARDE heranzuführen.

(ROTER MORGEN, Nr. 35/1976)



\*\*\*

**JEDER BETRIEB EINE BUNDESWEHRKASERNE  
JEDER WERKTÄTIGE EIN SOLDAT  
JEDES KRANKENHAUS EIN LAZARETT**

... so lassen sich die neuen Pläne des Verteidigungsministeriums und der Industrie- und Wirtschaftsbesitzer zusammenfassen. „Bundeswehr und Wirtschaft - Eine strategische Partnerschaft auf dem Weg in den modernen Staat“. Unter diesem vielsagenden Titel wurden eine Reihe von Kooperationen zwischen Militär und Wirtschaft beschlossen. Mit mehr als 400 Firmen arbeitet die Bundeswehr derzeit auf dem Gebiet der Ausbildung, Innovation, Investition und Wirtschaftlichkeit zusammen. Worin besteht nun diese Zusammenarbeit? „Aufgaben der Streitkräfte und der Verwaltung, die nicht zu den militärischen Kernaufgaben gehören, werden nach den Kriterien von Wirtschaftlichkeit und Kosteneffizienz organisiert und erbracht. Die Bundeswehr handelt nach unternehmerischen Maximen in enger Kooperation mit Partnern aus der Wirtschaft“ (Broschüre Bundeswehr und Wirtschaft, S. 6).

Einerseits sollen marktwirtschaftliche Methoden auf die Organisation der Armee angewandt werden. Von den marktwirtschaftlichen Zauberformeln mag jeder halten was er will - mit Sicherheit sind bei der BW durch bessere Organisation enorme Summen einzusparen, die dann der Aufrüstung mit modernen Waffensystemen zur Verfügung stehen.

- Betrachten wir lieber das so genannte „Outsourcen“, das heißt das Auslagern vormals militärischer Tätigkeiten in zivile Betriebe. In einer Vielzahl von Pilotprojekten sollen wirtschaftliche Formen der Zusammenarbeit erprobt werden und die zugrunde liegenden Prinzipien sollen auf Anwendbarkeit auf alle Bereiche der BW geprüft werden. Dazu zählen zum Beispiel die Ausbildung an Waffensystemen, Versorgung mit Munition, Nahrung, Uniformen, der Betrieb des Kommunikations- und Datennetzes, Instandsetzungsarbeiten bis hin zur logistischen Vollbetreuung. Bevor auf einige dieser Pilotprojekte näher eingegangen wird, wird hier schon eines ganz klar: Die Diskussion um die angebliche Verkleinerung der BW - nichts als Nebelkerzen. Dadurch, dass „Zivilisten“ Tätigkeiten übernehmen, die vorher von Soldaten ausgeführt wurden, stehen effektiv mehr Soldaten für so genannte Kerngeschäft, also fürs Schießen und Bomben zur Verfügung.



### **Pilotprojekt Kommunikation und Datennetz**

„Schaffen eines allgemeinen flächendeckenden und leistungsstarken Kommunikations- und Datennetzes (...) unter Nutzung von in der Industrie bzw. in der Wirtschaft vorhandenen Fähigkeiten und Kompetenzen.“ (ebenda, S. 23)

„Als Teil dieser Maßnahme wird die volle Interoperabilität der im Kosovo eingesetzten Fernmeldesysteme unter der Ergänzung durch moderne Mobilfunktechnik hergestellt.“ (ebenda) „Zur Realisierung wird ein externes `Betreibermodell` favorisiert“, heißt es auf der Homepage der BW. Wie effektiv Bomben ihre todbringende Last abwerfen werden, wird in Zukunft zum Beispiel von Telekom-Mitarbeitern abhängen.

### **Gemeinsame Arbeitsgruppe der BW und der Post AG im Sektor Bekleidungswirtschaft**

Am 17. Mai 2000 gaben die Bundeswehr und die Deutschen Post AG die Gründung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe bekannt. Hierbei bietet die Post ihre logistische Erfahrung bei der Ausstattung der 150.000 Postbediensteten, ihre engen Kontakte zur Bekleidungswirtschaft sowie die Nutzung der Transportkapazitäten der Deutsche Post World Net an. Postbedienstete, fest eingebunden in das logistische Netz der BW, helfen dabei noch, für moderne Waffensysteme zu sparen.

### **Verkehrs- und Transportverbund BW (Wehrbereiche II und III, Niedersachsen, Bremen, NRW)**

„Ziel ist es, die vorhandenen zivilen und militärischen Transportkapazitäten effizient zu nutzen“ (ebenda, S. 23). Die BuWeh hat folgende Transportleistungen aus dem BuWeh-Verkehrsverbund ausgenommen: Transport von Verwundeten, Unfallverletzten, Kranken, Dienstreisenden, Transporte in Rahmen von Beschaffungsaufträgen an die Industrie, Dienststellen und liegenschaftinterne Verkehrs- und Transportleistungen, die der Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes dienen. Neben vielen anderen Pilotprojekten (BuWeh-Homepage: [www.bundeswehr.de](http://www.bundeswehr.de)) seien die folgenden aufgezählt: Theorie und Simulatorenausbildung für den Eurofighter, Versorgung der Truppe mit Munition für Ausbildung und Einsatz, Betrieb von Truppenübungsplätzen und die Vollbetreuung der U-Boot-Flottille.

Hier werden Strukturen geschaffen, die die Militarisierung der gesamten Gesellschaft vorantreiben, und Industrie und Wirtschaft direkt für den Militärapparat nutzbar machen.

### **Auch vor dem Gesundheitswesen wird nicht haltgemacht**

So wurde am 22.4. 1999 ein Mustervertrag zwischen dem Kriegsministerium und der Deutschen Krankenhausgesellschaft geschlossen. Unter der Überschrift „Zivile Partnerkrankenhäuser verstärken die medizinische Qualität und die Leistungsfähigkeit des Sanitätsdienstes der Bundeswehr“ erklärt Generaloberstabsarzt Dr. Demmer, Inspekteur des Sanitätsdienstes der BW, in der Fachzeitung „das Krankenhaus“ Nr. 6 / 99, worum es geht: „Nach einer Mobilmachung soll ziviles und militärisches Krankenhauspersonal gemeinsam für eine klinische Versorgung genutzt werden und nicht mehr zwischen Soldaten und Zivilpatienten unterschieden werden.“

Aus den Ausschreibungsunterlagen geht hervor, dass die 56 Lazarettgruppen der BW je 500 Betten und gegebenenfalls 500 Notbetten in zivilen Krankenhäusern einrichten wollen, das ergibt 56.000 zusätzliche Lazarettbetten, eine Zahl, die ahnen lässt, welche Dimension von Schlachten erwartet wird.

Der Betriebsrat des Stadt - Klinikums Karlsruhe informiert über die Kooperationsverhandlungen mit der BW: „Im Unterschied zu dem erwähnten Mustervertrag ist vorgesehen, dass Personal des Stadt - Klinikums im Bedarfsfall an BuWeh-Krankenhäuser abgeordnet wird. Das heißt, dass beispielsweise bei der Entsendung von Soldaten in Krisengebiete das Klinikum Personalsersatz für die BuWeh leistet. Es würde sich damit zur Personalbeschaffungs- und Personalvermittlungseinrichtung der BuWeh machen.“

### **Der Schützengraben als Arbeitsbeschaffungsprogramm**

Zur Nachwuchssicherung hat sich die BuWeh freilich schon ihre eigenen Gedanken gemacht. In der Rahmenvereinbarung über die Förderung der Zusammenarbeit mit Unternehmen der Wirtschaft im Bereich beruflicher Qualifizierung und Beschäftigung vom 8.7. 1999 heißt es: „Die Bundesregierung hat den Abbau der Arbeitslosigkeit zu einem zentralen Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit erklärt, da hierin ein wesentliches Element zur Lösung der ökonomischen und sozialen Probleme unseres Landes gesehen wird. Daran mitzuwirken, ist gesamtgesellschaftliche Aufgabe aller innovativen Kräfte in unserem Land. Auch die Bundeswehr stellt sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung; sie kann und will als wichtiger Arbeitgeber und bedeutsame Ausbildungseinrichtung ihren Teil zur Lösung der Arbeitsmarktpolitik beitragen.“ (BuWeh und Wirtschaft, S. 9)

Um Jugendliche in die Armee zu locken, werden zur Zeit verschiedene Modelle erprobt. „In diese neuen Modellansätze gehört auch die Kontaktpflege zu den Auszubildenden“ (BuWeh und Wirtschaft, S. 9). Zum Beispiel sollen in Betrieben vorrangig Azubis angesprochen werden, die nicht übernommen werden. Diese werden im Rahmen von Betriebsvereinbarungen in den Ausbildungszentren angeworben (Kooperationsmodell Partnerunternehmen BuWeh). In anderen Modellen werden Soldaten auf Zeit vor ihrem Dienst in zivilen Betrieben ausgebildet und während dieser Zeit von der BuWeh betreut. Durch Stellenbörsen der Arbeitsämter können sich Betriebe gezielt Soldaten nach ihrem Dienst als gefügte Angestellte (das Prinzip Befehl und Gehorsam) vermitteln lassen.

Einerseits wird also massiv in den Betrieben für den Militarismus geworben und rekrutiert. (Arbeitslosigkeit ist leicht herzustellen, und wer einen Arbeitsplatz bekommt und wer zum Militär muss, entscheiden dann BuWeh und Bosse in partnerschaftlicher Kooperation.) Andererseits zeichnet sich eine Entwicklung ab, die dazu führt, dass der Militärdienst eine zentrale Rolle für das spätere Berufsleben spielt, und zwar nicht nur bei der Frage „große Karriere“, sondern auch schon bei Ausbildungsplätzen und normalen Arbeitsplätzen in Industrie und Handwerk.

Aus diesen und den vorherigen Ausführungen wird hoffentlich eines klar: Niemand kann sich diesen Kriegsplänen individuell entziehen. Mehr und mehr wird die gesamte Gesellschaft in den Militärdienst gestellt. Ob Arbeiter im Kriegsdienstleistungsbetrieb, Postbote bei der logistischen Versorgung mit Uniformen,

Pfleger im Partnerkrankenhaus, Busfahrer im Transportverbund, Azubi, und so weiter. Jeder ist in die Militärmaschinerie eingespannt.

**Nur gemeinsam können wir uns diesen Plänen entgegenstellen.**

**BUNDESWEHR RAUS AUS DEN BETRIEBEN, SCHULEN, UNIVERSITÄTEN UND ARBEITSAMT**



Es fing scheinbar harmlos an:

**Über Hilfseinsätze in Krisengebieten, Mitwirkung an bewaffneten UNO-Missionen und immer neue politische Zielzuweisungen ging die Bundeswehr in wenigen Jahren einen verhängnisvollen Weg, der sie heute zum »gleichberechtigten Partner« im ersten Krieg in Europa seit 54 Jahren macht.**

Nachfolgend die wichtigsten Stationen:

April - Juni 1991: Die Bundeswehr nimmt nach dem Golfkrieg an Hilfslieferungen für die kurdische Bevölkerung in Irak teil, die Bundesmarine an der internationalen Minenräumaktion.

Seit August 1991 sind 2 Transall-Transportflugzeuge, 3 Transporthubschrauber und 50 Soldaten der Bundesluftwaffe für die UNSCOM-Mission zur Überwachung Iraks eingesetzt.

Mai 1992 - November 1993 wird von der Bundeswehr ein Feldhospital in Phnom Penh (Kambodscha) im Rahmen der UNO-Mission UNTAC betrieben. Verteidigungsminister Volker Ruhe (CDU) erklärt bei einem Besuch in Kambodscha, daß dieser Einsatz einen ersten wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer künftigen deutschen Beteiligung an friedenserhaltenden Aktivitäten der UNO darstelle.

Seit Juli 1992 nimmt die Bundesluftwaffe an der Luftbrücke nach Sarajevo teil.

Juli 1992 - Oktober 1996 ist die Bundesmarine bei der Überwachung des UNO-Embargos gegen Jugoslawien in der Adria dabei. Minister Ruhe erklärt, es sei wichtig, daß Deutschland Präsenz zeige und seine Bereitschaft deutlich mache, sich künftig an

internationalen Maßnahmen in stärkerem Umfang als bisher zu beteiligen. Die SPD nimmt auf einer Klausurtagung im September eine Neubestimmung ihrer Position vor: Grundsätzlich könne die "Partei die Entsendung deutscher Soldaten unter UNO-Kommando mittragen. Voraussetzung sei aber die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit des Bundestages.

August 1992 - März 1993: Luftwaffen-Transportflüge mit Hilfsgütern nach Somalia.

März 1993: Beteiligung der Luftwaffe am Abwurf von Hilfsgütern über Bosnien.

Seit April 1993: Teilnahme von 162 deutschen Besatzungsmitgliedern an AWACS-Flügen der NATO, die der Überwachung und später auch Durchsetzung des von der UNO verhängten Verbots militärischer Flüge über Bosnien dienen.

Juli 1993 - März 1994 ist die Bundeswehr Teilnehmer der UNO-Mission UNOSOM II in Somalia (1640 Soldaten in Belet Huen).

28. Februar 1994: Unter Mitwirkung deutscher AWACS-Besatzungsmitglieder schießt die NATO vier serbische Kampfflugzeuge über Bosnien ab.

12. Juli 1994; Laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts darf sich Deutschland mit seinen Streitkräften an allen Sanktionsmaßnahmen- der UNO oder anderer »kollektiver Sicherheitssysteme« beteiligen, einschließlich Kampfeinsätzen außerhalb des NATO-Gebiets.

Juli - Dezember 1994: Einsatz einer Boeing 707 und zweier Transall-Transportmaschinen der Luftwaffe für Hilfslieferungen an ruandische Flüchtlinge.

Dezember 1995 - Dezember 1996 beteiligen sich 4000 deutsche Soldaten am von der UNO mandatierten IFOR-Einsatz in Bosnien.

Seit Dezember 1996 nimmt die Bundeswehr erstmals in ihrer Geschichte in vollem Umfang gleichberechtigt an einem internationalen Militäreinsatz teil: Mit 3000 Mann ist sie bei den SFOR-Truppen für Bosnien.

Juni 1998: Am NATO-Luftmanöver »Entschlossener Falke« über Albanien und Mazedonien im Grenzgebiet Kosovos ist die Bundeswehr mit sechs Tornados dabei. Die Übung soll der Zielortung für eventuelle Luftangriffe in Kosovo und gegen Jugoslawien dienen. Bundesverteidigungsminister Ruhe erklärt eine Militärintervention auch ohne Zustimmung der UNO für möglich.

30. September 1998: Die Kohl-Regierung beschließt, der NATO unabhängig von einem UNO-Mandat 14 Tornado-Kriegsflugzeuge für Angriffe auf Jugoslawien zur Verfügung zu stellen, falls Belgrad die Forderungen der westlichen Allianz nicht erfüllen sollte.

12. Oktober 1998: Die Bundesregierung bestätigt diese Entscheidung, nachdem NATO-Generalsekretär Javier Solana zuvor erklärt hatte, der Pakt benötige für ein militärisches Eingreifen in Jugoslawien kein UNO-Mandat. Die Fraktionsspitzen von SPD und Grünen erklären sofort, sie würden die Antwort der Bundesregierung an die NATO mittragen.

Februar 1999: Beschluss des Bundestages, deutsche Truppen zur Unterstützung einer möglichen „Friedenstruppe“ in Kosovo zu entsenden.

24. März 1999: Beginn des NATO-Luftkriegs gegen Jugoslawien unter Beteiligung der Bundeswehr.

\*\*\*

# Die Bundeswehr

## einige Etappen der Wiederbelebung deutscher Großmachtpolitik

### **3. Oktober 1990: Imperialistische Wiedervereinigung**

Seit der Wiedervereinigung – 3. Oktober 1990 – und der damit immer wieder betonten Widergewonnenen außenpolitischen „nationalen Souveränität“ ist das Bestreben deutscher Außenpolitik, in der internationalen Politik wieder mitzumischen, deutlich zu erkennen. In deren logischer Folge die „neue sicherheitspolitische Rolle Deutschlands“ eingefordert und geformt wird. Es geht hierbei um die Kriegsbereitschaft und Kriegsführungsfähigkeit bis hin zum Krieg der Deutschen selbst. Es geht um „deutsche Interessen“, stellte ehem. Verteidigungsminister Scharping bei Kriegseintritt Deutschlands im Rahmen des „Antiterrorkrieges“ der USA fest.

Außer dem diplomatischen Bemühen um einen Sitz im UN-Sicherheitsrat, wurden (werden) in einem allmählichen und beharrlichen Prozess – „von Krieg zu Krieg“ – rechtliche und sicherheitspolitische Veränderungen durchgesetzt, die der Bundeswehr den Weg von einer Verteidigungsarmee hin zur einer Interventionsarmee ebnen. Die seit Kriegsende (2. Weltkrieg) Deutschland auferlegten Handlungsbeschränkungen werden dabei zielgerichtet beseitigt; die Bevölkerung argumentativ und mental auf wieder mögliche militärische Einsätze, auch außerhalb des Nato-Geltungsgebietes, auf die Kriegsbeteiligung vorbereitet.

Von den anfänglichen „humanitären“ und „logistischen“ Aufgaben deutscher Truppen im Rahmen von UN-Einsätzen werden im Laufe des letzten Jahrzehnts deutsche Streitkräfte – offen – zu militärischen Zwecken, mit „Kampfauftrag“ eingesetzt. So seit dem Krieg gegen Jugoslawien 1992, in dem deutsche Truppen die Überwachung des Luftraumes übernehmen und später ein Kontingent innerhalb der IFOR, SFOR, KFOR und letztlich in Mazedonien stellen.

Am Nato-Angriffskrieg gegen Jugoslawien/Serbien (sog. Kosovo-Krieg), sind deutsche Truppen erstmals außerhalb des Nato-Geltungsgebiets militärisch aktiv beteiligt.

Inhalt

### **1991: „Deutschland muss endlich normal werden“**

„Deutschland muss endlich wieder normal werden und sich, da stärkstes Land Europas, als „Macht“ begreifen, die Verantwortung übernimmt, ohne eine „Sonderrolle“ zu spielen. Allerdings geht es doch um eine Sonderrolle, denn Deutschland ist zur „Partnership in leadership“ aufgerufen (US-Präsident Bush). „Deutschland muss UNO-Militäraktionen unterstützen und mit Truppen daran teilnehmen“, so Verteidigungsminister a.D. Rupert Scholz, CDU im September 1991 auf einem „Symposium für Führungskräfte aus Bundeswehr und Wirtschaft“ in Fürstentfeldbruck.

Heute ist Deutschland bei jeder UNO-Militäraktion „im deutschen Interesse“ (vgl. Verteidigungspolitische Richtlinien) dabei. Heute ist Deutschland eine „normale“ große Macht, die eine Sonderrolle wie Großbritannien, USA und Frankreich spielt. Sie ist auf drei Kontinenten mit Waffen und Truppen vertreten (Afrika, Asien, Europa).

### **1992: Verteidigungspolitische Richtlinien**

Schon kurz nach dem Beitritt der DDR wurden die neuen Aufgaben der Nato und der Bundeswehr definiert, die weit über die „Landes- und Bündnisverteidigung“ hinausweisen.

Damals als Generalinspekteur wie heute als General a.D. war und ist Klaus Naumann führender Stratege der „Clausewitz-Gesellschaft“. Diese verfügt über engste Verbindungen in die zentralen Schaltstellen des Militärs und der Politik; und ist teilweise mit diesen identisch. Keine personelle und strategische Entscheidung der Bundeswehr gab und gibt es, die nicht in diesem elitären Kreis vorbereitet wurde („Denkfabrik“, „Think-Thanks“).

Als am 26. November 1992 die Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) durchs Bundeskabinett gebracht wurden, hatte die Clausewitz-Gesellschaft wesentliche Vorarbeit geleistet. In den VPR wird die „nationale Interessenslage“ Deutschlands anstelle der Unterordnung unter Nato und USA ins Zentrum der Sicherheitspolitik des „neuen Deutschland“ gerückt. Es wird „gleichberechtigte Partnerschaft“ mit den USA gefordert.

Die VPR wurden im übrigen in der Verabschiedung lediglich vom Bundeskabinett „zur Kenntnis genommen“, aber nie vom Bundestag beschlossen.

Die VPR stellen das politische Programm des zunächst illegalen neuen deutschen Generalstabs dar. Inzwischen wurde er entgegen dem Potsdamer Abkommen von 1945, das den deutschen Generalstab verbot, in Gestalt des alle Teilstreitkräfte umfassenden „Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Potsdam-Geltow“ installiert.

### **Kernsätze der VPR sind:**

„Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung von Krisen und Konflikten, die Deutschlands Unversehrtheit und Stabilität beeinträchtigen könnten.“

„Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung.“

Die Abwehr gegen Flüchtlinge bei gleichzeitigem Griff nach den Rohstoffen und Handelswegen in aller Welt ist zum Kern der deutschen Militärdoktrin geworden. Die „Werte“ der westlichen Gemeinschaft sind in den Mittelpunkt der Sicherheitspolitik gerückt.

### **Juli 1994: Bundesverfassungsgerichtsurteil**

„Deutsche Auslandseinsätze sind ohne Änderung des Grundgesetzes möglich.“ (Rupert Scholz 1991)

Das Bundesverfassungsgericht ermächtigte entsprechend den verteidigungspolitischen Richtlinien (nicht entsprechend dem Grundgesetz) die Militärs/Bundeswehr, mit der Zustimmung der einfachen Regierungsmehrheit im Bundestag, Kriegseinsätze durchzuführen und sich nicht mehr auf den Verteidigungsauftrag der Verfassung zu beschränken.

Das deutsche Grundgesetz kennt militärische Auseinandersetzungen nur im Verteidigungsfall. Bewaffnete Auslandseinsätze der Bundeswehr außerhalb des Nato-Geltungsbereiches (Out-of-Area) sind deshalb grundgesetz-/verfassungswidrig. Das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom Juli 1994 stellt in dieser Frage fest, dass Out-of-Area-Einsätze deutscher Streitkräfte „verfassungskonform“ seien, jedoch diese „grundsätzlich der vorherigen konstitutiven Zustimmung des Deutschen Bundestages“ bedürfen.

In allen Out-of-Area-bezüglichen Parlamentsentscheidungen haben sich – gleich welche Regierungskoalition das Sagen hatte – die Abgeordneten stets mit großer Mehrheit für ein Engagement der Bundeswehr auch außerhalb des Nato-Gebiets entschieden.

### **1998: Bruch der UNO-Charta**

„Zu schaffen ist ein Sicherheitsrat für Europa anstelle des Weltsicherheitsrats. Keine politische Union ohne ‚europäische Sicherheitsunion‘“ (Rupert Scholz 1991).

### **April 1999: Das neue strategische Konzept der Nato**

Das neue strategische Konzept der Nato wurde auf der Nato-Gipfelkonferenz im April 1999 beschlossen und beinhaltet weitreichende Veränderungen des ursprünglichen Nato-Vertrages. Statt der Verteidigung der territorialen Grenzen der Mitgliedsländer rücken zukünftig diffuse „Sicherheitsinteressen“, und zwar weltweit, ins Aktionsfeld der Nato. Sicherheitspolitische Risiken, die militärische Einsätze rechtfertigen, sind „Terror“, „Sabotage“, „organisiertes Verbrechen“, „Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger

Ressourcen“ (gemeint sind z.B. Öl- und Gaspipelines). Darüber hinaus wird die Option eines atomaren Erstschlags, und der Einsatz von ABC-Waffen eingeräumt.

Der neue Nato-Vertrag sieht vor, dass die Nato auch ohne UN-Beschluss/Mandat jederzeit in allen Krisengebieten der Welt eingesetzt werden kann.

Anstelle der Nato und des Warschauer Pakts soll ein „Gesamteuropäisches Sicherheitssystem“ treten, verkündeten einst SPD und Grüne. Durch die Erweiterung des Nato-Auftrages und die Vergrößerung der Nato (PFP-Staaten, „Partnership for Peace“), wurde auf diesem Wege schon mal die militärische Selbstmandatierung der Nato anstelle des Gewaltmonopols der UNO geschaffen. Und es wird die Mandatierung der EU für Kriegseinsätze dieser neuen „europäischen Nato“ vorbereitet; der „militärische Arm der EU“ wird geschaffen.



### **November 2001: Urteil des Bundesverfassungsgerichts**

Es erfolgte die Zustimmung des Parlaments zum neuen strategischen Konzept der Nato. Um eine weitere Aushöhlung der Entscheidungsbefugnisse parlamentarischer Gremien nicht zuzulassen, hatte die PDS eine Verfassungsklage gegen die Zustimmung der Bundesregierung zu den Beschlüssen der Staats- und Regierungschefs zum Neuen strategischen Konzept der Nato eingereicht. Diese wurde mit der Begründung: „da es sich um eine Fortentwicklung des Nato-Vertrages handelt, ist eine Zustimmung des Parlaments nicht erforderlich“ abgelehnt. (22. November 2001)

### **September 2001: Neu-Positionierung deutscher Außenpolitik**

Der 11. September 2001 wird zum Anlass der SPD-Grünen Regierungskoalition, die Rolle Deutschlands in der Internationalen Politik im Bewusstsein der wiedergewonnenen „nationalen Souveränität“ zu „positionieren“.

Bereits am Nachmittag des 11. September spricht Bundeskanzler Gerhard Schröder von einer „Kriegserklärung gegen die gesamte zivilisierte Welt“ und sichert Bush die



„uneingeschränkte Solidarität“ zu. Wörtlich sagt er: „Wir alle – alle Deutschen – sind voller Entsetzen über die terroristischen Anschläge in den Vereinigten Staaten. Dies ist eine Kriegserklärung gegen die gesamte zivilisierte Welt. Wer diesen Terroristen hilft oder sie schützt, verstößt gegen alle fundamentalen Werte, die das Zusammenleben der Völker, auch untereinander, begründen.“

Das deutsche Volk steht in dieser Stunde, die so schwer ist für die Menschen in den Vereinigten Staaten, fest an der Seite der Vereinigten Staaten von Amerika. Ich habe dem amerikanischen Präsidenten George W. Bush die uneingeschränkte Solidarität Deutschlands zugesichert.“

Am gleichen Abend spricht George Bush vom „Krieg gegen den Terrorismus vereint mit den Verbündeten“. Wortlaut: „Die Vereinigten Staaten und ihre Freunde und Bündnispartner stehen gemeinsam mit allen, die Frieden und Sicherheit auf der Welt wollen, und wir stehen zusammen, um den Krieg gegen den Terrorismus zu gewinnen.“ (...) „Zwischen den Terroristen, die diese Akte begangen haben, und denjenigen, die ihnen Zuflucht gewähren wird hinsichtlich der Bestrafung nicht unterschieden.“

Nach dem 11. September berichten die Medien durchgehend in einem umfassenden Maße über die Ereignisse. Die Bilder, die fortwährend wiederholt werden, bilden den Auftakt jeder Fernsehsendung. Mit dem Ziel: die emotionale und psychologische Handlungsbereitschaft der ZuschauerInnen innerhalb kurzer Zeit auf eine drohende Gefahr von außen und damit notwendig gewordener inneren Sicherheit, sowie unumgänglicher Vergeltung zu positioniert. In dieser emotional aufbereiteten Atmosphäre werden zwei wesentliche Entscheidungen getroffen: Die „Anti-Terror-Gesetze“ werden verabschiedet / Krieg nach innen; Krieg nach außen. Gefolgt von der Leitkultur-Debatte (deutsche Identität) und dem „neuen Zuwanderungsgesetz“ (Abschottung gegenüber Flüchtlingen).

### **Völkerrechtliche Rahmenbedingungen**

Die völkerrechtlichen Rahmenbedingungen sind schnell zusammengeschustert:

12. Oktober 2001: Die Resolution 1368 des UN-Sicherheitsrates sieht das Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung im Einklang mit der UN-Charta vor.

14. Oktober 2001: Der Nato-Rat stellt offiziell den „Verteidigungsfall“ fest.

19. Oktober 2001: Der Bundestag erkennt den Verteidigungsfall an.

28. Oktober 2001: Die Resolution 1373 des UN-Sicherheitsrates (Anti-Terror-Resolution) wird verabschiedet.

2. Oktober 2001: Der Nato-Rat ruft erstmals seit seinem Bestehen den „Bündnisfall“ aus

7. Oktober 2001: Die Luftangriffe der amerikanischen und britischen Regierung auf Afghanistan beginnen.

Eine Ausweitung des Krieges ist infolge der allgemeinen Zielsetzung „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ absehbar und geht mit der neuen Strategie der Nato und den VPR konform.

Wörtlich in der Ansprache von Bush am 7. Oktober 2001 heißt es: „Heute konzentrieren wir uns auf Afghanistan, aber der Kampf ist umfassender. Jedes Land muss eine Entscheidung treffen. In diesem Konflikt gibt es keinen neutralen Boden. Wenn Mitglieder einer Regierung die Verbrecher und Mörder unschuldiger Menschen unterstützen, sind sie selbst zu Verbrechern und Mördern geworden.“

### **Der Bündnisfall**

Die Bundesregierung will als vollwertiger Partner dabei sein und trifft die Vorbereitung auf den Bündnisfall: Der Bundestag erkennt den vom Nato-Rat am 12. September festgestellten Verteidigungsfall an (Punkt 6). Er stimmt der „uneingeschränkten Solidarität mit dem Vereinigten Staaten“ zu, indem er auch die „Bereitstellung geeigneter militärischer Fähigkeiten“ unterstützt (Punkt 7).

Nachdem über zwei Drittel der Abgeordneten der „uneingeschränkten Solidarität“ zugestimmt haben, deutet die Regierung an, welche Ziele sie verfolgt. Denn in der deutschen Außenpolitik geht es nach dem 11. November 2001 um die „Positionierung Deutschlands in der Zukunft“ in der internationalen Politik.

Am 6. November 2001 fordert das US-Verteidigungsministerium von der Bundesregierung militärische Hilfe an. Die Bundesregierung beschließt den Antrag auf „Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte in Einsatzgebiete: arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien und Nord-Ost-Afrika sowie die angrenzenden Seegebiete.“ (7. November 2001)

### **Die Kriegsermächtigung**

Mit diesem Antrag werden gleichzeitig alle weiteren Beschlüsse über die Ausführung militärischer Einsätze der Bundesregierung für ein Jahr übertragen, was einer Blankovollmacht für den Bundeskanzler in dieser Frage gleichkommt. – Kriegsermächtigung!

Es sei daran erinnert, daß in einem Verteidigungsfall auch die „Notstandsgesetze“ in Kraft gesetzt werden können und damit der Exekutive nahezu unumschränkte Vollmachten übertragen werden.

Nachdem einige SPD- und Grünen-Abgeordnete zaghafte taktische Kritik gegen den Antrag formulierten und die rot-grüne Regierungsmehrheit nicht mehr gewährleistet schien, greift Gerhard Schröder zu einem zwar verfassungskonformen, aber machstrategischen Trick und stellt die Vertrauensfrage. Dabei verknüpft er die Sachfrage des Kriegsermächtigungsantrages mit der persönlichen Vertrauensfrage. Wer „nein“ sagt zum Antrag, verweigert zugleich dem Kanzler sein Vertrauen und kündigt damit die Koalition auf. Die eigentliche Frage, nämlich die der deutschen Beteiligung an

Kriegseinsätzen außerhalb der Nato durch die Bundeswehr, wird damit zur zweitrangigen Größe.

Die Grünen stehen mal wieder vor ihrer sog. „existenziellen Zerreißprobe“, doch sie greifen schließlich ebenso zu einem machtpolitischen Manöver, indem sie sowohl die Kanzlermehrheit / rot-grüne Koalition garantieren als auch die KritikerInnen folgenlos zu Wort kommen lassen und diese zahlenmäßig in der Abstimmung auf vier Abgeordnete begrenzen – d.h. nur vier Abgeordnete stimmten „stellvertretend“ für die sechs KritikerInnen. Der Antrag ist durch, die rot-grüne Koalition gerettet, der Job auch und das Problem mit der „inneren Zerrissenheit“ offenkundig.

Am 16. November 2001 findet also die Abstimmung im Bundestag statt. Das Recht auf Gewissensfreiheit des Abgeordneten wird karikiert; bei Nichtzustimmung des Antrags wird die Rückgabe des Mandats gefordert. Von 666 Abgeordneten stimmen 336 dem militärpolitischen und parlamentseinschränkenden „Vorratsbeschluss“ zu. (Regierung: SPD gleich 294; B90/Die Grünen gleich 47; insgesamt gleich 341)  
... und abends tanzen die Damen und Herren Abgeordnete auf dem Bundespresseball.

26. November 2001 starten die ersten drei Transall-Maschinen vom US-Fliegerhorst Ramstein, um Ausrüstung der amerikanischen Streitkräfte zum Nato-Stützpunkt Incirlik in der Osttürkei zu bringen.

26. November 2001: Die Bundesdelegiertenkonferenz der B90/Die Grünen in Rostock „akzeptieren“ in dem Antrag des Parteivorstandes, daß die „Abgeordneten mehrheitlich der Bereitstellung von Einheiten der Bundeswehr zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus zugestimmt haben.“

### **Afghanistan-Kriegseinsatz**

Im Eilverfahren, beschließt der Deutsche Bundestag am 22. Dezember 2001 in namentlicher Abstimmung die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am „Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan“. (Abstimmergebnis: 581 Abgeordnete, davon 538 Ja, 35 Nein, acht Enthaltungen.)

**Damit befinden sich deutsche Soldaten abermals nach 1945 im Kriegseinsatz bzw. Deutschland im Krieg!**

Anfang März 2002 sind 858 deutsche Soldaten am Afghanistan-Einsatz beteiligt, darunter 126 KSK-Soldaten. Zu diesem Zeitpunkt wird deutlich, dass sich die US-Offensive zusehends zu einem Boden- und Guerillakrieg auszuweiten.

Am 6. März 2002: Erstmals werden nun auch zwei deutsche Soldaten Opfer dieses Krieges. Ein „Stück soldatischer Normalität“ meint Bernhard Gertz, der Chef des Deutschen Bundeswehr-Verbandes, gegenüber der „Leipziger Volkszeitung“.

## **Umstrukturierung der Bundeswehr (Bundeswehrreform)**

„Umstrukturierung der Bundeswehr, die kleiner wird, was durch Kaderung, d.h. schnelle Einbeziehung der Reservisten, und durch Vergabe von Instandhaltungsaufgaben in den zivilen Sektor ausgeglichen wird.“ (General Vogler 1991)

Die Schaffung einer neuen Strategie und Struktur der Bundeswehr entsprechend dieser Vorgaben ist weitgehend abgeschlossen. Die Vergabe von Instandhaltungsaufgaben wurden zum Teil bereits in den zivilen Sektor, d.h. an private Unternehmen ausgelagert.

Gut ausgerüstete Eingreiftruppen der Bundeswehr sind in Gestalt der Krisenreaktionskräfte und des Kommandos Spezialkräfte (KSK) geschaffen worden. Sie stellen das Hauptkontingent der Truppe dar.

Die Beibehaltung der Wehrpflicht dient vor allem der Bereitstellung und Anwerbung von Längerdienenden sowie der Beibehaltung der jeweiligen Truppenstärken (dem „stehenden Heer“, wie es der Außen-Staatsminister Ludger Volmer nannte), zu der stets noch mindestens 400 000 Reservisten hinzugezählt werden müssen.

Weiterentwicklung von Forschung und Technologie im Rüstungssektor werden aus Mitteln des Verteidigungshaushaltes finanziert. Nach dem Prinzip Qualität vor Quantität wird umgerüstet. Der Rüstungsetat wächst. (vgl. auch „Denkfabrik“: Potsdam Center for Transatlantic Security and Military Affairs an der Universität Potsdam.)

### **„Sicherung der Waffenbereitschaft der Bürger“**

Bei einem „Symposiums für Führungskräfte aus Bundeswehr und Wirtschaft“ September 1991 steht die „Sicherung der Waffenbereitschaft der Bürger“ auf der Tagesordnung. Wesentliche innenpolitische Ziele seien: die „Akzeptanz der Rüstung und Einsatz der Truppe durch den Steuerzahler“ so in der Einleitung und im Resümee des „Symposiums“.

Zentrale Punkte in der Kriegs begleitenden Propaganda sind: Das Arbeitsplatz-Argument, die Menschenrechtsdemagogie und das Fernhalten des Krieges von den deutschen Grenzen. Sie sollen zur Akzeptanz des Krisen- bzw. Kriegseinsatzes bei Teilen der Bevölkerung geführt.

Bereits 1995 weist General Naumann darauf hin, wie das auszusehen hat: „Nationales Interesse ist grundsätzlich weiter gefasst als Schutz der Bevölkerung oder des eigenen Staatsgebietes.“ Dafür braucht man den Soldaten, „der fern der Heimat versucht, Krisen von seinem Land fernzuhalten, das während seines Einsatzes weiter im Frieden lebt. Eine neue Dimension für deutsche Soldaten, die ähnliches in diesem Jahrhundert bislang nur zweimal vor 1945 erlebten“. „Wir wollen bei solchen Einsätzen – in der Regel Einsätze außerhalb Deutschlands und aus einer Gesellschaft heraus, die weiter im Frieden lebt – die Mehrheit unserer Bürger hinter uns wissen.“ (24. Oktober 1995 „Welt am Sonntag / Berlin“)

Ähnlich wie die institutionelle Einbindung der deutschen Kriegseinsätze verschob sich auch der propagandistische „Begründungszusammenhang“: Zuerst dominierten allgemeine „Weltordnungs-Argumente“, die sich um die „Stärkung der UNO“ und einer „internationalen Friedensordnung“ gruppierten. Dann wurden humanitäre Argumente betont, der Kampf gegen „Menschenrechtsverletzungen“ und „Völkermord“ (Kosovo-Krieg). Diese Argumentationsmuster werden mehr und mehr abgelöst, auch wenn humanitäre Argumente in Zukunft immer wieder eingesetzt werden um eine Kriegseinsatz zu rechtfertigen. Seit Herbst (September 2001) spricht Bundeskanzler Schröder davon, dass in Zukunft „militärische Interventionen“ nicht allein zur Förderung des Friedens und der Menschenrechte erfolgen sollten, sondern auch zur Durchsetzung von „Sicherheit und Stabilität“. Schröder sprach mehrfach von der „Enttabuisierung des Militärischen“ in der deutschen Außenpolitik. Eine größere Rolle spielen zunehmend klassisch kolonialistische Legitimations- und Denkmuster „Verteidigung westlichen Werte“ usw.

### **Ein neues Geschichtsbild**

Die Betonung auf das „Normalwerden der Deutschen“ zielt auf die Ablenkung von der deutschen Vergangenheit, auf die Restauration deutscher Großmachtinteressen. Deutschland soll wieder so normal werden wie seine Nachbarn und diese, so immer mehr PolitikerInnen und Massenmedien, werden ja auch nicht ständig mit „ihrer Vergangenheit“ konfrontiert. Während Strauß noch forderte, die Deutschen sollten aus „dem Schatten von Auschwitz heraustreten“, wird heute die Forderung „Nie wieder Krieg. Nie wieder Auschwitz“ umgedreht und in „Nie wieder Auschwitz und daher machen wir wieder Krieg“.

Um nur ein Beispiel zu nennen: In „Informationen für die Truppe“ (1999) werden Auschwitz und Krieg voneinander getrennt: Die Verbrechen des Nationalsozialismus hat es von 1933 bis 1941 eigentlich gar nicht gegeben, heißt es in dieser „Zeitschrift“ für die Innere Führung. Die Wehrmachtssoldaten hätten sich gegen die Folgen von Versailles und gegen den „bolschewistischen Täter“ der bis dahin „größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte“ gestellt. Denn (Zitat) „nicht Auschwitz, sondern vor allem diese Tatsache waren 1939/1941 der Erfahrungshintergrund der Wehrmachtsgeneration“. Der Überfall auf die Sowjetunion hat also zumindest zu Beginn seine Berechtigung gehabt, er war kein Teil des Holocaust, wenn es nach der revisionistischen Lesart von „Informationen für die Truppe“ 9/10-1999 geht.

„Die Normalisierung des militärischen Faktors war zunächst die Politik Helmut Kohls; und sie war überaus erfolgreich. In diesen Krieg [gegen Jugoslawien] wurden wir systematisch hineingeführt. Das war die Strategie des damaligen Verteidigungsministers Rupert Scholz, weitergeführt von [...] Gerhard Stoltenberg und von Volker Rühle: „Step by step“\*. Die sind immer an die Grenzen der öffentlichen Zumutbarkeit gegangen: humanitärer Einsatz in Kambodscha, Minenräumen im Golf, Awacs-Überwachungsflüge über die Adria, zwischendurch Somalia, Sfor-Einsätze. Und bei allem nie eine direkte Beteiligung am Kampfgeschehen. Ziel war aber von Anfang an, alle Grenzen Stück für Stück so weit zu verschieben, dass das Militär wieder zu einem Mittel von Politik gemacht werden kann.“

(Wolfgang R. Vogt, wissenschaftlicher Direktor an der Führungsakademie der Bundeswehr)

\* „Step by step“ ehemaliger CDU-Verteidigungsminister Volker Rühle, Spiegel 17/1993

## **Chronologie der Bundeswehr**

### **1955**

Die Siegermächte besiegeln mit den ‚Pariser Verträgen‘ die Remilitarisierung der BRD: „Auf dem Weg über die Wiederbewaffnung konnte die volle Souveränität der Bundesrepublik erreicht werden.“ (CDU-Bundeskanzler Adenauer, Spiegel 17/1993)

### **Die BRD tritt dem Nato-Bündnis bei.**

Am 15. Januar versammeln sich über 5000 Menschen auf dem Römer in Frankfurt, um gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zu demonstrieren. Zu dieser Protestkundgebung haben die Gewerkschaftsjugend, die Naturfreundejugend, die Falken, die Jungsozialisten, der SDS und die Gruppe der Wehrdienstverweigerer (GdW) aufgerufen.

### **1956**

Die allgemeine Wehrpflicht wird eingeführt.

### **1958**

Am 25. März wird im Bundestag mit CDU-(Regierungs-)Mehrheit die atomare Aufrüstung beschlossen.

Ein Bündnis aus ‚Kampf dem Atomtod‘ und dem Kreisausschuss des DGB führt in Frankfurt eine Kundgebung von ca. 35 000 Menschen gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr durch.

### **1966**

Eine von mehreren studentischen Organisationen durchgeführte Demonstration gegen den Vietnam-Krieg der USA, an der sich ca. 700 TeilnehmerInnen beteiligen, gerät mit einer Gegendemonstration des RCDS (Ring christlich-demokratischer Studenten) zusammen. Es kommt zu einem Handgemenge.

### **1967**

Die Notstandsgesetze, die gesetzliche Grundlage für einen Krieg im Inneren werden verabschiedet. Im Falle der Ausrufung des Notstandes werden demokratische Grundrechte außer Kraft gesetzt. An ihre Stelle tritt die Bundeswehr, deren Einsatz gegen eine innere Opposition legalisiert wird.

### **1979**

Die Nato verabschiedet den sogenannten Doppelbeschluss: Sie ‚bietet‘ der Sowjetunion Abrüstungsvorschläge an und droht im Falle des kalkulierten Scheiterns mit der Stationierung atomarer Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper in Deutschland.

## **1982**

„Wartime Host Nation Support Agreement“

Ein militärisches Abkommen zwischen den USA und der BRD, das die deutsche Beteiligung an Kriegen der USA regelt (z.B. die Bereitstellung zivil-militärischer Einrichtungen wie Flug- und Landebahnen, Krankenhäuser etc.)

## **1983**

Im Rahmen des sogenannten Nachrüstungsbeschlusses werden 108 Pershing-II-Raketen mit atomaren Sprengköpfen und 96 Marschflugkörpern mit sechsminütiger Flugzeit nach Moskau in Deutschland in Stellung gebracht.

## **8. Mai 1985**

Bundeskanzler Helmut Kohl erhebt die Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen zum Staatsakt: Mit US-Präsident Ronald Reagan zusammen besucht er neben dem ehemaligen KZ Bergen-Belsen den SS-Soldatenfriedhof in Bitburg.

## **1991**

Die Totalitarismustheorie bekommt eine Gedenkstätte: Auf dem Gelände des ehemaligen KZ Sachsenhausen wird der Opfer des Nationalsozialismus und der sowjetischen Besatzung gleichermaßen gedacht.

## **1991**

*„Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen, es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten.“* (Ex-CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl)

## **US-Alliiertes Krieg gegen den Irak**

„Bonn stockt Kriegskasse weiter auf. [...] An den Kosten des Golfkrieges wird sich die Bundesrepublik alleine bis Ende März mit rund vierzehn Milliarden Mark beteiligen. Nachdem mehrere Alliierte Bonn wegen seiner Zurückhaltung im Golf-Konflikt kritisiert hatten, sagte Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) dem US-Präsidenten George Bush [...] zusätzliche 8,25 Milliarden Mark zu den bereits an die Alliierten und die Frontstaaten geleisteten Zahlungen von 5,3 Milliarden zu. Außerdem wird die Bundeswehr-Präsenz in der Türkei durch die Stationierung von 580 Soldaten und die Verlegung mehrerer Abwehrsysteme der Typen ‚Roland‘ und ‚Hawk‘ verstärkt.“ (FR vom 30. Januar 1991)

## **1991 bis 1996**

Hubschrauber und ein Transall der Bundeswehr unterstützen die UN-Inspektoren im Irak.

## **1991 bis 1992**

Im Zuge des US-Alliierten Krieges gegen den Irak werden Minensuchboote der Bundeswehr vor die Küste Kuwaits verlegt.

## **1991 bis 1993**

Bundeswehreinsatz mit Verbandsmaterial und Sanitätern in Kambodscha.

### **26. November 1992**

Die neuen Kriegsziele der Nato werden in die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ der Bundeswehr vom 26.11.1992 eingearbeitet: *„2. Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Zukunft ist ein ganzheitlicher Ansatz von Schützen und Gestalten [...] 8. [...] Dabei lässt sich die deutsche Politik von vitalen Sicherheitsinteressen leiten: [...] Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zuganges zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung [...] Nach Auflösung der bipolaren Ordnungsstruktur gewinnen regionale Krisen und Konflikte und nicht-militärische Risiken an Virulenz und Brisanz. Ihr Spektrum reicht von der innerstaatlichen Dimension sozialer, ethnischer, religiöser und ökonomischer Krisen über die regionale Dimension, die auch machtpolitische Faktoren, territoriale Ansprüche und Verteilungskämpfe umfasst, bis hin zur globalen Dimension des Wohlstands- und Entwicklungsgefälles sowie demographischer, ökonomischer und ökologischer Fehlentwicklungen.“*

## **1992 bis 1996**

Beteiligung an der Seeblockade gegen Jugoslawien

## **1993**

*„Nach außen gilt es etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind: Im Einklang mit unseren Nachbarn zu einer Rolle finden, die unseren Wünschen und unserem Potential entspricht. [...] Unsere Bürger haben begriffen, dass die Zeit unseres Ausnahmezustandes vorbei ist.“* (ehemaliger Bundesaußenminister Kinkel, ‚Der Informationskrieg‘, GIB, S.21)

## **1993 bis dto.**

Einsatz von AWACS-Maschinen zur Überwachung des Flugverbotes in Bosnien-Herzegowina.

## **1993 bis 1994**

Bundeswehreinsatz in Somalia mit bis zu 1700 Soldaten, getarnt als Samariter in Uniform („die Engel von Phnom Penh“, Bundeswehr-Großanzeige) und promotet als „humanitärer Einsatz“ mit UN-Mandat: „Mit dem Somalia-Trick, so das Konzept, lassen sich die Zauderer daheim für solch weitreichende Militäraktionen leichter vorbereiten.“ (Spiegel vom 26. April 1993)

## **1994**

„Für die Zukunft sehe ich die erhebliche Gefahr, dass die Bundesregierung, Koalition und Generalität nach den Gesetzen der Salomitaktik Anlässe suchen und Anlässe schaffen werden, um die Barrieren abzuräumen, die es gegenüber der Außenpolitik des vereinten Deutschland noch gibt. Als Vehikel dienen dabei die Menschenrechts- und



Humanitätsfragen.“ (Joschka Fischer, noch in Regierungsopposition, ‚Die Woche‘ vom 30. Dezember 1994)

### **1994 bis 1995**

Auf dem langen Weg zur „außenpolitischen Normalität“, sprich Kriegsbeteiligung, werden Rekrutenvereidigungen immer wieder auf öffentlichen Plätzen abgehalten.

### **1995**

ECR-Tornados der Bundeswehr beteiligen sich an Nato-Angriffen gegen die „bosnischen Serben“.

### **1996**

Stationierung von deutschen Soldaten in Bosnien, getarnt als „friedenssichernde Maßnahme“.

Anweisung für die Truppenpraxis: *„Im nächsten Jahrhundert werden die jetzt im Frieden miteinander lebenden wohlhabenden Staaten und Regionen ihren Wohlstand verteidigen müssen. [...] Um die Dinge, die man kaufen konnte, wird man Krieg führen müssen. [...] Das 21. Jahrhundert wird eine Ära eines neuen Kolonialismus sein. [...] Die Kolonien der Zukunft werden vor allem Ressourcenzulieferanten und Absatzmärkte sein.“* (Die neuen Herausforderungen Nr.2/1996 und 3/1996)

### **1998**

Mit dem Blick fürs Ganze legt die SPD-Bundestagsfraktion im Juni 1998 ein Positionspapier vor, mit dem Titel „Deutsche Interessen und Europäische Politik in den transkaukasischen und zentralasiatischen Staaten“. Was damit gemeint ist, erklärt Rudolf Scharping im Vorwort: Er sehe „attraktive Gestaltungsmöglichkeiten, [um] den eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen Geltung zu verschaffen.“

(Info des Münchener Bündnisses gegen die Nato-Sicherheitskonferenz, 2/2002)

### **1999**

„Nie wieder Auschwitz! Das ist in meinen Augen die einzig denkbare Grundlage für die neue Berliner Republik“ (Spiegel 13/2001), sagte der grüne Außenminister Joschka Fischer in einem im Februar geführten Gespräch mit dem französischen Philosophen Bernhard-Henri Levy. Einen Monat später wurde ‚Nie wieder Auschwitz‘ zur Kriegsbegründung.

### **24. März 1999**

Die Bundesrepublik beteiligt sich zum ersten Mal nach 1945 an einem Angriffskrieg gegen Jugoslawien: „Könnte es sein, dass sich Deutschland seit wenigen Tagen definitiv im Zustand der Normalität befindet? [ ] Bundeswehrluftwaffe [...] an vorderster Front [...] seit Frühjahr 1945 stehen wir wieder mittendrin. [...] der längst fällige Durchbruch zur kompletten Normalität. [...] Auf dem Sektor der Ökonomie hat die Bundesrepublik die Normalisierungsprozesse bereits seit Jahrzehnten abgeschlossen. Jetzt ist auch die ganze Palette der Außenpolitik erfasst.“ (Kommentar der FR vom 25. März 1999)

Die Bundeswehr nimmt mit ECR-Tornados an der Bombardierung Jugoslawien teil.

Adenauers Traum ist Parteiübergreifende Wirklichkeit geworden.

#### **24. April 1999**

Die Bundesregierung stimmt in der 50. Nato-Sitzung in Washington/USA dem neuen Nato-Konzept („Washingtoner Erklärung“) zu, das sich zu Angriffskriegen außerhalb des Bündnisgebietes selbst legitimiert. Kriegsfall ist nicht länger ein feindlicher Angriff auf einen der Nato-Partner, sondern die Bedrohung eines Bündnismitglieds durch die „Unterbindung der Energieversorgung oder Sabotageakte“.

#### **14. Juni 2000**

Am 14. Juni 2000 wird die Bundeswehrreform, unter dem Titel „Die Bundeswehr sicher ins 21. Jahrhundert. Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf“ vom Bundeskabinett gebilligt. Was vorher als Krisenreaktionskräfte (KRK) bezeichnet wurde, heißt jetzt schlicht Einsatzkräfte.

Ihre Stärke wird auf rund 150. 000 verdreifacht. Ähnliches passiert mit den Einsatzoptionen. In Zukunft soll die Bundeswehr „qualitativ und quantitativ dem politischen Gestaltungsanspruch und Gewicht Deutschlands“ Rechnung tragen: „eine große Operation mit bis zu 50 000 Soldaten aller Teilstreitkräfte über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr oder zwei mittlere Operationen mit jeweils bis zu 10 000 Soldaten über mehrere Jahre sowie jeweils parallel dazu mehrere kleine Operationen“ (Alaska, Heft 239, S.21)

#### **20. November 2000**

##### **Die Europäische Union als Militärmacht**

In Brüssel erklären sich die EU-Außen- und Verteidigungsminister bereit, ab dem Jahr 2003 eine EU-Eingreiftruppe von insgesamt 100. 000 Soldaten, 400 Kampfflugzeugen und 100 Kriegsschiffen bereitzustellen.

„Deutschland stellt mit 18 000 SoldatInnen das mit Abstand größte Kontingent. [...] Der künftige Direktor der EU-Truppe wird der deutsche General Rainer Schuwirth sein.“ (Alaska Nr. 237, 9/2001)

*„Wir Europäer wollen und werden mitbestimmen, wenn die Spielregeln festgelegt werden für die globale Ordnung des 21. Jahrhunderts.“* (Gerhard Schröder, Jungle World vom 16. Oktober 2002)

#### **2001**

Die SPD-Grüne Regierung beschließt ein insgesamt 200 Milliarden Mark teures „neues Material- und Ausrüstungskonzept“ für die Bundeswehr, das u.a. der Interventionsfähigkeit dient: Im Rahmen dieser Bundeswehrreform soll eine 7400 Mann starke Division für spezielle Operationen (DSO), der unter anderem das Kommando Spezialkräfte (KSK) unterstellt ist, spätestens 2004 einsatzbereit sein: „Wir vollziehen mit der Struktur jetzt nach, was wir mental und in der Wirklichkeit auf dem Balkan schon geleistet haben: Den Wandel von der Friedens- zur Einsatzarmee.“ (Inspektor des Heeres, Helmut Willmann, Jungle World vom 17. Oktober 2001)

## **2001**

Stationierung von deutschen Soldaten in Mazedonien, als Bestandteil der Nato-Truppen („essential harvest“). Was angeblich ein zeitlich begrenzter Auftrag war, wurde in eine fristlose Stationierung von Nato-Soldaten, unter deutschem Oberkommando, umgewandelt. Endlich bekommt auch Deutschland – militärisch – etwas von der Aufteilung des Balkans ab.

### **12. September 2001**

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington erklärt der Vertreter Deutschlands im Nato-Rat seine Zustimmung zur Kriegerklärung der Nato gegen unbekannt: „Die Urheber der terroristischen Anschläge stehen bisher nicht fest.“ (Erklärung von Bundeskanzler Schröder vom 12. September 2001) Der dort ohne Widerspruch konstatierte Kriegsfall, der nach Artikel 5 der Nato-Statuten festgestellte „Beistandfall“ schließt laut Bundesregierung die Beteiligung an Kriegshandlungen nicht aus: „Im Nato-Hauptquartier präsentierte der amerikanische Regierungsbeauftragte Francis Taylor [...] Belege dafür, dass der Terrorakt gegen das World Trade Center vom 11. September tatsächlich ein ‚Angriff von außen‘ war. [...] Nicht einmal die Hand musste der Deutsche [Nato-Botschafter Gebhardt von Molke] heben. Nach Taylors Vortrag erklärte [der Nato-Generalsekretär George Robertson] die neue Lage für gegeben. Ob einer widersprechen wolle? Schweigen. Damit war der Bündnisfall beschlossen – erstmals in der Geschichte der mächtigsten Militärallianz der Welt.“ Spiegel vom 8. Oktober 2001

### **19. September 2001**

„Zu Beginn dieses neuen Jahrhunderts steht Deutschland auf der richtigen Seite. Auf der Seite der unveräußerlichen Rechte aller Menschen. [...] Diese Werte sind unsere Identität. Wir werden sie verteidigen. Mit Nachdruck und Entschlossenheit.“  
(Regierungserklärung von Bundeskanzler G. Schröder , FR vom 20. September 2001)

### **15. Oktober 2001**

#### **Out of area – oder out of business**

Nach seinem Besuch bei US-Präsident George W. Bush in Washington formuliert Bundeskanzler Gerhard Schröder das „neue Selbstverständnis“ Deutschlands und das Ende „sekundäre(r) Hilfeleistungen. [...] Diese Etappe deutscher Nachkriegspolitik ist unwiederbringlich vorbei.“ (FR vom 12. Oktober 2001)

„Nur wenn wir im Boot sitzen und mitrudern, können wir versuchen, Tempo und Richtung der Fahrt mitzubestimmen.“ (Ein Kanzler-Berater, Der Spiegel vom 8. Oktober 2001)

„Wir haben einen weiten Weg zurückgelegt von der Tabuisierung des Militärischen in der Politik über das Kosovo, über Mazedonien I und II.“

(Bundeskanzler G. Schröder, Der Spiegel vom 15. Oktober 2002)

„Es sind neue Konstellationen entstanden, und in diesen neuen Konstellationen muss Deutschland positioniert werden.“

(Gerhard Schröder, Der Spiegel vom 15. Oktober 2001)

### **7. November 2001**

Die SPD-Grüne Bundesregierung beantragt die Bereitstellung von insgesamt 3900 Soldaten (einschließlich 100 KSK-Spezialkräfte, Spürpanzer und Kriegsschiffen) im Rahmen des US-alliierten Feldzuges „enduring freedom“.

Ihr Einsatzgebiet ist die halbe Welt: „[...] die arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien und Nord-Ost-Afrika sowie die angrenzenden Seegebiete“ – der militärische Operationsraum für einen Welt-Krieg.

### **13. November 2001**

„Bundeskanzler Gerhard Schröder greift zur Durchsetzung des geplanten Afghanistan-Mandats der Bundeswehr zu seinem schärfsten parlamentarischen Druckmittel [immerhin hat er nicht zur Waffe gegriffen] und stellt am Freitag im Bundestag die Vertrauensfrage.“ (FR vom 14. November 2001)

### **16. November 2001**

Der grüne Außenminister Joschka Fischer hob die Entscheidung im Bundestag in den Status einer „Entscheidung über die Zukunft unseres Landes“. (FR vom 17. November 2001). Die zur nationalen Frage erhobene Vertrauensfrage zeigte ihre gewünschte Wirkung. Die Zahl der Ablehnungen schmolz im Laufe der letzten Tage auf acht Abgeordnete der Bündnisgrünen. Um der SPD-Grünen Koalition auf jeden Fall eine eigene Mehrheit zu verschaffen, einigten sich die sogenannten KriegsgegnerInnen auf folgendes Verfahren: Vier von ihnen stimmten mit ‚Nein‘, die anderen vier stimmten mit ‚Ja‘, wobei jedes ‚Ja‘ auch ein ‚Nein‘, jedes ‚Nein‘ auch ein ‚Ja‘ hätte sein können. Damit wurde Persönlichkeitsspaltung in den Verfassungsrang gehoben.

Bundeskanzler Schröder fasst den Tag ganz schlicht zusammen: „Die Entscheidung, die für die Bereitstellung deutscher Streitkräfte zu treffen ist [...] ist notwendig, und deshalb muss sie getroffen werden. [...] Aber mehr noch, durch diesen Beitrag kommt das vereinte und souveräne Deutschland seiner gewachsenen Verantwortung in der Welt nach [...]“ (FR vom 17. November 2001)

### **26. Februar 2002**

Die vom Bundestag beschlossene Beteiligung der Bundeswehr, unter Einschluss des Kommandos Spezialkräfte der Bundeswehr (KSK) am US-Alliierten Krieg „Enduring Freedom“ war mit der Erklärung des Bundeskanzlers Schröder verknüpft, dass es sich dabei um keine direkten Kampfhandlungen in Afghanistan handle. In seiner Regierungserklärung vom 8. November 2001 hatte Bundeskanzler Schröder die Beteiligung deutscher Soldaten an Bodenkämpfen ausdrücklich ausgeschlossen: „Es geht weder um eine deutsche Beteiligung an Luftangriffen noch um die Bereitstellung von Kampftruppen am Boden.“

Jetzt bestätigt der Verteidigungsminister Rudolf Scharping Berichte, „wonach die deutschen Elitesoldaten schon seit Wochen an der Jagd auf Al-Qaeda-Terroristen beteiligt seien.“

(FR vom 27. Februar 2002)

## **28. Februar 2002**

### **Enduring freedom – Manöver ohne Ende**

Im Rahmen des US-Alliierten Weltkrieges wurden neben besagten Eliteeinheiten in Afghanistan, auch ABC-Bundeswehreinheiten und ‚Fuchs‘-Spürpanzer nach Kuwait verlegt. Sie sollten lediglich an einem Manöver teilnehmen. Der nackte Zufall will es, dass die weitere Stationierung von Bundeswehreinheiten außerhalb des Nato-Gebietes mit den US-Kriegsdrohungen gegen den Irak zusammen fällt.

Das Manöver wurde beendet: „Das Gerät bleibe da, damit man es im Ernstfall nicht erst auf die arabische Halbinsel schaffen müsse. Auch 50 Bundeswehrsoldaten sollen nach den Worten des Ministers in Kuwait bleiben.“ (FR vom 28. Februar 2002 )

Dass die Umsturzpläne der USA gegen den Irak auf Hochtouren weiterlaufen, darf erneut als weiterer Zufall gewertet werden.

## **8. März 2002**

Nach tagelangem Schweigen über den Einsatz des Kommandos Spezialkräfte (KSK) in Afghanistan gibt der Verteidigungsminister Scharping bekannt, dass die deutschen Eliteeinheiten „Zugriff auf Taliban- und Al-Qaeda-Kämpfer, deren Infrastruktur sowie auf Versorgungs- und Fluchtwege“ (FR vom 9. März 2002) haben. Bereits Tage zuvor erklärte ein US-Offizier in Kabul, dass deutsche Eliteeinheiten „mit an vorderster Front“ (FR vom 9. März 2002) kämpfen. Zug um Zug nähert sich die deutsche Kriegsbeteiligung ‚dem Boden‘ der Tatsachen.

„Seit dem SPD-Grünen Wahlsieg 1998 – damals waren gut 2000 Soldaten in Bosnien und knapp ein Dutzend bei der UNO-Mission in Georgien stationiert – hat sich das Bundeswehr-Engagement im Ausland praktisch verfünffacht [...]

876 Soldaten der Internationalen Schutztruppe Isaf in Kabul,

92 Soldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK) in Kandahar,

126 Isaf-Soldaten in Usbekistan,

238 ABC-Abwehrsoldaten in Kuwait,

1278 Sfor-Soldaten in Bosnien,

4705 Kfor-Soldaten im Kosovo,

586 Soldaten in Mazedonien“ (Der Spiegel vom 11. März 2002)

## **17. März 2002**

Die Grünen haben sich ein neues Grundsatzprogramm gegeben. „Die Partei verabschiedet sich darin endgültig vom Prinzip der absoluten Gewaltfreiheit“ (FR vom 18. März 2002)

Von nun an können sich die Grünen auch programmatisch wieder treu sein: „Grüne Politik ist Politik für Gewaltfreiheit. [...] Wir wissen aber auch, dass sich die Anwendung rechtsstaatlich und völkerrechtlich legitimer Gewalt nicht immer ausschließen lässt.“ (FR vom 20. März 2002)

Mit diesem Bekenntnis zur Gewalt sind sie dort angekommen, wo sich die Politik und Praxis der Grünen bereits seit Jahren befinden.

### **25. April 2002**

Die PDS stellt im Bundestag den Antrag, den von der Nato am 12. September 2001 ausgerufenen „Bündnisfall“, d.h. den Kriegszustand für beendet zu erklären.

Außer der PDS plädierten Regierungs- und Oppositionsparteien geschlossen für die Aufrechterhaltung der Nato-Kriegserklärung, für den „endlosen Zustand zwischen Krieg und Frieden“. Für die SPD-Grüne Bundesregierung erklärte Staatsminister Ludgar Volmer (Grüne), dass allen Beteiligten bei den Entscheidungen nach dem 11. September klar gewesen sei, dass der Kampf gegen Al Qaeda „einen langen Atem erfordert“.

„Deutschland wolle dabei Verlässlichkeit, Zielstrebigkeit und Ausdauer zeigen, meinte Volmer. Er äußerte sich nicht dazu, wie und wann der Bündnisfall aufgehoben werden könnte.“ (FR vom 27. April 2002)

### **19. August 2002**

*„Mittlerweile stelle die Bundeswehr nach den USA das zweitgrößte Truppenkontingent in internationalen Einsätzen.“*

(Bundeskanzler Gerhard Schröder, FR vom 19. August 2002)

### **4. November 2002**

Die militärische Beteiligung Deutschlands an ‚Enduring Freedom‘ kostet „auf das Jahr umgerechnet 200 Millionen Euro.“ (FAZ vom 4. November 2002)

„Elitetruppe erhält Freiraum“ (FR vom 4. November 2002)

Der Kampfauftrag der KSK-Soldaten in Afghanistan, so Verteidigungsminister Peter Struck, wird ausgeweitet, „um einen noch eigenständigeren Beitrag zu leisten.“ (FR vom 4. November 2002 )

Sie bekommen ihr eigenes Einsatzgebiet.

\*\*\*

### **Bundestagsbeschluss: 22. Dezember 2001.**

Im Krieg um die „Neue Weltordnung“ ist die Bundeswehr auch bei der nächsten Etappe – gegen den Irak – dabei und sie befindet sich: „... derzeit mit über 10 000 Soldaten im Auslandseinsatz, darunter dem nach Schröder „epochalen“ Einsatz „Enduring Freedom“, der mit der „Kriegsermächtigung“ (Vertrauensfrage) vom 16. November 2001 freigegeben wurde.



**Deutsche Soldaten befanden / befinden sich heute in: in Kuwait, in Kenia, in Djibuti, am Golf von Aden, im südlichen Roten Meer, im Seegebiet entlang der Küste von Somalia, im Mittelmeer, in Usbekistan, im Oman, (waren) im Iran, (waren) in den USA mit AWACS-Flugzeugen, in der Türkei und nicht zu vergessen, neben der so genannten „Schutztruppe“ um Kabul, mitten in Kämpfen in Afghanistan. Insbesondere die Einsätze in Kuwait und um Somalia herum sind Vorboten der geplanten Angriffe auf diese Länder.“ (Zitat aus: imi-Analyse 2002/03-7a, Tobias Pflüger.)**

„Derzeit sind nach Bundeswehrrangaben 6.480 Soldaten im Ausland stationiert, die meisten in Kosovo, Afghanistan und in Bosnien-Herzegowina.“ (Junge Welt, 7.6.05)

„Wir werden uns internationalen Verpflichtungen nicht entziehen wollen und können, Soldaten auch in so genannte friedenserzwingende Einsätze zu schicken.“  
 („Verteidigungs“minister Peter Struck, MD-Volksstimme, 7.6.05)



### „Sicherung der Waffenbereitschaft der Bürger“

Bei einem „Symposiums für Führungskräfte aus Bundeswehr und Wirtschaft“ September 1991 steht die „Sicherung der Waffenbereitschaft der Bürger“ auf der Tagesordnung. Wesentliche innenpolitische Ziele seien: die „Akzeptanz der Rüstung und Einsatz der Truppe durch den Steuerzahler“ so in der Einleitung und im Resümee des „Symposiums“.

Zentrale Punkte in der Kriegsbegleitenden Propaganda sind: Das Arbeitsplatz-Argument, die Menschenrechtsdemagogie und das Fernhalten des Krieges von den deutschen Grenzen. Sie sollen zur Akzeptanz des Krisen- bzw. Kriegseinsatzes bei Teilen der Bevölkerung geführt.

Bereits 1995 weist General Naumann darauf hin, wie das auszusehen hat:

„Nationales Interesse ist grundsätzlich weiter gefasst als Schutz der Bevölkerung oder des eigenen Staatsgebietes.“

Dafür braucht man den Soldaten, „der fern der Heimat versucht, Krisen von seinem Land fernzuhalten, das während seines Einsatzes weiter im Frieden lebt.

Eine neue Dimension für deutsche Soldaten, die ähnliches in diesem Jahrhundert bislang nur zweimal vor 1945 erlebten“.

„Wir wollen bei solchen Einsätzen – in der Regel Einsätze außerhalb Deutschlands und aus einer Gesellschaft heraus, die weiter im Frieden lebt – die Mehrheit unserer Bürger hinter uns wissen.“

(24. Oktober 1995 „Welt am Sonntag / Berlin“)

**Statt Landesverteidigung soll die Bundeswehr im Rahmen einer neuen strategischen Ausrichtung andere Aufgaben erhalten.**

**Landesverteidigung steht für die Bundeswehr "nicht mehr an der ersten Stelle":**

**"Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt", betonte Verteidigungsminister Peter Struck (SPD). "Wenn solches Denken Schule macht,**



**landet die Welt über kurz oder lang im Chaos. Mit demselben Recht könnten Pakistan, Indien, China oder jedes x-beliebige Land in ihren Militärdoktrinen festlegen, dass deren Verteidigung am Rhein stattfindet", warnte die Friedensbewegung. (TELEPOLIS), 13.12.2002**

**Alle offiziellen Bundeswehreinsätze laut ihrer eigenen Homepage  
([www.bundeswehr.de](http://www.bundeswehr.de)):**

1960 Angola, 1960 Marokko, 1961 Niger, 1961 Zypern, 1963 Algerien, 1963 Südjemen, 1966 Griechenland, 1966 Italien, 1966 Türkei, 1968 Biafra, 1968 Iran, 1968 Italien, 1970 Algerien, 1970 Jemen, 1970 Nigeria, 1970 Pakistan, 1970 Peru, 1970 Tunesien, 1970 Türkei, 1971 Chile, 1971 Indien, 1971 Italien, 1971 Pakistan, 1971 Türkei, 1972 Nicaragua, 1973 Algerien, 1973 Äthiopien, 1973 Mali, 1973 Mauretanien, 1973 Niger, 1973 Nigeria, 1973 Obervolta, 1973 Pakistan, 1973 Senegal, 1973 Somalia, 1973 Sudan, 1973 Tschad, 1973 Tunesien, 1974 Ägypten, 1974 Brasilien, 1974 Honduras, 1974 Mali, 1974 Mauretanien, 1974 Niger, 1974 Obervolta, 1974 Somalia, 1974 Sudan, 1974 Tschad, 1974 Zypern, 1975 Angola, 1975 Ghana, 1975 Pakistan, 1975 Portugal, 1976 Guatemala, 1976 Italien, 1976 Türkei, 1977 Indien, 1977 Rumänien, 1977 Tschad, 1978 Algerien, 1978 Iran, 1978 Israel, 1978 Malaysia, 1978 Mali, 1978 Spanien, 1978 Sudan, 1978 Syrien, 1979 China, 1979 Malaysia, 1979 Nicaragua, 1979 Uganda, 1980 Algerien, 1980 Italien, 1980 Mali, 1980 Mosambik, 1980 Nicaragua, 1980 Pakistan, 1980 Somalia, 1980 Somalia, 1980 Sudan, 1981 Griechenland, 1981 Italien, 1981 Pakistan, 1981 Uganda, 1982 Jemen, 1982 Pakistan, 1982 Uganda, 1983 Italien, 1983 Mauretanien, 1983 Uganda, 1984 Äthiopien, 1985 Kolumbien, 1985 Sudan, 1985 Türkei, 1986 El Salvador, 1986 Griechenland, 1986 Kamerun, 1987 Kenia, 1988 UdSSR, 1989 Panama, 1989 Rumänien, 1989 Sudan, 1989 Uganda, 1990 Griechenland, 1990 Iran, 1990 Liberia, 1990 Portugal, 1990 Rumänien, 1990 Tunesien, 1990 UdSSR, 1991 Albanien, 1991 Irak, 1991 Iran, 1991 Türkei, 1992 Irak, 1992 Kambodscha, 1992 Russland, 1992 Somalia, 1992 Türkei, 1993 Ex-Jugoslawien, 1993 Griechenland, 1993 Irak, 1993 Kambodscha, 1993 Somalia, 1994 Albanien, 1994 Georgien, 1994 Griechenland, 1994 Irak, 1994 Ruanda, 1994 Somalia, 1994 Türkei, 1995 Irak, 1996 Bosnien, 1996 Irak, 1997 Albanien, 1997 Bosnien, 1997 Polen, 1997 Türkei, 1998 Bosnien, 1998 Eritrea, 1998 Griechenland, 1998 Kroatien, 1998 Österreich, 1998 Sudan, 1998 Albanien, 1999 Bosnien, 1999 Griechenland, 1999 Jugoslawien, 1999 Mazedonien, 1999 Österreich, 1999 Türkei, 2000 Bosnien, 2000 Jugoslawien, 2000 Mosambik, 2000 Ost-Timor, 2001 Afghanistan, 2001, Bosnien, 2001 Djibouti, 2001 Jugoslawien, 2001 Kenia, 2001 Kuwait, 2001 Mazedonien, 2002 Afghanistan, 2002 Bosnien, 2002 Djibouti, 2002 Jugoslawien, 2002 Kenia, 2002 Kuwait, 2002 Mazedonien, 2003 Afghanistan, 2003 Bosnien, 2003 Djibouti, 2003 Jugoslawien, 2003 Kenia, 2003 Kuwait, 2003 Mazedonien ...

\*\*\*

## **Die Geburtsurkunde des Zweiten Weltkrieges**

Ein Leitzordner von mehreren hundert Seiten Datenmaterial hat es in sich. Ein Schlüsseldokument, das die zielgerichtete Planung eines Revanchekrieges seit Mitte der zwanziger Jahre klar beweist.

Der Inhalt: Die geheimgehaltene Vorbereitung der Reichswehr für Völkerrechtsverbrechen, die dann am 1. September 1939 realisiert wurden. Der Hamburger Privatforscher Carl Dirks hat es gefunden.

Bei seinen Reisen nach England und Amerika zog es den Schiffskaufmann immer wieder in die Archive. In britischer Gefangenschaft hatte er u.a. erbeutete deutsche Dokumente übersetzt. Seither wollte er genau wissen, wie es mit der Verantwortung der vielgerühmten preußisch-deutschen Generalität für die Verbrechen des Zweiten Weltkrieges bestellt war. Binnen zehn Jahren hat Dirks mehr als 25.000 Akten durchgesehen. In den „National Archives“ in Washington entdeckte er das Schlüsseldokument für die geheime deutsche Aufrüstung.

Das Dokument lag nach 1945 viele Jahre unbeachtet im Pentagon. Hätte die Anklage im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß es gekannt, wäre wohl der deutsche Generalstab nicht freigesprochen, sondern wegen Verschwörung gegen den Frieden und Vorbereitung des Angriffskrieges verurteilt worden.

Die USA hielten das Dokument weiter geheim: die geschlagene Hitlerwehrmacht sollte erneut eingesetzt werden gegen die Sowjetunion. Churchill hat in seinen Memoiren das Telegramm veröffentlicht, in dem er seinen Oberbefehlshaber, General Montgomery, beauftragt, die sichergestellten Waffen der gefangenen Wehrmachtssoldaten für diesen Fall gebrauchsfähig zu machen.

Als nach der Einbeziehung der BRD in die NATO auch die Wehrmacht wieder erstand, war das Dokument für die USA nicht mehr wichtig. 1960 wurde es dem Bundesarchiv übergeben.

Die „ZEIT“ veröffentlichte am 7. März 1997 einen ausführlichen Bericht über den „Großen Plan der Reichswehr“. Historiker, Professoren, Journalisten hatten die Möglichkeit, den Inhalt dieses sensationellen Dokuments von wahrhaft weltgeschichtlicher Bedeutung zu veröffentlichen.

### **Kein „Historikerstreit“, statt dessen Historikerschweigen**

Alle „Fachleute“, alle Historiker hielten sich daran, daß die zielgerichtete Planung eines Revanchekrieges seit Mitte der zwanziger Jahre nicht bekannt werden sollte.

In jenem Jahr 1925 hatte der Reichsaußenminister Gustav Stresemann in einer Denkschrift für Hindenburg die Außenpolitik der deutschen Imperialisten mit den Sätzen erklärt: „Gerade in unserer jetzigen Lage müssen wir den Mund vollnehmen von Friedensfragen, Völkerverständigung usw., ohne deshalb wie die pazifistischen Phantasten an diesen Schwindel zu glauben.“

Da man weiter „den Mund vollnimmt“, von diesem „Schwindel“ (Frieden, Völkerverständigung) blieb das entlarvende Dokument weiter „das Geheimste vom Geheimen“.

Sage niemand, die Reichswehr habe einen „ritterlichen Krieg“ gewollt, der Abenteurer Hitler sei es gewesen, der dieses Konzept zerstört hätte. Nein, 1924 (!) bereits legte der Oberst v. Stülpnagel, später General, den Plan vor, den totalen Krieg, auch gegen die eigene Bevölkerung zu führen.

„Hemmungen irgendwelcher Art darf es nicht geben ... Die Meinung der Welt gilt wenig ... Ein aufs Äußerste gesteigerte Haß darf vor keinem Mittel der Sabotage, des Mordes und der Verseuchung zurückschrecken... Gas und Rauch, Bakterien, elektrische Fernlenkung und -zündung, Aviatik“ seien einzusetzen. Für solche Verbrechen brauchten die „besseren“ Herrschaften Typen wie Hitler, Goebbels und Himmler.

### **Was enthält nun dieses ultrageheime Dokument?**

Die zahlenmäßig eng begrenzte Reichswehr durfte keine Panzer, keine Luftwaffe, keine großen Kriegsschiffe besitzen. Der Geheimplan aber sah für den Start zum nächsten Krieg vor:

**102 Divisionen - 1939 standen 102 Divisionen bereit;**

**2,8 Millionen Mann -1939 standen 2,8 Millionen Soldaten bereit;**

**252 Generäle - 1939 standen 252 Generäle bereit.**

**Acht Armeen sah der Reichswehrstab vor - acht Armeen standen 14 Jahre später zum Zuschlagen bereit.**

Wie immer, wenn es um Krieg geht, wurde mit der berühmten „preußischen Akkuratessé“ gearbeitet. Die Rechercheure des Truppenamts, das war die Tarnbezeichnung für den durch den Versailler Vertrag verbotenen Generalstab, sammelten in den Wehrkreisen Unterlagen für den Bedarf an Personal, Waffen, Munition und Kriegsgerät aller Art - - sozusagen bis zur letzten Brieftaube. Die Ergebnisse wurden peinlich genau berechnet, korrigiert und ergänzt.

Der Kampf um Weltherrschaft, er wurde Jahre vor der faschistischen Diktatur geplant. Der „Führer“ war im buchstäblichen Sinne der Durchführer dessen, was lange vorbereitet war. **Der Weltkrieg brach nicht aus, weil Hitler Kanzler geworden war, sondern Hitler wurde zum Kanzler gemacht, damit er den Krieg beginne. Hitler war kein Betriebsunfall der Weimarer Republik!**

Der Inhalt jenes Dokuments belegt schwarz auf weiß die mörderische Rolle des deutschen Imperialismus: Die militärischen Niederlagen lösen nur den Versuch zur Revanche in einem weiteren Krieg aus. Millionen Tote, auch des eigenen Volkes, werden eingeplant.

Erklärungen über Frieden, Völkerverständigung usw. sind als bewußter Schwindel zur Tarnung eingeplant.

Unsere Pflicht ist es, alles einzusetzen, damit der millionenfache Raubmord, genannt Krieg, nicht zum dritten Mal von Deutschland seinen Ausgang nimmt.

*Weiterführende Literatur: Carl Dirks/Karl-Heinz Janßen: Der Krieg der Generäle.  
Hitler als Werkzeug der Wehrmacht  
2001 by Econ Ullstein Taschenbuch. 10.95 Euro*



---

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUSCHLANDS  
MARXISTEN-LENINISTEN  
PSF: 351102 – 39034 Magdeburg

**[www.kpd-ml.net](http://www.kpd-ml.net) - [kpd-ml@arcor.de](mailto:kpd-ml@arcor.de)**

V.i.S.d.P.: HPolifka, PSF: 351102 – 39034 Magdeburg